Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 1, 3. Jg., 2/2016
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Syrien, ein Krieg um Gas und Öl
Es geht um die Vormacht auf dem globalen Energiemarkt ▶ SEITE 6

Die syrische Sackgasse
Deutschland stolpert in den nächsten Krieg ▶ SEITE 10

Putin ermordet Litwinenko?
Wen verkaufen unsere Medien für blöd – Sie oder den FSB? ▶ SEITE 21

Unsinnige Kriegserklärung
Kann der „IS“ mit einem völkerrechtskonformen „Krieg“ besiegt werden? ▶ SEITE 22

Nato-Terroristen im Untergrund
Über die Stay-Behind-Truppen der Nato, ein Interview mit Ulrich Stoll ▶ SEITE 24

Vom Pazifisten zum „Bürger in Uniform“
Forderung nach Einführung der Wehrpflicht ▶ SEITE 32

Mit Anwälten gegen Transparenz
Bundestag erzeugt über 100.000 € Kosten für den Steuerzahler ▶ SEITE 35

Eisenhowers Rede
und seine Warnung vor dem Militärisch-Industriellen Komplex ▶ SEITE 46 + 48

Das Free21-Prinzip:

Unser Krieg gegen Syrien

Luftwaffe Tornado ECR (Foto: US-Air Force, public domain)

Seit 2011 unterstützt Deutschland die europäischen Sanktionen gegen Syrien, die darauf abzielen, das syrische Volk auszuhungern oder in die Flucht zu treiben. 2014 war das Sozialprodukt des Landes im Vergleich zu 2010 bereits um 60% eingebrochen und die Arbeitslosigkeit von 15% auf 58% hochgeschnellt. Von Bernd Duschner ▶ SEITE 3

Wer jagt **Angela Merkel?**

Nach der Silvesternacht in Köln und anderswo ergehen Vorwürfe an die Bundeskanzlerin, sie sei verantwortlich. Viele Twitter-Accounts, die dies behaupten, haben ihre Basis an der Westküste der Vereinigten Staaten. ▶ SEITE 19

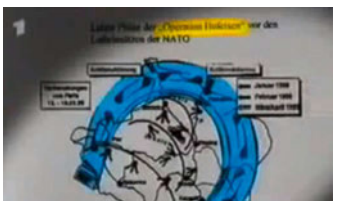
CIA-Proxy-War in der Ukraine

Bisher geheime Unterlagen zeigen, wie die CIA bereits zu Sowjetzeiten ein breites Spektrum an Operationen in der Ukraine durchführte, von der Unterstützung eines Bürgerkrieges bis zur Propagandaschlacht. ▶ SEITE 27

Militärisch-Industrieller **Komplex**

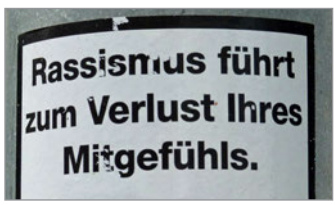
Folgt die Kriegslogik einer Profit- und Interessenlogik, die zu bestimmten Instanzen zurückzuverfolgen ist? Schon Eisenhower warnte davor. Zu diesen Fragen sprach Jens Wernicke mit Mohssen Massarrat. ▶ SEITE 42

Es begann mit einer **Lüge**



Wie die Nato im Krieg um den Kosovo Tatsachen verfälschte und Fakten erfand. ▶ SEITE 13

Linker und rechter **Rassismus**



Ideologische Irrwege – linker und rechter Rassismus im Fall der Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht ▶ SEITE 29

Die Vorfälle von **Köln als Chance**

Sowohl die Fluchtursachen als auch die Integrationsprobleme müssen umfassend aufgearbeitet werden. ▶ SEITE 37

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 1, 3. Jg., 2/2016 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
Bank: GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21.org funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Tommy Hansen

Chefredakteur:
Tommy Hansen

Postanschrift:
Bennigsenstraße 15,1
12159 Berlin

Kontakt:
Telefon: 0152/14 82 54 62
E-Mail: info@free21.org

ViSdPR:
Tommy Hansen
Bennigsenstraße 15
12159 Berlin

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Geschichte erinnern

Wenn man die Weltgeschichte seit dem zweiten Weltkrieg betrachtet, zieht sich eine fundamentaler roter Faden hindurch: Bei fast jedem größeren Kriegseinsatz sind wir vorher von den USA angelogen worden. Es geht nicht um Fehler oder Verwechslungen – es geht jedes Mal um eine Lüge und die Lüge ist „Made in USA“. Hier nur einige Beispiele:

Vietnam: So hat der ehemalige Verteidigungsminister McNamara zugegeben, dass es den zweiten Angriff auf die USS Maddox nie gab, er fand nie statt. Die Pentagon-Papiere (erschienen 1971) und die Memoiren von Robert McNamara (1995) belegen, dass die US-Regierung die Vorfälle durch bewusste Falschdarstellung zum Durchsetzen ihres seit 1963 geplanten direkten Kriegseintritts in den Vietnamkrieg benutzte.

Irak I: Die damals fünfzehnjährige Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA gab am 10. Oktober 1990 vor einem informellen Menschenrechtskomitee des US-Kongresses unter Tränen eine Erklärung ab: „Ich habe gesehen, wie die irakischen Soldaten mit Gewehren in das Krankenhaus kamen …, die Säuglinge aus den Brutkästen nahmen, die Brutkästen mitnahmen und die Kinder auf dem kalten Boden liegen ließen, wo sie starben.“ Präsident Bush erwähnte diese Geschichte in wenigen Wochen mindestens zehnmal, und die USA gingen in Kuwait rein. Heute weiß man, dass die ganze Geschichte eine Erfindung der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton war, um eine Berechtigung für den Kriegseinsatz herzustellen.

Irak II: Es gab keine Massenvernichtungswaffen im Irak, abgesehen von den Giftgas-Anlagen, die die USA in den 80er Jahren Saddam Hussein für den Einsatz gegen die Kurden geliefert haben, und Saddam war dadurch keine Bedrohung für „alle europäischen Hauptstädte“, wie es von westlichen Top-Politikern synchron und wiederholt vermittelt wurde. Heute wissen wir, dass z.B. der ehemalige dänische Staatsminister Anders Fog Rasmussen schon ein Jahr zuvor Präsident Bush seine Zusage für eine Invasion gegeben hatte. Wir wissen Dank des „Downing Street Memo“ (2005), wie der Krieg von Bush, Blair und Fog geplant wurde – und mit den Lügen über irakische Massenvernichtungswaffen durchgeführt wurde.

Jugoslawien: Kriegslügen werden immer wieder in die Welt gesetzt, um die Unterstützung der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten. Auch die Zerstörung Jugoslawiens fing mit einer Lüge an, wie der WDR schon im Februar 2001 in einer hervorragenden Dokumentation gezeigt hat. Da der Film mit Steuergeldern finanziert wurde und der Inhalt für die Aufklärung der Bevölkerung von größter Bedeutung ist, haben wir die ganze Doku jetzt zu Papier gebracht.

Wir dürfen die Geschichte nicht vergessen. Der Urheber der Lügen spielt die Leitrolle als Welt-Polizist und zieht den Rest der Welt in wechselnde Angriffskriege hinein, und kein Politiker im Westen traut sich, an den USA zu zweifeln. Neue Kriege und Waffenlieferungen gehen Hand in Hand. Genau so haben wir – die Guten – allein in den letzten 20 Jahren Millionen von Menschen umgebracht und viele mehr noch verletzt und ihrer Heimat beraubt.

Wir wissen schon lange, wie die Geheimdienste der USA überall auf der Welt extreme Gruppen gezüchtet und unterstützt haben, um Gewalt auszulösen. Die CIA, NSA und Hunderte von anderen geheimen „Offices“ in den USA sind seit Jahrzehnten außerhalb der demokratischen Kontrolle. Dies ist das Nest für den Militärisch-Industriellen Komplex, der sich seit John F. Kennedy massiv in den Entscheidungsprozess in Washington hineingedrängt hat. Genau vor diesen „Geistern“ hat Präsident Eisenhower schon 1961 deutlich gewarnt.

Die Geschichte nie vergessen, wahrnehmen und Konsequenzen ziehen, das ist der einzige Weg, sie nicht zu wiederholen!

Power to the paper!

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

Unser Krieg gegen Syrien

Bernd Duschner

1999 und 2000 – die NATO bombardiert monatelang in Jugoslawien.

Zuvor eine Erinnerung an Jugoslawien. Wie USA und EU aufeinander abgestimmt mit Bomben und Wirtschaftssanktionen ein Volk ins Elend stürzten und seinen Zusammenhalt aufbrachen, habe ich in den Jahren 1999 und 2000 in Jugoslawien miterlebt. Nach dem Ende der monatelangen Luftangriffe der NATO brachten wir aus Pfaffenhofen mehrmals Sattelzüge mit Kleidung, Lebensmitteln und Medikamenten in die serbische Stadt Valjevo. Auf den Fahrten über Subotica, Novi Sad und Belgrad konnten wir sehen, wie die NATO mit ihren Bombenangriffen systematisch die zivile Infrastruktur, also Verkehrsnetz, Brücken, Ölraffinerien, Öl- und Gaslager, Stromversorgung und viele der wichtigsten Fabriken des Landes, zerstört hatte. An den Straßenrändern boten Händler in Kanistern Benzin und Diesel zum Verkauf an. Sie machten den Mangel an Treibstoff und Heizöl sichtbar, der im ganzen Land herrschte. In Valjevo mit seinen 60.000 Einwohnern lag das Rüstungskombinat Krušik in Schutt und Asche. Mit 8.500 Beschäftigten war es der wichtigste Arbeitgeber gewesen. Nach langen Wochen, die sie wegen der Luftangriffe in den Kellern verbracht hatten, litten viele Menschen an Herz- und Kreislauferkrankungen, Medikamente aber waren kaum zu bekommen. Selbst in Krankenhäusern fiel häufig der Strom aus. In den Klassenzimmern saßen die Schüler frierend in Mänteln. Die NATO hatte gezielt Kraftwerke und Stromversorgung bombardiert. Die Lebensmittel waren teuer geworden, und das Land war voll mit Flüchtlingen aus anderen Teilen Jugoslawiens.

Trotz dieser Not hielten die NATO-Staaten nach dem Waffenstillstand ihre Wirtschaftssanktionen aufrecht: Erdöl und Erdölerzeugnisse durften nicht an die Bundesrepublik Jugoslawien verkauft werden; Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung sollten lahmgelegt werden. Die Auslandsguthaben der Bundesrepublik Jugoslawien blieben eingefroren, um Importe für Wirtschaft und Bevölkerung unmöglich zu machen. Die Lieferung von „Gütern, Dienstleistungen, Technologie und Gerät zur Wiederherstellung oder Reparatur von durch die Lufteinsätze beschädigtem Material“ waren laut Beschluss des EU-Rates untersagt. Die Bevölkerung sollte erkennen, dass ihr ein Wiederaufbau des zerbombten Landes nicht erlaubt werde, solange die Regierung Milošević im Amte war. Sie hatte die „freie“ Wahl.

Der US-Diplomat William Montgomery hatte von seiner Regierung den Auftrag erhalten, den „regime change“ von seinem Büro in Budapest aus zu organisieren. In seinen Memoiren („Struggling with Democratic Transition“) vergießt er Krokodilstränen über das Leid, das die Sanktionen für Millionen Serben bedeuteten, und er unterstreicht, was ich in vielen Gesprächen selbst beobachten konnte: die wachsende Demoralisierung durch die anhaltenden Sanktionen. „Wenn auch ungern“, schreibt Montgomery, „so muss ich doch einräumen, dass die Serben durch die jahrelangen Sanktionen erschöpft waren. Sie waren es leid, als Paria-Staat behandelt zu werden. Sie sehnten sich nach einem normalen Leben mit besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten. Sie wussten, dass eine Niederlage von Milošević [bei den Wahlen und dem Putsch im September 2000; B. D.] dazu beitragen würde. Man muss deshalb sagen, dass diese Einstellung ein entscheidender Faktor für den Sturz von Milošević war.“ (Übersetzung: B. D.)

Der Krieg gegen Syrien war von langer Hand geplant

Kriege werden langfristig geplant und sorgfältig vorbereitet. Niemals geht es dabei um Menschenrechte. Das gilt auch für den Krieg gegen Syrien. Die USA hatten das Land bereits viele Jahre vor den Unruhen in Dar'ā im März 2011 ins Visier genommen. Zahlreiche Dokumente belegen dies. Zum Beispiel berichtete der ehemalige NATO-Chef Wesley Clark (Global Research, 12.7.14), man habe ihm 2001 eine Liste mit den Staaten vorgelegt, die die USA in den kommenden Jahren angreifen würden. Auf dieser Liste, so Clark, stand neben dem Irak, Libyen und dem Iran auch Syrien.

Wikileaks veröffentlichte ein aufschlussreiches Schreiben des früheren stellvertretenden Leiters der US-Botschaft in Damaskus, William Roebuck, vom Dezember 2006 an das Weiße Haus. Darin machte Roebuck Vorschläge, was zu tun sei, um die syrische Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. Er empfahl, die Angst der Sunniten vor zu großem Einfluss schiitischer Kräfte zu schüren, den Problemen der Kurden breite Aufmerksamkeit zu widmen, Regierungsgegnern Zugang zu arabischen Medien zu verschaffen, Reformanstrengungen der Regierung zu diffamieren, Gerüchte über Putschvorbereitungen zu verbreiten und damit die Regierung zu Überreaktionen zu verleiten, ihre innere Führungsgruppe aufzubrechen und die für Syriens Wachstum wichtigen ausländischen Investitionen zu verhindern.

Die USA und die NATO-Staaten führen seit 2011 verdeckt einen blutigen Krieg gegen Syrien. Dass es dabei zu keinem Zeitpunkt um ein Mehr an demokratischen Rechten für die syrische Bevölkerung ging, macht ihre enge Zusammenarbeit mit den reaktionären Regimen in Saudi-Arabien und Katar deutlich.

Im März 2007 informierte der renommierte Journalist Seymour Hersh seine Leser in „The New Yorker“, dass sich die Regierung Bush mit Saudi-Arabien und Israel über eine Neuausrichtung ihrer Nahostpolitik verständigt habe. Sie beabsichtige, mit den sunnitischen Staaten zusammenzuarbeiten, um dem wachsenden schiitischen Einfluss in der Region und insbesondere dem des Iran entgegenzuwirken. Saudi-Arabien werde dabei finanzielle Mittel und logistische Hilfe zur Schwächung der Assad-Regierung leisten. Die Saudis, zitierte Hersh den US-Regierungsberater Vali Nasr, hätten enge Verbindungen zur Moslembruderschaft und den Salafisten. Ihre Botschaft an das Weiße Haus hinsichtlich der Fundamentalisten sei: „Wir haben diese Bewe-

gung geschaffen, und wir können sie kontrollieren. Es ist nicht so, dass wir nicht wollen, dass sie Bomben werfen. Entscheidend ist, auf wen sie Bomben werfen, auf Hisbollah, Muqtada al-Sadr, den Iran und auf die Syrer, sollten diese weiter mit der Hisbollah und dem Iran zusammenarbeiten." (Übersetzung: B. D.) Am 6. März 2011, unmittelbar vor dem Ausbruch der Unruhen in Dar'ā verabschiedete der US-Kongress bereits den „Syrian Freedom Support Act". Darin wurde der US-Präsident aufgefordert, Sanktionen zu verhängen und Maßnahmen für einen „demokratischen Übergang" in Syrien zu unterstützen. Am 24. Oktober 2011 veröffentlicht das Council on Foreign Relations, ein einflussreicher US-Think-Tank, konkrete Empfehlungen für den Umsturz in Syrien: Druck auf die Oppositionsgruppen, sich im „Syrischen Nationalrat" zusammenzuschließen, der Verhandlungen ablehnte und auf den bewaffneten Sturz der syrischen Regierung orientierte; Kontaktaufnahme mit syrischen Generälen und Drohung mit dem Internationalen Gerichtshof, um sie zu „überzeugen", sich der „Opposition" anzuschließen; Wirtschaftssanktionen, um die Unternehmerschaft gegen die eigene Regierung aufzubringen, Druck auf die „Verbündeten", sich diesem Embargo anzuschließen, Flugverbote und Sicherheitszonen für die Opposition an den syrischen Grenzen.

Das russische Eingreifen, so die Financial Times am 5. Oktober, erfolgte gerade noch rechtzeitig, bevor die USA die von ihnen geplanten und mit der Türkei und Jordanien abgestimmten „Flugverbotszonen" in Syrien errichten konnten.

Die Bundesregierung als Kriegspartei in Syrien

Die USA und die NATO-Staaten führen seit 2011 verdeckt einen

Ende 2014 lebten 64,7 Prozent der Syrer in extremer Armut nach jahrelangen Sanktionen und Kriegszustand. (Foto: Freenet.de)

blutigen Krieg gegen Syrien. Dass es dabei zu keinem Zeitpunkt um ein Mehr an demokratischen Rechten für die syrische Bevölkerung ging, macht ihre enge Zusammenarbeit mit den reaktionären Regimen in Saudi-Arabien und Katar deutlich. Die Türkei und Jordanien haben islamistischen Terrorgruppen ihr Territorium als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet zur Verfügung gestellt, Saudi-Arabien und Katar finanzieren Rekrutierung und Waffenkäufe, und die USA sorgen für Bewaffnung, Ausbildung und logistische Unterstützung. Tonangebende Zeitungen in Deutschland machen daraus kein Geheimnis. Nicht bewusst ist der deutschen Bevölkerung, dass die Bundesregierung in Syrien Kriegspartei ist: Deutschland hat von Anfang an mit den USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und Katar im Rahmen der Kontaktgruppe der „Freunde Syriens" mit dem „Syrischen Nationalrat" zusammengearbeitet und sich abgestimmt. Im Gegensatz zu Oppositionskräften wie dem „Nationalen Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel" hat der „Syrische Nationalrat" Verhandlungen mit der syrischen Regierung stets abgelehnt und auf deren gewaltsamen Sturz orientiert. Gemeinsam haben die „Freunde Syriens" bei ihrem Treffen in Doha im Mai 2013 beschlossen, den „Rebellen" Waffen zu liefern (s. Neue Zürcher Zeitung, 24.6.13). Wie sie hat die deutsche Regierung den syrischen Botschafter ausgewiesen, den „Syrischen Nationalrat" als legitimen (!) Vertreter des syrischen Volkes anerkannt und schon 2012 mit syrischen Oppositionellen in Berlin ein Programm für den Umbau der syrischen Wirtschaft zu einer liberalen Marktwirtschaft nach dem Sturz Assads erstellen lassen (Stiftung Wissenschaft und Politik: „The Day After. Supporting a Democratic Transition in Syria"). Den entscheidenden Beitrag zum Krieg gegen Syrien leistet die Bundesregierung aber mit ihren Sanktionen, die darauf abzielen, das syrische Volk auszuhungern.

Aushungern als Mittel zum Regime Change

Schon im Oktober 2011 jubelte das Council on Foreign Relations, Auslandsinvestitionen und Tourismus hätten sich in Syrien im laufenden Jahr bereits halbiert, seine Exporte um zwei Drittel reduziert. 95 Prozent seiner Ölexporte verkaufe Syrien an Europa und verdiene damit ein Drittel seiner Devisen. Entscheidend sei, dass die EU ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Syrien vollständig abbreche. Druck sei auf die Türkei auszuüben, damit sie sich den Sanktionen anschließe. Die Ölproduzenten vom Golf müssten jede weitere Investition einstellten. Der syrischen Geschäftswelt müsse klargemacht werden, dass sich ihre Lage nur weiter verschlechtern werde, solange Assad an der Regierung bleibe. Je mehr Verbündete sich an dieser wirtschaftlichen Kriegsführung beteiligten, desto wirkungsvoller werde sie sein.

In diesem Sinne gingen EU und Bundesregierung im Verlauf des Jahres 2011 vor: Die Auslandsguthaben Syriens und seiner Firmen wurden „eingefroren". Die Importe aus Syrien, besonders von Rohöl, wurden verboten. Jeder Geldverkehr wurde unterbunden, um dem Land seine Einnahmen zum Einkauf der Güter zu entziehen, die es zur Versorgung seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft benötigt. Selbst Überweisungen syrischer Gastarbeiter an ihre Verwandten sind nicht möglich. Lieferungen nach Syrien, vor allem von Treibstoff und Heizöl sowie von Technologie und Ausrüstung zur Förderung und Raffination von Erdöl oder Verflüssigung von Erdgas und für Kraftwerke zur Stromgewinnung, wurden untersagt. Ohne Treibstoff und Strom aber kommen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, Handwerk und Industrie zum Erliegen.

Muss man betonen, dass sich die „Freiheitskämpfer" von Anfang an bei ihren Anschlägen besonders für die Stromversorgung, die beiden Ölraffinerien und die Treibstofflager interessierten und dass die Gebiete, die sie kontrollieren, vom Waffen- und Ölembargo der EU ausgenommen wurden? (Die Welt, 27.5.13: „EU lässt Waffenlieferungen an syrische Rebellen zu."; Spiegel online, 22.4.13: „EU lockert Ölembargo gegen Syrien.")

Schon am 30. August 2011 verkündete die „Tagesschau" die Auswirkungen des Embargos: „So treffen Sanktionen zunächst kleine Leute. Syriens Handel mit Ländern der Region ist seit Beginn der Krise um 30 bis 40 Prozent gesunken. Ein zumindest zeitweiliger Stopp der bisher rund eineinhalb Milliarden Einnahmen jährlich aus dem Öl lässt den Staat aber nicht unberührt. Er muss möglicherweise Leistungen für öffentlich Beschäftigte kürzen – immerhin 30 Prozent aller Syrer. Und ebenfalls 30 Prozent lebten bereits vor den Protesten unter der Armutsgrenze von weniger als zwei Dollar am Tag." Dann machte die „Tagesschau" deutlich, warum Bundesregierung und EU dem syrischen Volk die Daumenschrauben anlegen: „Langfristig könnten fehlende Einnahmen aus dem Verkauf der wichtigsten syrischen Ressource auch Menschen zum Protest trei-

Publiziert: 27.11.2015 (15:00), von Bernd Duschner, Original: www.ossietzky.net/22-2015&textfile=3280

ben, die bislang loyal zum System Assad standen oder schwiegen – staatlich Beschäftigte und erfolgreiche Geschäftsleute."

Wenige Monate später, im Februar 2012, schrieb die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) über die Folgen der Sanktionen: „Die Bevölkerung leidet unter der Knappheit von Benzin, Heizöl und Bhutangas; Stromsperren von bis zu sechs Stunden täglich treffen mittlerweile auch die Hauptstadt. Seit Beginn der Krise ist der Schwarzmarktkurs der syrischen Währung um rund 50 Prozent gefallen. Importgüter wie Weizen werden knapp; die Preise für lokal erzeugte Güter des täglichen Bedarfs, etwa Milchprodukte, steigen spürbar. Nach wie vor sind jedoch keine Anzeichen für die erhofften politischen Wirkungen der Sanktionen zu sehen: Weder hat die Regimespitze ihre Haltung geändert, noch hat die Unternehmerelite sich vom Regime abgewandt." Um die von ihnen gewünschte Implosion des „Regimes" endlich zu erreichen, empfahlen die SWP-Autoren Asseburg und Wimmen eine „stringente Umsetzung und weitere Verschärfung der bestehenden Sanktionen" (SWP: „Der gewaltsame Machtkampf in Syrien").

Ende 2014 war das Sozialprodukt des Landes verglichen mit 2010 um 60 Prozent eingebrochen, die Arbeitslosigkeit von knapp 15 auf 58 Prozent hochgeschnellt. 64,7 Prozent der Syrer lebten in extremer Armut und konnten sich selbst die notwendigsten Lebensmittel nicht mehr kaufen. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist von 75,9 Jahren auf 55,7 Jahre gesunken (s. Syrian Center for Policy Research: „Alienation and Violance Report", 2014). In dieser verzweifelten Situation gedeihen Gewalt, Fanatismus, Kriminalität, können Terrororganisationen, die wie IS und al-Nusra mit viel Geld ausgestattet sind, leicht rekrutieren.

GEMEINSAM MEHR ERREICHEN!

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Eine Kriegsherrin als Mutter Teresa

Im Frühsommer 2015 glaubten die NATO-Staaten und ihre Verbündeten den Zusammenbruch der syrische Regierung zum Greifen nahe: Syriens Widerstandskraft schien nach vier Jahren Embargo und Krieg, rund 250.000 Toten und einer Million Verletzten erschöpft. Vier Millionen Syrer waren bereits aus ihrem Land geflohen, die Zahl der Binnenflüchtlinge erreichte fast acht Millionen. Idlib, Jisr al-Shugur und Palmyra waren gefallen, und die Terrororganisationen IS und al-Nusra, bestens ausgerüstet mit modernsten US-amerikanischen Waffen, näherten sich dem syrischen Kernland.

Jetzt auf einmal entdeckte Angela Merkel ihr Herz für die Syrer und ließ sich von den Medien als neue „Mutter Teresa" feiern, die gleiche Angela Merkel übrigens, die sich 2003 demonstrativ hinter den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak gestellt hatte, der Hunderttausenden Menschen Tod brachte.

Syrische Asylbewerber werden von den deutschen Behörden bevorzugt behandelt: Ihre Asylanträge werden vorgezogen und deutlich schneller bearbeitet. Ihre Anerkennungsquote liegt nahezu bei 100 Prozent. Sie können in der Regel ihre Familien nachkommen lassen. Im August 2015 wurde ausschließlich für Syrer das Dublin-Verfahren ausgesetzt, und ihnen wurden beste Zukunftsaussichten in Deutschland suggeriert. Die Nachricht verbreitete sich in Syrien in Windeseile. Zehntausende machten sich auf den Weg. Die Bundesregierung wusste genau: Die Flucht aus Syrien nach Mitteleuropa ist kostspielig. Nur Angehörige der Mittel- und Oberschichten, die über gute Ausbildung und Qualifikationen verfügen, haben dafür noch das notwendige Geld. Unter ihnen sind viele junge Menschen mit Studium, Ärzte, Computer-Spezialisten, Ingenieure und andere Fachkräfte, auf die das Land, seine Verwaltung, sein Bildungs- und Gesundheitswesen nicht verzichten können. Unter ihnen sind auch viele junge Männer, die mit ihrer Einberufung rechnen mussten. Mit ihrer „Einladung" an die Syrer, für deren Aufnahme keinerlei Vorbereitungen getroffen wurden, sollte der Zusammenbruch Syriens forciert werden. Die Kriegsherrin wollte dem ausgebluteten Land sein noch verbliebenes „Humankapital" entreißen. Der Flüchtlingsstrom sollte gleichzeitig zur Rechtfertigung für das langersehnte direkte militärische Eingreifen in Syrien instrumentalisiert werden. „Wer sich dazu nicht aufrafft", so der einflussreiche Leiter der „Münchener Sicherheitskonferenz", Wolfgang Ischinger, „darf sich nicht wundern, wenn weitere Hunderttausende oder Millionen Flüchtlinge bei uns landen" (faz.net, 15.9.15: „Ischinger für Militäreinsatz Deutschlands.").

Wie oben bereits geschrieben: Das russische Eingreifen, so die „Financial Times" am 5. Oktober, erfolgte gerade noch rechtzeitig, bevor die USA die von ihnen geplanten und mit der Türkei und Jordanien abgestimmten „Flugverbotszonen" in Syrien errichten konnten …

Wo bleibt unsere Solidarität mit dem syrischen Volk?

Seit über vier Jahren sind wir Zeugen, wie die USA, die NATO-Staaten und die EU mithilfe von Terrorgruppen und einem mörderischen Embargo versuchen, das syrische Volk zu zwingen, sich ihrem Diktat zu beugen. Wir wissen von den Hunderttausenden Toten, von Millionen Flüchtlingen, dem Elend und der planmäßigen Zerstörung eines ganzen Volkes. Ist es nicht höchste Zeit zu verlangen, dass das Recht des syrischen Volkes, seine politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse selbst zu bestimmen, respektiert wird? Wann wollen wir beginnen, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Infoständen, Flugblättern, Leserbriefen, Kundgebungen und Demonstrationen über das systematische Aushungern der syrischen Bevölkerung zu informieren?

Wann endlich reist eine Delegation aus der Friedensbewegung, den Gewerkschaften, der Linkspartei nach Damaskus, nimmt Gespräche mit der dortigen Regierung auf und hilft, ihre Ausgrenzung zu beenden? Wieso wurde bis heute im Bundestag kein einziges Mal ein Antrag auf Aufhebung der Sanktionen gestellt?

Wenn wir die Bevölkerung unseres Landes nicht gegen die Kriegspolitik der Herrschenden mobilisieren, die Millionen Menschen zu Flüchtlingen macht, werden diese Herrschenden die Flüchtlinge instrumentalisieren, um in großem Umfang soziale und demokratische Rechte abzubauen und die gesellschaftlichen Verhältnisse weiter nach rechts zu verschieben.

Autor:

Bernd Duschner

ist Vorsitzender des Vereins „Freundschaft mit Valjevo" aus Pfaffenhofen, der unter dem Eindruck der wochenlangen Bombardierung serbischer Städte 1999 gegründet wurde.

Dieser Text wurde unter der URL <http://www.ossietzky.net/22-2015&textfile=3280> veröffentlicht.

<http://free21.org/?p=17349>

Wer blinzelt zuerst? Machtkampf um Gas aus dem Persischen Golf (Quelle: countercurrents.org)

Syrien, ein Krieg um Gas und Öl

Der „Bürgerkrieg" in Syrien ist vor allem ein Rohstoffkrieg. Es geht um die Vormacht im globalen Energiemarkt. Die Hintergründe.

von Helmut Scheben

Die Hauptakteure der ausländischen Parteien, die in Syrien Krieg führen, sind Gas-Exporteure mit Interessen in einem von zwei umkämpften Pipeline-Projekten. Dabei geht es um die Ausbeute der weltgrößten Erdgasreserven, nämlich des Gasfeldes South Pars/North Dome, welches auf dem Grund des Persischen Golfs liegt und zum Teil dem Iran, zum Teil Katar gehört. Beide Länder begannen 1989 mit der Förderung.

Gas aus Katar: Alternative zum russischen Monopol

2009 schlug Katar vor, eine Pipeline zu bauen, die Erdgas durch Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien in die Türkei und nach Europa bringen sollte (siehe Karte). Es galt, hohe Produktions- und Verschiffungskosten zu senken und katarisches Gas auf dem europäischen Markt konkurrenzfähiger zu machen. Die westlichen Industrieländer unterstützen dieses Projekt mit der Absicht, Russlands Position im Energiesektor zu schwächen und die europäische Abhängigkeit von russischem Gas zu vermindern.

Russland versuchte, dies zu verhindern. Moskau machte sich stark für ein Konkurrenzprojekt, welches eine Pipeline vorsah, in der iranisches Gas durch den Irak und Syrien nach Latakia und weiter nach Europa gepumpt werden sollte. Die Russen sahen in einem Deal mit dem Iran und ihrem engen Verbündeten Syrien offensichtlich größere Chancen für Einfluss auf die Preise, aber auch für die Vermarktung von Vorkommen am Kaspischen Meer und in Zentralasien. Dieses Szenario beschrieb Mitchell Orenstein im vergangenen Oktober in „Foreign Affairs", einem der renommiertesten Hefte zur amerikanischen Außenpolitik. Orenstein hat einen Lehrstuhl für Osteuropäische Politik an der University of Pennsylvania.

Assad weigerte sich, beim Katar-Pipeline-Projekt mitzumachen. „Russland übte starken Druck auf seinen Verbündeten Assad aus, denn es wollte nicht, dass seine Position auf dem europäischen Gasmarkt geschwächt würde", schreibt Orenstein. Assad ging schließlich auf den Deal mit dem Iran ein. Im Juli 2011 wurde ein 10-Milliarden-Dollar-Projekt für eine Pipeline vom Iran durch den Irak und Syrien angekündigt, im Juli 2012 kam es zur Unterzeichnung des Abkommens.

Katar und Saudi-Arabien: Drahtzieher des Aufstands

Doch zu diesem Zeitpunkt hatte der sogenannte Arabische Frühling die Verhältnisse im Nahen Osten bereits ins Schleudern gebracht. Fest steht, dass Katar bereits 2011 begonnen hatte, einen bewaffneten Aufstand zu finanzieren, um Assad zu stürzen, und dass mindestens Großbritannien, die USA, Frankreich und die Türkei in diese Pläne eingeweiht waren und sie unterstützten.

Selbstverständlich kann dies nicht monokausal auf den Konflikt um Pipelines und Erdgasvermarktung zurückgeführt werden. Der Pipeline-Streit war wohl nicht mehr als ein gewichtiger Faktor unter vielen, die Syrien in den Krieg trieben. Auch aus Saudi-Arabien flossen hohe Summen in den Aufbau von bewaffneten Einheiten. Die Strategie war, Syrien durch Terror zu destabilisieren, um einen Regimewechsel zu erreichen. Die Saudis schmiedeten seit Langem Pläne zum Sturz Assads, weil sie den iranisch-schiitischen Einfluss in der Region eindämmen und die Achse Teheran-Damaskus-Hisbollah demontieren wollten.

Türkei: Transitland für Geld, Waffen und „Gotteskrieger"

Eine Schlüsselrolle spielte von Anfang an das NATO-Land Türkei. Man kann davon ausgehen, dass Präsident Erdoğan sich von einer Pipeline durch die Türkei hohe Einnahmen an Transitgebühren ausrechnete, und dass er hoffte, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu mindern. Das mag einer der Gründe sein, warum er geradezu fanatisch den Sturz der Regierung Assad betrieben hat.

Die Türkei war ab 2011 Transitland und Transportdrehscheibe, über die Waffen und Kombattanten nach Syrien eingeschleust wurden. Das wird zwar von Ankara offiziell dementiert, doch die Beweise für die Zusammenarbeit türkischer Militärs und türkischer Geheimdienstleute mit radikal-islamischen Milizen in Syrien sind erdrückend. Sorgfältig dokumentierte Studien über diese Zusammenarbeit wurden zum Beispiel vorgelegt von Nafeez M. Ahmed, einem britischen Journalisten, der an der Sussex University lehrte und für den „Guardian" schrieb. Er berichtet, dass die Türkei dem Islamischen Staat (IS) Öl abkauft und so für eine wichtige Einnahmequelle der Gotteskrieger sorgt. Den Wert der Öleinkäufe schätzt Ahmed laut zuverlässigen Quellen auf bislang rund eine Milliarde Dollar.

Militärische Destabilisierung von langer Hand geplant

Die Regierung Barack Obama und ihre westlichen Alliierten waren zu einem sehr frühen Zeitpunkt des Konfliktes genauestens orientiert über den Terror dschihadistischer Milizen in Syrien. Wer die offiziellen Verlautbarungen des amerikanischen Außenministeriums aufmerksam studiert, stößt zum Beispiel am 11. Dezember 2012 auf einen Pressetext, in dem es heißt, dass bereits im Jahr 2011 Terrorgruppen in Syrien operierten. Eine dieser Gruppen, die al-Nusra-Front, habe allein seit November 2011 die Verantwortung für 600 Angriffe übernommen.

Im Wortlaut: „Since November 2011, al-Nusra Front has claimed nearly 600 attacks – ranging from more than 40 suicide attacks to small arms and improvised explosive device operations – in major city centers including Damascus, Aleppo, Hamah, Dara, Homs, Idlib and Dayr al-Zawr. During the-

Publiziert am 8.12.2015, 19:47 Uhr, von Helmut Scheben, Original: http://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Syrien-ein-Krieg-um-Gas-und-Oel/

se attacks numerous innocent Syrians have been killed."

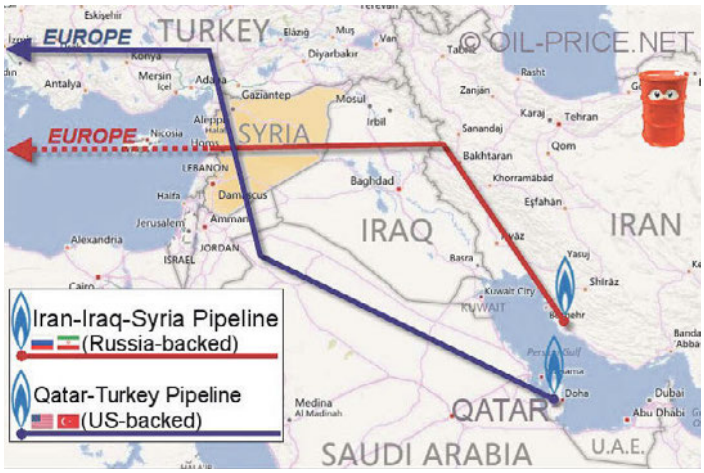
In derselben Pressemitteilung wird eine Reihe von radikal-islamischen Gruppen in Syrien aufgezählt, die per Executive Order zur Liste der „Foreign Terrorist Organizations" hinzugefügt werden.

Wenn festgestellt wurde, dass bewaffnete Extremisten seit November 2011 in Syrien operierten, dann heißt das nicht, dass sie im November 2011 vom Himmel gefallen wären. Wer auch nur rudimentäre Kenntnisse über Insurgency-Operationen hat, der weiß, dass es Monate, wenn nicht Jahre dauert, bis eine aufständische Truppe rekrutiert, bewaffnet und ausgebildet ist. Es dauert nochmals geraume Zeit, bis sie Stützpunkte und Nachschubwege aufgebaut hat und in ihrem Operationsgebiet funktioniert. Es kann also kein Zweifel bestehen, dass die gezielte militärische Destabilisierung Syriens bereits 2011 in vollem Gange war, als in westlichen Medien noch täglich die Erzählung wiederholt wurde, Assad bombardiere friedliche Demonstranten.

Laut Mitchell A. Orenstein finanzierte allein Katar aufständische Milizen in Syrien von 2011 bis 2013 mit etwa drei Milliarden Dollar. Es bot jedem Deserteur der syrischen Armee überdies 50.000 Dollar Belohnung. Die amerikanische CIA trainierte „Rebellen" im US-Stützpunkt in Katar, und der katarische TV-Sender Al Jazeera verbreitete die Stimmen der syrischen Opposition.

Arabischer Frühling als Katalysator für interne Konflikte

Selbstverständlich wurden die Kämpfe nicht nur von außen nach Syrien getragen, sondern es gab interne, historisch gewachsene Konflikte zwischen dem Machtgeflecht um Baschar al-Assad und vielfältigen oppositionellen Gruppen, Clans und Stammesführern. Früheres Unrecht und alter Hass zwischen ethnisch-religiösen Gruppen sind im Spiel. Der politische Tsunami des Arabischen Frühlings war der Katalysator, der diese Konflikte zum Ausbruch brachte. Die Moslembrüder hatten nicht vergessen, dass die syrischen Streitkräfte 1982 ihren Aufstand in Hama blutig niedergeschlagen hatten. Eine Facebook-Seite unter dem Namen „Syrische Revolution 2011" war seit Anfang des Jahres 2011 aktiviert. Kaum jemand wusste, dass sie von Schweden aus eingerichtet worden war: von Leuten der in Syrien verbotenen Moslembruderschaft. (vgl. Karin Leukefeld: Flächenbrand, Köln 2015, S. 15)



Pipeline-Projekte durch Syrien: Assad verhindert, dass Katar Gas nach Europa liefern kann (Illustration: oil-price.net)

Es gab Demonstrationen in verschiedenen Landesteilen, die von Polizei und Geheimdienstleuten im Keim erstickt wurden. Und es gab wirtschaftlich vernachlässigte und verelendete Randgruppen, die nur darauf warteten, sich dem Ruf zum Aufstand anzuschließen, der in vielen Moscheen ertönte. Bei all dem taktierte Assad zwischen Repression und Reformangeboten. Repression war Wasser auf die Propaganda-Mühlen der Opposition, Reformangebote wurden dagegen von der bewaffneten Opposition in Bausch und Bogen abgelehnt.

Wenn die Lage innert Kürze zu einem blutigen Bürgerkrieg eskalierte, dann lag das daran, dass die Regierung in Damaskus keinen anderen Ausweg mehr sah, als den Terrorgruppen mit massiven militärischen Schlägen zu begegnen. Damit tat sie genau das, was diese Gruppen beabsichtigt hatten. Der Plan ist aufgegangen: Die Opposition konnte der Weltöffentlichkeit ein Regime vorführen, welches mit Artillerie und Luftwaffe ganze Stadtviertel unter Feuer nahm.

Schmutzige Propaganda-Schlacht

Die öffentliche Wahrnehmung des Syrien-Konfliktes in westlichen Medien ist die Geschichte einer großen Illusion und Desillusionierung namens Arabischer Frühling. Es ist auch die Geschichte massiver Falschinformationen. Als der Konflikt im März/April 2011 ins Blickfeld der großen Medien geriet, ließen die Gegner des Assad-Clans kein Mittel unversucht, um eine Wiederholung des Szenarios zu erreichen, das in Libyen zum Sturz Gaddafis geführt hatte.

„Ein Volk erhebt sich gegen den Tyrannen", so hieß die Propaganda-Parole. Ein Diktator massakriere unbewaffnete Demonstranten, so verlautete aus Washington, Paris, London, Riad und Ankara. So tönte es täglich auf allen Fernsehkanälen, und so konnte man es in großen Tageszeitungen lesen. Es gab wohl keinen Radio-Moderator, keine Fernsehmoderatorin, die nicht den in Libyen erprobten Textbaustein „der Diktator schießt auf sein eigenes Volk" im Repertoire hatte. Im Sommer 2011 metastasierte die Story von der Unterdrückung friedlicher Oppositioneller zu einem wahren Medien-Taifun. Amnesty International forderte, das syrische Regime müsse vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gebracht werden, weil es versuche, „friedliche Proteste durch den Einsatz von Panzern und scharfer Munition zu ersticken".

Das syrische Staatsfernsehen zeigte indessen niedergebrannte Gerichtsgebäude, die Ruinen von gesprengten Polizeistationen und Telefonzentralen, zeigte Bilder von Massenexekutionen in Dörfern, die in die Hand der Aufständischen gefallen waren. Es gab systematische Vertreibungen in Regionen, die von Schiiten, Alawiten oder mutmaßlichen Sympathisanten Assads bewohnt waren. Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Offiziere, Gemeindevorsteher, die irgendwie in Verbindung mit der Regierung standen, wurden bedroht, vertrieben, ermordet.

In der westlichen Presse wurde all dies zunächst als billige Propagandalüge der syrischen Regierung betrachtet. „Das Regime behauptet, es sei Opfer einer Aggression radikal-islamischer Terroristen", war der Standard-Satz in Radio und Fernsehen. Doch bald kamen Zweifel auf. Dieselben Medien, die die „Rebellen" als heroische Kämpfer für Freiheit und Demokratie dargestellt hatten, gerieten in Erklärungsnotstand, als nach und nach bekannt wurde, dass in Syrien mehr als tausend verschiedene bewaffnete Gruppen operierten, viele von ihnen im Dunstkreis von al-Qaida. Es gab alle Sorten von Kombattanten, von simplen Kriminellen bis hin zu Kopfabschneidern, die sich auf den Koran beriefen und ihre Videos ins Internet stellten.

Unabhängige Stimmen finden in Medien kaum Gehör

Die langjährige Nahost-Korrespondentin Karin Leukefeld lebte beim Ausbruch des Konfliktes in Syrien. In ihrem 2015 erschienen

Buch „Flächenbrand“ beschreibt sie, wie unabhängige Journalisten mundtot gemacht wurden, wenn sie sich den Bildern widersetzten, die die westlichen Leitmedien verbreiteten. Leukefeld bot dem deutschen Hörfunk im März 2011 eine Reportage an, in der sie Syrer und Syrerinnen zum Arabischen Frühling befragte. Das Ergebnis war, dass der Rückhalt der Regierung Assad in der Bevölkerung größer schien als erwartet und dass die Leute auf der Straße sich mehrheitlich keinen Umbruch wie in Tunesien oder Ägypten vorstellen konnten. Radio-Redaktionen in Deutschland lehnten den Bericht, der zuvor vereinbart worden war, entrüstet ab. Man beschied der Journalistin, dass sie sich gefälligst an den einschlägigen Agenturmeldungen zu orientieren habe, die besagten, dass Assad sein Volk unterdrücke und sich nicht mehr lange werde halten können.

„Agenturmeldungen, Blogs, die sozialen Medien und ‚Aktivisten‘ galten fortan als glaubwürdige Quelle für das Geschehen in Syrien“, schreibt Leukefeld. „Andere Stimmen fanden in Funk und Fernsehen kaum noch Gehör. Als in Syrien akkreditierte Journalistin wurde ich von syrischen Oppositionellen in Deutschland beschimpft, bedroht und als ‚Stimme des Regimes‘ bezeichnet.“

Ähnlich wie unabhängigen Journalisten erging es einigen westlichen Botschaftern in Damaskus, die dem aggressiven Kurs ihrer Regierung nicht folgen wollten. Die beiden französischen Journalisten George Malbrunot („Le Monde“) und Christian Chesnot (Radio France) enthüllten ihrem Buch „Les chemins de Damas“ geheim gehaltene Informationen über die französische Syrienpolitik der Regierung Sarkozy. Von ihnen wird eine Szene geschildert, in der der französische Botschafter in Syrien, Eric Chevalier, bei einer Besprechung im Pariser Außenministerium auf schockierende Art abgefertigt wurde, als er in Zweifel zog, dass es eine gute Politik war, den Sturz Assads zu betreiben.

Syrisches Flüchtlingslager an der türkischen Grenze (Foto: gemeinfrei)

Assad-Gegner verbreiten gezielt Falschinformationen

Eine beherrschende Stellung als Informationsquelle hat seit Beginn des Konfliktes die in Coventry (nördlich von London) ansässige „Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“, die – zumindest in ihren Anfängen – nicht mehr und nicht weniger war als ein PR-Büro der Assad-Gegner. Vom ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer wurde diese Beobachtungsstelle für Menschenrechte 2013 folgendermaßen beschrieben: „Die besteht aus einem einzigen Mann, der mit ein oder zwei Teilzeitkräften zusammenarbeitet. Dieser Rami Abdul Rahman, der in Wirklichkeit Osama Ali Suleiman heißt […] versorgt die ganze Welt mit Nachrichten, die besonders in den ersten zwei Jahren zu einem großen Teil aus Märchen bestanden.“

Die Informationen, die Abdul Rahman bis heute verbreitet, stammen meist von „Aktivisten“, deren Namen aus Sicherheitsgründen geheim bleiben müssen. Die „New York Times“ berichtete am 9. 4. 2013, dass der Mann nach seinen eigenen Angaben von der „Europäischen Kommission“ und einem Land, welches er namentlich nicht nennen wollte, Unterstützung erhalte. Rahman, der nach eigenen Angaben in Syrien mehrmals im Gefängnis saß, kam im Jahr 2000 als politischer Flüchtling nach London. Belegt sind seine Kontakte mit dem britischen Außenminister William Hague. Zeitweise existierten mehrere „Syrische Beobachtungsstellen für Menschenrechte“ in Großbritannien, was auf interne Streitereien zurückzuführen war.

Breite Koalition gegen Assad

Im Februar 2012 traten auf Initiative des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy Vertreter von zahlreichen Staaten und internationalen Organisationen in Tunis zusammen, um eine Koalition zu bilden, die sich „Freunde Syriens“ nannte. Die Koalition wurde dominiert von den NATO-Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Türkei sowie den Golfstaaten, die Assad militärisch bekämpften. Da Russland und China sich weigerten, im UN-Sicherheitsrat grünes Licht für eine Wiederholung des Libyen-Szenarios zu geben, versuchten die „Freunde Syriens“, Assad ohne Mandat der Vereinten Nationen mit politischem und militärischem Druck kurzfristig zu Fall zu bringen, wobei Wirtschaftssanktionen den Zusammenbruch noch beschleunigen sollten. Als Wortführerin der „Freunde Syriens“ tat sich die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton mit scharfen Angriffen gegen Assad und mit Drohungen gegenüber dem syrischen Alliierten Russland hervor.

Obama und die „rote Linie“

Im August 2013 traf ein Team von UN-Chemiewaffen-Spezialisten (OPCW) in Damaskus ein, um Vorwürfe über Giftgasangriffe in verschiedenen Landesteilen zu untersuchen. Einen Tag nach Eintreffen der UN-Spezialisten kam es nicht sehr weit von ihrem Hotel zu einem schweren Anschlag mit Sarin, bei dem mehrere Hundert Menschen ums Leben kamen. Die syrische Opposition und die westlichen Regierungen, allen voran die Regierung in Washington, beschuldigten unverzüglich Assad. Sie taten dies, ohne Beweise zu haben und ungeachtet der unmittelbar einleuchtenden Logik, dass Assad wohl nicht recht bei Sinnen sein müsste, wenn er den UN-Giftgasexperten zur Begrüßung Giftgas vor die Füße schießen würde. Und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da Präsident Obama verkündet hatte, der Einsatz von chemischen Waffen sei die „rote Linie“, deren Überschreiten nicht toleriert werden würde.

Obama hielt am 10. September 2013 eine Rede an die Nation, in der er sagte, die Regierung Assad habe „mehr als tausend Menschen vergast“. Er machte explizite Anspielungen auf den Holocaust im Zweiten Weltkrieg. Er kündigte einen Militärschlag gegen Syrien an, wurde aber offenbar von seinen eigenen Geheimdiensten und Generälen davon abgehalten. US-Generalstabschef Dempsey warnte vor einer „ungerechtfertigten Aggression“, die einen Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten auslösen würde.

Giftgas-Einsatz – eine Propagandalüge?

Der militärische Geheimdienst Defense Intelligence Agency (DIA) hatte unter anderem im Juni 2013 in einem streng geheimen Papier darauf hingewiesen, dass die al-Nusra-Front eine Abteilung zur Produktion von Sarin habe und dabei von Agenten der Türkei und Saudi-Arabiens unterstützt werde. Innerhalb der Geheimdienste rumorte es, denn man hatte offenbar genug Hinweise, die nahelegten, dass die ideologisch bei al-Qaida angesiedelte al-Nusra Front den Anschlag ver-

Publiziert am 8.12.2015, 19:47 Uhr, von Helmut Scheben, Original: http://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Syrien-ein-Krieg-um-Gas-und-Oel/

übt hatte, um einen Einmarsch der Amerikaner zu provozieren. Einige Geheimdienstleute entschlossen sich, gegenüber einem renommierten Journalisten wie Seymour Hersh auszupacken. (Seymor M. Hersh: The red line and the ratline, London Review of Books, April 2014)

Baschar al-Assad selbst sagte nach dem Giftgasanschlag in einem „Spiegel"-Interview: „Obama hat nichts zu bieten als Lügen. Wir haben keine Chemiewaffen eingesetzt. Und das Bild, das sie von mir zeichnen als einem, der sein Volk umbringt, ist genauso falsch."

Auch Russland, das als enger Verbündeter Syriens wohl über sehr gute Informationsquellen vor Ort verfügt, kam zu der Erkenntnis, dass nicht die Regierung Assad für den Anschlag verantwortlich war, sondern die Aufständischen. Wladimir Putin persönlich schrieb dies in einem Artikel in der „New York Times". Die führenden westlichen Medien ließen sich aber davon nicht beeindrucken, sondern folgten der amerikanischen Darstellung, der Täter sei Assad.

Als „Beweis" wurde auf den Bericht der UNO-Chemiewaffen-Experten hingewiesen. Diese hatten jedoch nicht die Aufgabe, die Täterschaft des Anschlags festzustellen, und taten dies in ihrem Bericht auch nicht. Sie wiesen ganz im Gegenteil explizit darauf hin, dass ihre Untersuchung unter enormem Zeitdruck stattfand und dass sie in einem Gebiet recherchierten, das unter Kontrolle der Aufständischen stand. Ferner stellten sie fest, dass die Verhältnisse vor Ort nahelegten, dass Munitionshülsen und andere Beweistücke manipuliert worden sein könnten. Um all dies zu erfahren, hätte man allerdings den ganzen UN-Bericht und das Kleingedruckte sorgfältig lesen müssen. Die meisten Journalisten hatten dafür offenbar keine Zeit und folgten schnellen Pressemeldungen und Darstellungen westlicher Regierungen, die Assad als „Massenmörder" bezeichneten.

Am 21. August 2015 gedachten Menschen in Hannover mit einer Mahnwache der Opfer des Bürgerkrieges in Syrien. Sie prangerten die aus ihrer Sicht „erwiesene" Schuld der Assad-Regierung an den Giftgasangriffen an und informierten mit einer aus Trauerkerzen geformten Zahl über die bisher wohl mehr als 300.000 Toten. Zugleich baten sie damit auch um Solidarität mit den Flüchtlingen aus Syrien. (Foto: Bernd Schwabe, CC BY-SA 4.0)

Die Experten der UN-Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) haben inzwischen wiederholt festgestellt, dass aufständische Gruppen Chemiewaffen in Syrien einsetzen, zuletzt zum Beispiel Anfang November 2015. Die entsprechenden Berichte werden im Allgemeinen von westlichen Medien ignoriert oder erscheinen als winzige Meldungen. Da gibt es offenbar Dinge, die man lieber nicht so genau wissen will.

Waffen und US-Dollar für Terroristen

Der amerikanische Vizepräsident Joe Biden sprach 2014 in einer Rede an der Universität Havard mit erstaunlicher Offenheit über die Ausgangslage bei Beginn des Syrien-Krieges: „Unser größtes Problem waren unsere eigenen Verbündeten. Die Türken, die Saudis, die Emirate waren so entschlossen, Assad zu stürzen und einen sunnitisch-schiitischen Stellvertreterkrieg zu starten, dass sie Hunderte Millionen US-Dollar und mehrere Tausend Tonnen Waffen an jeden geliefert haben, der gegen Assad kämpfen wollte." Auf dieser Weise seien auch al-Nusra und al-Qaida ausgerüstet worden und „die Gotteskrieger, die aus allen Teilen der Welt kommen". (vgl. Leukefeld, S. 202 et al.)

Was Biden bei dieser Gelegenheit unerwähnt ließ, ist die Tatsache, dass Washington von Anfang an beteiligt war an der Destabilisierung Syriens. So organisierte zum Beispiel das CIA-Personal in Benghasi den Transport von libyschen Waffen nach Syrien, wie bei einer Untersuchung des US-Kongresses zur Ermordung des amerikanischen Botschafters in Benghasi ans Licht kam.

Die großen Fehler der westlichen Politik

Michael Lüders, langjähriger Nahost-Korrespondent der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit", hat vor Kurzem ein Buch veröffentlicht, das den Titel trägt: „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet". Lüders kommt darin zu dem Schluss: „Westliche Politik gegenüber der arabisch-islamischen Welt ist blind gegenüber den Ursachen und der Komplexität gesellschaftlicher Umbrüche, wie sie die Region durchlebt. Sie glaubt an das Allheilmittel direkter oder indirekter militärischer Interventionen – ohne Rücksicht auf Verluste."

Lüders gibt zu bedenken, dass es in den meisten arabischen Staaten keine Mittelschichten gibt, die stark genug wären, der Macht der Clans und Stämme, dem Einfluss von Religion und Ethnie ein neues, eigenes Narrativ, eine neue Identität entgegenzusetzen. Lüders entlastet die Regierung Assad nicht von dem Vorwurf, sie habe in der Krise keine andere Lösung als Panzer und Luftbombardierungen gesucht. Dennoch hält er fest: „Es war ein großer Fehler, Assad um jeden Preis stürzen zu wollen. Spätestens nach den Erfahrungen im Irak, in Afghanistan und in Libyen sollte klar geworden sein, dass sich ein demokratisches Modell von außen nicht erzwingen lässt. Nüchtern besehen kam der syrische Aufstand mindestens zehn Jahre zu früh. Die Bedingungen für einen Machtwechsel waren nicht gegeben."

Quellen:

Foreignaffairs: Putin's Gas Attack *<https://www.foreignaffairs.com/articles/syria/2015-10-14/putins-gas-attack>*

Seymour Hersh: The Red Line and the Rat Line (London Review of Books) *<http://www.lrb.co.uk/v36/n08/seymour-m-hersh/the-red-line-and-the-rat-line>*

C.H. Beck: Wer den Wind sät *<http://www.chbeck.de/Lueders-Wind-saet/productview.aspx?product=14454810>*

Autor:

Dr. Helmut Scheben

war von 1993 bis 2012 Redaktor und Reporter im Schweizer Fernsehen SRF, davon 16 Jahre in der Tagesschau.

Dieser Text wurde zuerst auf **Infosperber.ch** unter der URL ‹http://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Syrien-ein-Krieg-um-Gas-und-Ol/› veröffentlicht

‹http://www.free21.org/?p=17540›

Die syrische **Sackgasse**

Terror, Menschenrechte und Pipelines: Deutschland stolpert unter fadenscheinigen Gründen in den nächsten Krieg um Öl, Gas und Vorherrschaft

von **Paul Schreyer**

Bombe in Kobane November 2014 (Foto: Aris Messinis_AFP_Getty Images - CC BY 2.0)

Auf die im November 2015 in der Bundespressekonferenz gestellte Frage, wessen Krieg die Bundesregierung in Syrien unterstützen möchte, antwortete eine Sprecherin der Regierung schlicht und im Ton der Selbstverständlichkeit: „Wessen Krieg? Den Krieg gegen den Terror. Das Ziel ist definiert und das Ziel ist der Krieg gegen den Terror." Die Bundesregierung ließ via Chefsprecher Steffen Seibert dann zur Frage der Kriegsgründe ergänzen:

„Der IS stellt eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar, und zwar wegen seiner extremistisch-salafistischen Gewaltideologie, wegen seiner terroristischen Handlungen, seiner anhaltenden, schweren, systematischen und ausgedehnten Angriffe auf Zivilpersonen sowie seiner Anwerbung und Ausbildung ausländischer Kämpfer. Das sind die wesentlichen Gründe. (…) Wir wollen terroristische Handlungen durch den IS verhüten und unterbinden. Man könnte auch sagen, wir wollen dem IS die Fähigkeit nehmen, aus Syrien Terrorangriffe zu steuern. Und vielleicht könnte man auch sagen, wir wollen ihn unschädlich machen. Und dafür muss man gegen den IS in seinem derzeitigen Herrschaftsgebiet vorgehen, in dem er ungehindert Menschen mordet, versklavt, vergewaltigt„

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen erklärte die beabsichtigte deutsche Beteiligung an diesem Krieg am Donnerstag vor der Presse dann so:

„Wir führen entschlossen einen Kampf gegen das Phänomen des IS, das ja gelegentlich auch in anderen Bezeichnungen auftaucht, nämlich gegen das Ziel des IS, genau das im Kern unseres Lebens zu zerstören, was Freiheit mit sich bringt, was Pluralität mit sich bringt, was der Respekt vor der Menschenwürde und den Menschenrechten ist. Das ist ein sehr grundsätzlicher und grundlegender Kampf, der dort geführt wird.„

Die Bundesregierung wiederholte also mehr oder weniger das 14 Jahre alte Mantra, mit dem man auch schon 2001 in den (mittlerweile komplett gescheiterten) Afghanistankrieg gezogen war. Und in der Tat erscheint der aktuelle Syrienkrieg als eine Art schlechtes Hollywood-Sequel des Afghanistan-„Blockbusters": Der Westen kämpft gegen Islamisten, die man zuvor in Teilen erst selbst für eigene Zwecke geschaffen oder zumindest unterstützt hat. Am Hindukusch waren es in den 1980er Jahren die Mujaheddin-„Freiheitskämpfer", welche dann als Taliban umfirmiert ab 2001 zur „Bedrohung des Weltfriedens" wurden.

An diesem Krieg ist sicherlich so einiges „vorbereitet". So wurde etwa der Einsatz des französischen Flugzeugträgers „Charles de Gaulle" (der nun von einer deutschen Fregatte „beschützt" werden soll) schon vor den Terrorangriffen vom 13. November geplant. Das Schiff lief zwar fünf Tage nach den Anschlägen in Richtung östliches Mittelmeer aus, doch angeordnethatte Präsident Hollande den Einsatz des Flugzeugträgers gegen den IS bereits eine Woche vor den Morden von Paris. Damit wurde auch eine Lücke der Amerikaner geschlossen, da der Flugzeugträger USS Theodore Roosevelt Mitte Oktober abgezogen worden war und der Ersatz, die USS Harry S. Truman, erst Anfang Dezember in das Mittelmeer eingefahren ist. Wenige Stunden vor den Anschlägen wurde der genaue Auslauftermin 18. November über die Nachrichtenagentur AFP gemeldet.

In Syrien geht es um so manches, aber vor allem auch um konkurrierende Transitrouten für Erdgas. Selbst das US-Elitenblatt „Foreign Affairs" gibt das inzwischen offen zu:

Publiziert: 11.12.2015 (11:42), von Paul Schreyer, Original: https://paulschreyer.wordpress.com/2015/12/05/die-syrische-sackgasse/

„Die meisten der ausländischen Kriegsparteien im Krieg in Syrien sind Gas exportierende Länder, die Interesse an einer der beiden konkurrierenden Pipelineprojekte haben, welche das syrische Gebiet kreuzen."

Eine der geplanten Pipelines führt von Katar am Persischen Golf durch Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien in die Türkei. Katar hatte diese Röhre 2009 geplant, war aber am Widerstand Assads gescheitert, der russische Interessen vertrat. Für Russland wäre diese Pipeline eine Konkurrenz zur eigenen Gasversorgung Richtung Europa. Die andere geplante Pipeline führt vom Iran über den Irak an die syrische Mittelmeerküste. Diese Röhre wurde 2011 geplant und wird von Russland favorisiert, das den Iran als strategischen Partner sieht.

Soweit die Grundkonstellation (zu der seltsamerweise noch keine Titelgeschichte im Spiegel oder anderswo in den Leitmedien erschienen ist). Der Bürgerkrieg in Syrien begann bekanntlich 2011. Durch die internationale Einigung beim Atomstreit mit dem Iran im Sommer diesen Jahres, in deren Folge auch wieder die Wirtschaftssanktionen gegen das Land gelockert werden sollen, was das Potenzial für große Gasexporte eröffnet, bekommt die Pipelinefrage nun neues Feuer und damit auch der Syrienkrieg.

Der Konflikt dort sollte zunächst als Stellvertreterkrieg geführt werden, mittels der Aufrüstung der Assad-Gegner, und wird nun, nachdem alle bis auf die Zähne bewaffnet worden sind und die Stellvertreter ihre eigene Agenda fahren, als direktes Gemetzel der Großmächte fortgeführt.

Geld an die syrische Opposition floss aus den USA bereits seit spätestens 2006. 2012 erschienen dann erste Berichte, denen zufolge die CIA direkt die Gegner Assads unterstützte und die USA gemeinsam mit den IS-Sponsoren Katar und Saudi-Arabien eine Kommandozentrale in der Türkei betrieben, von wo aus die syrischen Aufständischen angeleitet und beliefert wurden (von denen heute viele

Frankreich entsendet Flugzeugträger in Persischen Golf, November 2015 (Foto: Pascal Subtil/CC BY-ND 2.0)

als IS-Mitglieder bekämpft werden). Auch in Jordanien gab es ein amerikanisches Trainingscamp für Anti-Assad-Kräfte, die später als IS firmierten.

Von 2012 stammt auch der inzwischen veröffentlichte (wenn auch stark geschwärzte) Bericht des US-Militärgeheimdienstes DIA, der glasklar die heutige Entwicklung voraussah und insbesondere die Bildung eines „Islamischen Staates" in Irak und Syrien ankündigte. Der US-Geheimdienst betonte in dem nunmehr drei Jahre alten Papier, dass die Unterstützer der Assad-Opposition – dort definiert als der Westen, die Golfstaaten und die Türkei – die Entstehung eines solchen salafistischen Staatengebildes ausdrücklich befürworten würden, „um das syrische Regime zu isolieren" und den Einfluss des Iran zurückzudrängen.

Der IS ist entstanden aus der mutwilligen Unterstützung einer terroristischen Gruppe als geopolitisches Werkzeug. An wesentlicher Stelle die Finger im Spiel hatte dabei der – bei „regime changes" offenbar unvermeidliche – John McCain. McCain, öffentlich bekannt vor allem als konservativer US-Senator und Präsidentschaftskandidat von 2008, ist de facto ein vielbeschäftigter Unterhändler für die außenpolitischen Ziele einer neokonservativen Elitenfraktion in den USA. Im Frühjahr 2013 traf er persönlich militante Assad-Gegner in Syrien. Noch 2014 beteuerte McCain auf der Münchner Sicherheitskonferenz, man habe „Gott zu danken" für die Saudis und „unsere Freunde aus Katar", welche bekanntlich den IS bzw. al-Nusra finanzierten, um gegen Assad zu kämpfen.

IS-Kämpfer mit schulterbasierter Luftabwehrrakete (Foto: RT Deutsch)

IS-Chef Baghdadi begann seine radikale Karriere 2004 als Insasse eines US-Knastes im Irak. Die New York Times schrieb 2014 über den Terrorboss:

„In jeder Wendung wurde Baghdadis Aufstieg geformt durch die Verwicklung der Vereinigten Staaten im Irak. Die meisten der politischen Wandlungen, die seinen Kampf befeuerten oder zu seinem Aufstieg beitrugen, entstammten direkt amerikanischen Handlungen."

Mit anderen Worten: Der IS bildet die dunkle Seite und Fortschreibung der US-Politik im Irak. Die Bombardierungen des IS durch US-Militär seit dem Herbst 2014 sollten diese politische Kraft dann auch nicht völlig zerstören, sondern ihr lediglich Grenzen setzen, innerhalb derer die Terrortruppe dann weiter gegen Assad agieren konnte und sollte. Erst der Kriegseintritt Russlands im September dieses Jahres mischte die Karten neu und veranlasste den Westen zu hektischer Betriebsam-

keit, um in Syrien „im Spiel“ zu bleiben. In diesem Kontext sind die ungeklärten Paris-Anschläge zu betrachten.

Deutschlands Rolle in dem beschriebenen Sumpf bleibt diffus und die Bereitschaft von Merkel, Steinmeier und von der Leyen, hier ohne Not aktiv mitzumischen und den fragwürdigen Einsatz noch dazu im Eiltempo durchs Parlament zu peitschen, offenbart mehr Hysterie und Orientierungslosigkeit als Sachverstand.

Zumal über die grundlegenden Fragen nicht öffentlich gesprochen wird. Wessen Pipelines soll dieser Krieg am Ende nun eigentlich schützen? Und mit welcher Berechtigung wird über das syrische Volk zunächst ein jahrelanger Bürgerkrieg und nun ein noch größeres internationales Gemetzel gebracht? Was ist mit dem internationalen Recht, was mit dem Grundgesetz (Verbot von Angriffskriegen)? Gibt es noch irgendwelche Anstrengungen oder auch nur den Willen der Regierung, sich daran zu orientieren? Oder begreifen die Eliten solche Regelwerke bloß noch als „fakultativ“, als politische Möglichkeit, die allenfalls unter Vorbehalt gilt?

Der Strafrechtler Reinhard Merkel (nicht verwandt mit der Kanzlerin) wies schon vor zwei Jahren, noch vor der Debatte um den IS, in der FAZ mit Blick auf den Syrienkonflikt auf grundlegende Mängel im Rechtsverständnis hierzulande hin:

„Soweit ich sehe, ist schon die Grundfrage kaum gestellt, geschweige denn beantwortet worden: die nach der Legitimität der bewaffneten Rebellion in Syrien. Bei welchem Grad der Unterdrückung darf der berechtigte Widerstand gegen dessen Herrschaft zum offenen Bürgerkrieg übergehen? Und war diese Schwelle in Syrien erreicht, als die Unruhen begannen?

Denn war sie es nicht, dann war das Anheizen des Aufstands von außen verwerflicher noch als dieser selbst. Wie selbstverständlich scheint man vorauszusetzen, der legitime innere Widerstand gegen einen Diktator wie Assad schließe stets die Erlaubnis zur Gewalt ein. Aber das ist falsch. (…) Die Entfesselung flächendeckender Gewalt bedarf auch und vor allem einer Rechtfertigung gegenüber den unbeteiligten Mitbürgern. Sie mögen den Aufstand mit guten Gründen ablehnen, ohne deshalb Parteigänger des Despoten zu sein. Vielleicht haben sie Frauen und Kinder, um deren Leben sie im Bürgerkrieg fürchten müssen.

Dann hätten sie nicht nur ein Recht, sondern die moralische Pflicht, eine Rebellion, die ihre Schutzbefohlenen mit dem Tod bedroht, unbedingt zu verwerfen. Zehntausende Frauen und Kinder sind im syrischen Bürgerkrieg umgekommen. Was legitimiert dessen Protagonisten, den Getöteten und deren Angehörigen ein solches Opfer zuzumuten?“

Und, so darf man ergänzen, was legitimiert die ursprünglichen Unterstützer von Terroristen in einem fremden Land, dieses fortan auch persönlich zu bombardieren? Welche Maßstäbe werden hier eigentlich gerade nicht gebrochen? Sehr viele Fragen, doch auf dem Weg in die nächste außenpolitische Sackgasse bleibt offenbar keine Zeit mehr für Antworten.

Quellen:

YouTube/Jung&Naiv: Die Bundesregierung will Krieg führen. „Gegen den Terror“. *<https://youtu.be/qk2zZjGk3C8>*

YouTube/Jung&Naiv: Nicht erfolgreich, aber notwendig! - Komplette BPK vom 1. Dezember 2015 *<https://youtu.be/edF1kRueiYk>*

YouTube/Jung&Naiv: Warum ist unser „Krieg gegen den Terror“ nicht des Wahnsinns, Frau von der Leyen? *<https://youtu.be/5rP_TqU2Gd0>*

Neue Bücher Zeitung: Frankreich entsendet Flugzeugträger in den Persischen Golf *<http://www.nzz.ch/newsticker/frankreich-entsendet-flugzeugtraeger-in-den-persischen-golf-1.18641847>*

Die Zeit: Französischer Flugzeugträger bricht kommende Woche Richtung Golf auf *<http://www.zeit.de/news/2015-11/13/frankreich-franzoesischer-flugzeugtraeger-bricht-kommende-woche-richtung-golf-auf-13152403>*

Foreignaffairs.com: Putin's Gas Attack

< https://www.foreignaffairs.com/articles/syria/2015-10-14/putins-gas-attack>

Washington Post: U.S. secretly backed Syrian opposition groups, cables released by WikiLeaks show *<https://www.washingtonpost.com/world/us-secretly-backed-syrian-opposition-groups-cables-released-by-wikileaks-show/2011/04/14/AF1p9hwD_story.html>*

Der Spiegel: Hilfe für Rebellen: Obama erlaubt CIA Einmischung in Syrien *<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-obama-erlaubt-cia-hilfe-fuer-rebellen-a-847774.html>*

Reuters:

image: http://pixel.adsafeprotected.com/rfw/st/43236/6327988/skeleton.gif

World | Sun Mar 10, 2013 3:48pm EDT

Related: WORLD, JORDAN, SYRIA

Americans are training Syria rebels in Jordan: Spiegel *<http://www.reuters.com/article/us-syria-crisis-rebels-usa-idUSBRE9290FI20130310#LrtPB5ZpSCZjm6Xw.97>*

Medium.com: Pentagon report predicted West's support for Islamist rebels would create ISIS *<https://medium.com/insurge-intelligence/secret-pentagon-report-reveals-west-saw-isis-as-strategic-asset-b99ad7a29092#.7e7kbljll>*

Judicial Watch: Pgs. 287-293 (291) JW v DOD and State 14-812 *<http://www.judicialwatch.org/document-archive/pgs-287-293-291-jw-v-dod-and-state-14-812-2/>*

The Atlantic: Thank God for the Saudis': ISIS, Iraq, and the Lessons of Blowback *<http://www.theatlantic.com/international/archive/2014/06/isis-saudi-arabia-iraq-syria-bandar/373181/>*

The Daily Beast: ISIS Leader: 'See You in New York' *<http://www.thedailybeast.com/articles/2014/06/14/isis-leader-see-you-in-new-york.html>*

New York Times: U.S. Actions in Iraq Fueled Rise of a Rebel *<http://www.nytimes.com/2014/08/11/world/middleeast/us-actions-in-iraq-fueled-rise-of-a-rebel.html?_r=0>*

Frankfurter Allgemeine: Der Westen ist schuldig *<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/syrien-der-westen-ist-schuldig-12314314-p5.html>*

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für die Magazine „Telepolis“ und „Global Research“. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. 2013 referierte Schreyer an der Seite von Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren“ wurde ein Spiegel-Bestseller.

https://paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde auf Telepolis unter der URL ‹ http://www.heise.de/tp/artikel/46/46769/1.html › und ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2015/12/05/die-syrische-sackgasse/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=17720›

Unterstütze Free21.org

donate

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54430609671168579701,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Kriegshetze und Rechtfertigung des Nato-Bombardements

Es begann mit einer **Lüge**

Wie die Nato im Krieg um Kosovo Tatsachen verfälschte und Fakten erfand. Ein Film von Jo Angerer und Mathias Werth vom WDR – Erstausstrahlung im Ersten Deutschen Fernsehen am 8. Februar 2001. Dieser Film zeigt, wie schon vom ersten Tag des Kosovo-Krieges an die Bevölkerung getäuscht wurde. Dieser Film zeigt auch, wie Tatsachen verfälscht und Fakten erfunden, wie manipuliert und auch gelogen wurde. Dieser Film zeigt, weshalb Bomben auf Belgrad fielen.

Vollständiges Manuskript von Jo Angerer u. Mathias Werth

GERHARD SCHRÖDER (24. MÄRZ 1999): „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen."

Dieser Film zeigt, wie schon vom ersten Tag des Kosovo-Krieges an die Bevölkerung getäuscht wurde. Dieser Film zeigt auch, wie Tatsachen verfälscht und Fakten erfunden, wie manipuliert und auch gelogen wurde. Dieser Film zeigt, weshalb Bomben auf Belgrad fielen.

Gerhard Schröder begründet am 24. März 1999 eine militärische Intervention zur völkerrechtswidrigen Abspaltung eines Teils eines souveränen Staates.

Drohte eine „humanitäre Katastrophe"?

Die Nato sagt, sie habe die Bomben geworfen, um das Leben der Kosovo-Albaner zu schützen – vor den Serben. Doch als die ersten Bomben einschlugen, waren es diese Bilder, die man sah. Man sah Serben, die voller Angst in ihre Keller und in die wenigen Bunker der Stadt flohen.

ORIGINALTON IM SERBISCHEN RADIO: „Eine große Gruppe feindlicher Flugzeuge nähert sich Belgrad. Wir bitten alle Bürger ihre Lichter auszumachen. Nachdem Sie die Räume verdunkelt haben, appellieren wir an Sie, den Strom abzuschalten. Achtung, eine große Gruppe feindlicher Flugzeuge in Richtung Belgrad. Bürger, bleibt in euren Schutzräumen und wartet auf die Empfehlungen aus dem Informationszentrum. Ende der Durchsage."

Man sah serbische Kinder voller Furcht, ihr Leben könne enden, noch bevor es richtig begonnen hatte. Bilder des jugoslawischen Fernshens zwar, aber sie waren zu „echt", um als serbische Propaganda durchzugehen. Angst vor Krieg ist unteilbar – wie die Menschenrechte, um deret Willen er geführt wurde. Entscheidend aber ist das Bild, das der Krieg bietet. Welche Macht den Bildern zukommt, wusste der oberste Nato-Sprecher damals sofort.

JAMIE SHEA, NATO-SPRECHER: „Das Wichtigste ist, dass der Feind nicht das Monopol auf die Bilder haben darf, denn das rückt die Taktik der Nato in das Licht der Öffentlichkeit und nicht die bewusste Brutalität von Milosevic: Etwa, ob wir eine perfekte Organisation sind, oder ob wir einen perfekten Luftkrieg führen

In Pancevo bei Belgrad treffen die Nato-Bomben Chemieanlagen und eine Düngemittelfabrik

und so weiter. Viele Journalisten sagten: Milosevic hat die Bilder – und Jamie Shea hat nur Worte. Wem sollen wir glauben? Den Bildern oder den Worten?

Beim nächsten Mal, wenn die ARD, CNN oder die BBC ein Bild von einem zerschossenen Flüchtlingstreck zeigen, dann will ich sagen können: Ja, das stimmt. Ich entschuldige mich, ich kann das erklären. Aber sehen Sie hier: Ein Massengrab, Leute, die absichtlich umgebracht und in dieses Grab geworfen wurden! Auf welcher Seite stehen Sie also?"

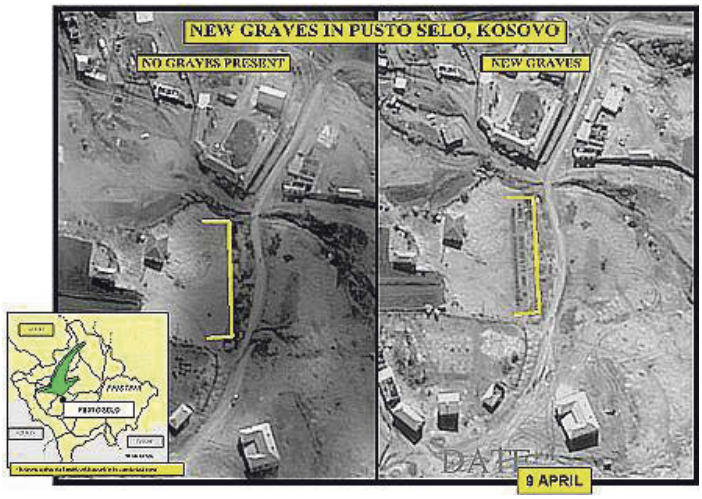
Aber Bilder von Massengräbern zum Beispiel standen der Nato nicht zur Verfügung. Nur die von fliehenden Kosovo-Albanern. Ihre Gesichter zeigen – wie die der Serben im Bunker – Angst, Schmerz, Todesfurcht. Doch was sagen diese Bilder? Helfen sie der Nato, sind sie nicht wie ein Appell an die Nato: Rettet uns? Ist das Leid der Menschen nicht Verpflichtung – und Chance – zum militärischen Eingriff? Menschenrechte für die Kosovo-Albaner – Rechtfertigung oder Vorwand? Verteidigungsminister

> *„Es wird nie soviel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd."*
> Otto von Bismarck

Rudolf Scharping erklärte 1999, weshalb er deutsche Soldaten in den Kosovo-Krieg geschickt hat.

RUDOLF SCHARPING (27. 03. 1999): „Wir wären ja auch niemals zu militärischen Maßnahmen geschritten, wenn es nicht diese humanitäre Katastrophe im Kosovo gäbe mit 250.000 Flüchtlingen innerhalb des Kosovo, weit über 400.000 Flüchtlingen insgesamt und einer zur Zeit nicht zählbaren Zahl von Toten."

Nicht zählbare Tote schon vor Beginn der Nato-Bombardierung? Die OSZE, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, müsste davon doch gewusst haben. Denn ihre Beobachter hatten penibel die Vorkommnisse im Kosovo gemeldet. Ihr



„Neue Gräber in Pusto Selo, Kosovo“, links: „keine Gräber vorhanden“, rechts: „neue Gräber“, aus ‚Tagesspiegel‘, 13.4.1999, Quellenangabe: rtr. Bildunterschrift: „Foto-Vergleich: Auf der linken, älteren Aufnahme ist die markierte Fläche bei dem Ort Pusto Selo glatt, auf dem rechten Foto vom 9. April sind an gleicher Stelle dunkle Flecken zu erkennen, die Gräber sein könnten.“

Fazit für den März 1999: 39 Tote im gesamten Kosovo – bevor die Nato-Bomber kamen. Drohte also eine „humanitäre Katastrophe“?

Der damals leitende deutsche General bei der OSZE und eine amerikanische Diplomatin, die damals im Kosovo war, erinnern sich.

HEINZ LOQUAI, GENERAL A. D. – OSZE: „Die Legitimationsgrundlage für die deutsche Beteiligung war die so genannte humanitäre Katastrophe. Eine solche humanitäre Katastrophe als völkerrechtliche Kategorie, die einen Kriegseintritt rechtfertigte, lag vor Kriegsbeginn im Kosovo nicht vor.“

Britische Proteste gegen die Bombardierungen in Jugoslawien.

NORMA BROWN, US-DIPLOMATIN IM KOSOVO: „Bis zum Beginn der Nato-Luftangriffe gab es keine humanitäre Krise. Sicher, es gab humanitäre Probleme, und es gab viele Vertriebene durch den Bürgerkrieg. Aber das spielte sich so ab: Die Leute verließen ihre Dörfer, wenn die Serben eine Aktion gegen die UCK durchführten – und kamen danach wieder zurück. Tatsache ist: Jeder wusste, dass es erst zu einer humanitären Krise kommen würde, wenn die Nato bombardiert. Das wurde diskutiert: In der Nato, der OSZE, bei uns vor Ort und in der Bevölkerung.“

Ein eindeutiges Urteil! Gewalt im Kosovo – in keinem einzigen Bericht der OSZE findet sich auch nur ein Indiz für eine drohende humanitäre Katastrophe. Was die internationalen Fachleute beobachteten, waren Situationen wie diese: Rebellen der so genannten Kosovo-Befreiungsarmee UCK kämpften gegen reguläre jugoslawische Truppen. Ein Bürgerkrieg – so die OSZE. Vor diesen Kämpfen flohen die Dorfbewohner. Später kehrten sie dann meist in ihre völlig zerstörten Häuser zurück.

Die Nato in Brüssel kannte die Berichte der OSZE. Sie deckten sich mit ihren eigenen Beobachtungen, blieben aber intern. Diese Erkenntnisse wurden damals nicht auf einer der vielen Nato-Pressekonferenzen veröffentlicht. Mehr noch: Auf der letzten Tagung des Nato-Rates vor Kriegsbeginn, am 14. März 1999, wurde berichtet: Die Gewalt gehe eher von terroristischen Aktionen der UCK aus, die Serben übten dann allerdings mit unverhältnismäßiger Härte Vergeltung. Dennoch drohte die Lage im Kosovo zu der Zeit nicht außer Kontrolle zu geraten. Doch die Nato-Führung bereitete sich längst auf einen Angriff gegen Jugoslawien vor.

Zur gleichen Zeit im deutschen Verteidigungsministerium: Auch dort war keine Rede von einer drohenden humanitären Katastrophe: In den Unterlagen des Bundesministers für Verteidigung zur Lage im Kosovo stand nämlich etwas ganz anderes, als Rudolf Scharping in der Öffentlichkeit verkündet hatte. Zitat aus den geheimen Lageberichten des Verteidigungsministeriums: „In den vergangenen Tagen kam es zu keinen größeren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen serbisch-jugoslawischen Kräften und der UCK ... Die serbischen Sicherheitskräfte beschränken ihre Aktionen in jüngster Zeit auf Routineeinsätze wie Kontrollen, Streifentätigkeit, Suche nach Waffenlagern und Überwachung wichtiger Verbindungsstraßen.“

Der Kampf um die öffentliche Meinung

Dennoch: Hinter dieser Tür, dem mehrfach gesicherten Eingang zur militärischen Organisationszentrale, liefen die Vorbereitungen für den Angriff weiter. Als dann jedoch die ersten Bomben fielen, sank in den Nato-Ländern die Unterstützung für den Krieg. Die Stimmung in der Bevölkerung drohte sogar zu kippen.

JAMIE SHEA, NATO-SPRECHER: „Die politischen Führer spielten nun die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung. Sie sind die demokratisch gewählten Vertreter. Sie wussten, welche Nachricht jeweils für die öffentliche Meinung in ihrem Land wichtig war. Rudolf Scharping machte wirklich einen guten Job. Es ist ja auch nicht leicht, speziell in Deutschland, das 50 Jahre lang Verteidigung nur als Schutz des eigenen Landes gekannt hatte, statt seine Soldaten weit weg zu schicken. Psychologisch ist diese neue Definition von Sicherheitspolitik nicht einfach. Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese zu formen verstehen. Es stimmt mich optimistisch, dass die Deutschen das verstanden haben. Und jenseits der sehr unerfreulichen Begleiterscheinungen, der Kollateralschäden, der langen Dauer der Luftangriffe, hielten sie Kurs. Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren.“

Der Kampf um die öffentliche Meinung war härter geworden. Und die Gangart auch. Schlichte Meinungsmache, Kriegspropaganda für den Hausgebrauch – das reichte jetzt nicht mehr.

Die Lüge vom serbischen KZ

Bild, 1.4.99, „Sie treiben sie ins KZ“. Aus der Bildlegende: „KZ. Konzentrationslager. Ein Alptraum ist wiederauferstanden. Aus dem Kosovo verstärkten sich gestern Berichte, dass die Serben Tausende von Albanern in riesige Lager zusammentreiben ...“

Pristina, die Hauptstadt des Kosovo, war Schauplatz einer perfiden Propagandageschichte: Im Mittelpunkt stand das Fußballstadion. Rund um das Stadion sind die Zerstörungen bis heute zu sehen, und oben auf den Tribünen verwittert der Beton. Doch der Rasenplatz unten wird gehegt und gepflegt, und die Jugendmannschaft trainiert hier wie eh und je. Doch damals, vor zwei Jahren, sollen die Serben hier ein KZ für Kosovo-Albaner betrieben haben – ganz nach Nazi-Manier. Mit dieser Behauptung ging Rudolf Scharping im April 1999 an die Öffentlichkeit.

RUDOLF SCHARPING (28. 03. 1999): „Viel wichtiger ist die Frage, was geschieht jetzt im Kosovo: Wenn ich höre, dass im Norden von Pristina ein Konzentrationslager eingerichtet wird, wenn ich höre, dass man die Eltern und die Lehrer von Kindern zusammentreibt und die Lehrer vor den Augen der Kinder erschießt, wenn ich höre, dass man in Pristina die serbische Bevölkerung auffordert, ein großes ‚S‘ auf die Türen zu malen, damit sie bei

Publiziert am 18.10.2015, 21:31 Uhr, von AG Friedensforschung, Original: http://wck.me/AZM

den Säuberungen nicht betroffen sind, dann ist da etwas im Gange, wo kein zivilisierter Europäer mehr die Augen zumachen darf, außer er wollte in die Fratze der eigenen Geschichte schauen."

Express, 12.4.1999, Titelseite, Bild in einem Artikel mit der Überschrift „Kosovo-Krieg: Die Akte des Grauens – 250.000 Männer verschwunden". Bilderläuterung: „Geheimdienste und Augenzeugen berichten von Konzentrationslagern und Massenerschießungen. So wie auf dem Foto ..., das ein Flüchtling heimlich auf seiner Flucht aufnahm."

Das „S" zum Schutz der Serben hat in Pristina auf keiner einzigen Tür geprangt. Auch nicht in den Katakomben unter den Stadiontribünen, wo Serben das KZ betrieben haben sollen. Hierher hat sich höchstens mal ein Weitschuss der Fußballjugend verirrt. Vielleicht rauchten die Jungs nach dem Spiel hier unten ihre erste Zigarette, tranken heimlich Cola und Schnaps. Aber Rudolf Scharping berichtet sogar noch in seinem späteren Kriegstagebuch über den Nato-Einsatz im Kosovo von mehreren tausend Leuten, die hier interniert gewesen seien. Und der deutsche Außenminister Joschka Fischer bemühte sogar mehrfach den Vergleich zwischen Serben und Nazis und rief zum Krieg mit den Worten: „Nie wieder Auschwitz!" Bis heute bleiben Joschka Fischer und Rudolf Scharping bei ihrer Darstellung.

RUDOLF SCHARPING: „Ich habe mich so geäußert, dass der Verdacht besteht, dass im Stadion von Pristina Menschen festgehalten werden. Das beruhte auf Zeugenaussagen, die sich bezogen auf entsprechende Internierung in den Gängen des Stadions, in den Geschäften, die unterhalb der Tribünen waren. Wir haben versucht, das aufzuklären. Bilder davon konnten wir nicht gewinnen. Aber die Zeugenaussagen standen."

Zeugen aus Pristina also. Wenn einer aber etwas mitbekommen hat, dann müsste es Shaban Kelmendi gewesen sein, kosovarischer Politiker. Sein Haus liegt direkt am Stadion und während des Krieges hat er Pristina keinen Tag verlassen.

SHABAN KELMENDI, AUGENZEUGE: „Wie Sie sich selbst überzeugen können, blickt man von hier aus genau auf das Stadion. Man kann alles sehen. Es hat damals dort keinen einzigen Gefangenen oder eine Geisel gegeben. Das Stadion hat immer nur als Landeplatz für Helikopter gedient."

Bomben auf die Autofabrik Zastava (Kragujevac), sie wurde in schud und Asche gelegt, Zivilisten kamen ums Leben.

Der Leichenfund in Rugovo.

Und während er noch spricht, nähert sich von weitem ein Helikopter der KFOR, der internationalen Schutztruppe für das Kosovo, dem Stadion.

SHEBAN KELMENDI, AUGENZEUGE: „Sie sehen ja, da landen immer nur Helikopter. Wie damals. Das haben wir alle hier sehen können. Die Helikopter landeten dort, und die Leute stiegen ein, Soldaten halt."

Das Fußballstadion von Pristina – ein Konzentrationslager, wie Rudolf Scharping es vollmundig verkündet hatte? Im besten Fall gutgläubig weitergetragene Propaganda, wahrscheinlich aber schlicht eine frei erfundene Gräuelgeschichte.

HEINZ LOQUAI, GENERAL A. D. – OSZE: „Hier muss ich mich wirklich beherrschen, weil der Vergleich mit Auschwitz und der Situation im Kosovo eine ungeheuerliche Behauptung ist. Man muss sich als Deutscher schämen, dass deutsche Minister so etwas getan haben, denn ein normaler Mensch, ein normaler Deutscher, wird vor Gericht zitiert, wenn er in derartigem Ausmaße Auschwitz verharmlost. Und dass ein deutscher Minister von KZs im Kosovo sprach, ist auf der gleichen Linie, denn KZs sind Einrichtungen einer bestimmten historischen Situation, nämlich der nationalsozialistischen Zeit in Deutschland. Und ich finde es im Grunde genommen ungeheuerlich, dass gerade Deutsche diese Vergleiche gewählt haben."

Die Lüge vom Massaker in Rugovo

Nicht die einzige Kriegslüge, die man in die Welt setzte, um die Unterstützung der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten. Beispiel: Rugovo, ein kleines Bauerndorf im südlichen Kosovo. Im Krieg blieb der Ort weitgehend unzerstört. Jetzt zwei Jahre danach, wird die Ernte wieder eingebracht, normaler Bauernalltag. Und doch hat Rugovo für den Kosovo-Krieg eine besondere Bedeutung. Begonnen hatte die Geschichte auf dem Bauernhof von Shefget Berisha. Eine Geschichte, die später im fernen Deutschland Schlagzeilen machte. Es war der 29. Januar 1999, zwei Monate vor Beginn der Nato-Luftangriffe. Plötzlich hörten die Nachbarn von Shefget Berisha Schüsse. Was war passiert?

REMZI SHALA, AUGENZEUGE: „Damals am 29. Januar ist folgendes passiert: Es war ein Freitag. Morgens kurz nach fünf ging es drüben im Haus meines Nachbarn Shefget Berisha los. Es waren Schüsse aus Maschinengewehren, drei oder vier Stunden lang. Wir waren wach geworden und hörten das alles, ja, erst nach drei oder vier Stunden hörte die Schießerei auf. So gegen zehn Uhr kam eine Gruppe Polizisten aus dieser Richtung dort auf uns zu. Mein Vater und ich haben sie gesehen. Als sie dann so ungefähr bis auf fünfzig, sechzig Meter an mich herangekommen waren, blieb mir nur noch wegzulaufen. Ich lief weg in die andere Richtung."

Dieser zerschossene rote Kleinbus erinnert noch heute an jenen Tag. Doch was war genau in Rugovo geschehen? Ein Massaker der Serben an unschuldigen Zivilisten, sagte Rudolf Scharping. Zwei Monate später, am 27. April 1999, präsentierte der Verteidigungsminister seine Beweise.

RUDOLF SCHARPING (27. APRIL 1999): „Was wir ihnen hier zeigen, ich hatte ja schon gesagt, man braucht starke Nerven, um solch grauenhafte Bilder überhaupt ertragen zu können, sie machen aber deutlich, mit welcher Brutalität das damals begonnen wurde und seither weitergegangen ist. Wenn sie sich mal solche Fotos anschauen, dann werden sie auch sehr, sehr unschwer erkennen können, dass das in einem gewissen Umfang auch beweissichernd sein kann. Die Uniformen, die sie da sehen, dass sind Uniformen der serbischen Spezialpolizei. Das macht auch deut-

lich, dass Armeekräfte und Spezialpolizei, später dann auch im Fortgang nicht nur diese, sondern auch regelrechte Banden freigelassener Strafgefangener und anderer, an solchen Mordtaten beteiligt sind. Es sind erschütternde Bilder. Und ich muss mir große Mühe geben, das in einer Tonlage zu schildern, die nicht gewissermaßen zur Explosion führt."

Ausschnitt aus der Titelseite des Express vom 28.4.1999

„Deshalb führen wir Krieg", titelte auch die Presse und veröffentlichte die Bilder Scharpings. Doch seine eigenen Experten wussten es schon damals besser: Dies war kein Massaker an Zivilisten!

Aus dem geheimen Lagebericht: „Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch. Am 29. Januar '99 wurden in Rugovo bei einem Gefecht 24 Kosovo-Albaner und ein serbischer Polizist getötet."

Also ein Gefecht unter Soldaten – kein Massaker an Zivilisten, wie der Verteidigungsminister behauptet? Die Fernsehbilder, aufgenommen von einem westlichen Kamerateam unmittelbar nach den Ereignissen in Rugovo, liefern Hinweise, wie es tatsächlich war: Gewehre neben toten Albanern, die angeblich Zivilisten waren. Die Toten tragen Militärstiefel. Sie haben Mitgliedsausweise der UCK und tragen deren Rangabzeichen. Doch wurden diese Bilder vielleicht arrangiert – von den Serben und vor dem Eintreffen der westlichen Kamerateams?

FRAGE: *„Bei dem Beispiel Rugovo, auf welche Quellen haben Sie sich dabei berufen?"*

Der zerschossene rote Kleinbus von Rugovo.

RUDOLF SCHARPING: „Auf OSZE-Beobachter, die als Erste am Ort waren."

FRAGE: *„Waren diese Schilderungen, die damals gemacht worden sind zu den Vorgängen in Rugovo, aus ihrer Sicht heute korrekt und sind nach wie vor so gültig?"*

RUDOLF SCHARPING: „Ja, die sind völlig korrekt."

Der erste OSZE-Beobachter vor Ort, das war dieser Mann, ganz links im Bild. Es ist der deutsche Polizeibeamte Henning Hensch.

HENNING HENSCH, OSZE-BEOBACHTER: „In jedem Fall ist es richtig, dass der Verteidigungsminister noch am Tage der ersten Veröffentlichung, die ich selber auch gesehen habe in der Deutschen Welle, von mir darüber in Kenntnis gesetzt worden ist, dass die Darstellung, die da abgelaufen ist, so nicht gewesen ist."

Sein offizieller Ermittlungsbericht zu Rugovo. Das Ergebnis: Kein Massaker an Zivilisten. Weiter: „Am Tatort fanden wir einen roten Van, zerschossen, mit offenen Scheiben und insgesamt vierzehn Leichen in diesem Fahrzeug, und drei Leichen lagen außerhalb des Fahrzeuges. In der ‚Garage' genannten Stallung auf der Rückseite der Farm befanden sich fünf UCK-Fighter in den typischen Uniformen, den dunkelblauen mit dunkelgrün oder grün eingefärbten Uniformen, die dort im zehn Zentimeter hohen Wasser lagen. Und dann ging es noch etwa 300 Meter weiter zu einem zweiten Tatort, an dem wir wiederum vier Leichen fanden, und darüber hinaus sind die Leichen, die der Verteidigungsminister zeigen ließ, dort von den serbischen Sicherheitsbehörden und von mir und meinen beiden russischen Kollegen abgelegt worden, weil wir sie von den verschiedenen Fundorten oder Tatorten zusammengesammelt hatten."

So also entstanden diese Bilder einer angeblichen Exekution, die der Minister präsentierte. Bilder, die mit den tatsächlichen Ereignissen nichts zu tun hatten.

HEINZ LOQUAI, GENERAL A.D. – OSZE: „Es war auch ganz klar, dass das kein Massaker an der Zivilbevölkerung war, denn nach den OSZE-Berichten haben Kommandeure der UCK ja selbst gesagt, es seien Kämpfer für die große Sache der Albaner dort gestorben. Also zu einem Massaker hat es eigentlich der deutsche Verteidigungsminister dann interpretiert."

New York, April 1999. Während Scharping von einem Massaker berichtet, das keines war, und von einem KZ, das es nie gab, war der Kosovo-Krieg weiter in vollem Gange. In Deutschland wie in den USA wurde für diesen Krieg Stimmung gemacht. Das war auch notwendig, denn der Krieg war völkerrechtswidrig: Nur die Vereinten Nationen, deren Hauptquartier hier in New York ist, hätten ein Mandat für den Angriff geben dürfen. Doch dieses Mandat hat es nie gegeben. Damals herrschte Hochbetrieb für das Wachpersonal der UNO. Immer neue Regierungsvertreter trafen im Hauptquartier der Vereinten Nationen ein, immer heftiger wurden die Auseinandersetzungen hinter verschlossenen Türen.

„Kollateralschäden" – und die Erfindung des „Hufeisen-Plans"

April 1999: Bei den Vereinten Nationen wird um den Krieg gestritten. Zur gleichen Zeit fliegen Nato-Bomber bereits Angriff um Angriff, 6.000 Mal – und immer ohne UN-Mandat.

Ganz überraschend ist das nicht, denn bei den Vereinten Nationen kennt man nicht erst seit heute die amerikanische Regierungspolitik, und deren kaum verhüllte Geringschätzung der Vereinten Nationen. Bereits 1993 hatte US-Präsident Bill Clinton die Grundzüge dieser US-amerikanischen Außenpolitik in einem geheimen Regierungsdokument festgelegt. Der Titel: „Mit den Vereinten Nationen wenn möglich, ohne sie wenn nötig." Darin heißt es: „Die Nato soll die Entscheidungskriterien für die UN festlegen und nicht umgekehrt." Der Kosovo-Einsatz ohne UN-Mandat – ein klarer Bruch des Völkerrechts. Der deutsche Verteidigungsminister hat ihn mitgetragen.

Doch warum? Einer der wichtigsten politischen Berater der US-Regierung, Wayne Merry, hatte Zugang zu geheimen Planungsunterlagen der US-Regierung.

WAYNE MERRY, BERATER DER US-REGIERUNG: „Manche Regierungsleute aus dem Außenministerium reden davon, dass Kosovo nur der Auftakt ist für zukünftige Kriege der Nato, die noch viel entfernter sein werden. Für Washington ging es nicht um die Demonstration der amerikanischen Führungsrolle in der Nato. Die wurde nie bestritten. Man wollte zeigen, dass die Nato überhaupt noch einen Zweck

Publiziert am 18.10.2015, 21:31 Uhr, von AG Friedensforschung, Original: http://wck.me/AZM

hat. Und dieser Zweck ist etwas ganz anderes, als die rein defensiven Aufgaben, für die die Nato gegründet wurde."

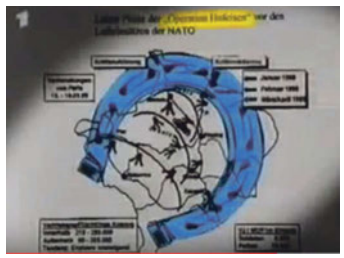
In diesen Räumen tagt der Nato-Rat. Soll die Nato der neue Weltpolizist werden? In den USA vielleicht eine selbstverständliche Vorstellung. Doch der deutschen Öffentlichkeit wäre die nur schwer zu vermitteln gewesen. Zumal der Kosovo-Krieg inzwischen immer heftiger kritisiert wurde, vor allem nachdem Nato-Flugzeuge die militärischen Ziele der Serben verfehlten und stattdessen versehentlich Flüchtlingstrecks angriffen. „Kollateralschäden" nennen dies die Militärs. Besonders in Deutschland wurde die Öffentlichkeit gegenüber der Nato-Politik nun spürbar kritischer.

Anfang April 1999 im Nato-Hauptquartier: Jetzt ist Schadensbegrenzung gefragt.

JAMIE SHEA, NATO-SPRECHER: „Nach dem Angriff auf den Flüchtlingskonvoi bei Djakovica, dem ersten ‚Unfall' des Krieges, fiel die öffentliche Zustimmung in vielen Ländern, auch in Deutschland, um 20 bis 25 Punkte. Wir mussten sechs Wochen hart arbeiten, um die öffentliche Meinung zurückzugewinnen. Milosevic machte den Fehler, die Flüchtlinge aus dem Kosovo nach Albanien und Mazedonien zu treiben. An der Grenze waren Fernsehteams, die das Leiden filmten. Und so stellte sich die öffentliche Meinung wieder hinter die Nato."

Und das sind die Fernsehbilder, die der Nato-Sprecher Jamie Shea meint, und die den entscheidenden Fehler Milosevics im Propagandakrieg dokumentieren: Bilder albanischer Flüchtlinge an der jugoslawisch-mazedonischen Grenze. Jeden Abend und in jeder Nachrichtensendung ist es nun zu sehen: Leid, Flucht und Vertreibung. Doch in Deutschland haben diese Bilder offenbar nicht ausgereicht. Jetzt hieß es: Von langer Hand hätten die Serben die Vertreibung dieser Menschen und die ethnische Säuberung des Kosovo geplant. Mord und Vertreibung im Kosovo erhielten einen Namen: „Operationsplan Hufeisen".

RUDOLF SCHARPING (7. 04. 1999): „Ich will Ihnen ausdrücklich auch für morgen ankündigen eine genaue Analyse dessen, was sich auf der Grundlage des Operationsplans Hufeisen in den Monaten seit Oktober 1998 im Kosovo vollzogen hat. Er zeigt sehr deutlich, dass in klar erkennbaren Abschnitten die jugoslawische Armee, die jugoslawische Staatspolizei begonnen hat, in der Zeit von Oktober bis zum Beginn der Verhandlungen in Rambouillet, die Vorbereitungen für die Vertreibung der Bevölkerung nicht nur zu treffen, sondern diese Vertreibung auch schon begonnen hat. Er zeigt im Übrigen sehr deutlich das systematische und ebenso brutale wie mörderische Vorgehen, das seit Oktober 1998 geplant und seit Januar 1999 ins Werk gesetzt worden ist."



Dies sollte der Operationsplan sein. Wie ein Hufeisen umschließen serbische Truppen albanische Zivilisten und treiben sie aus dem Kosovo. Schon seit Januar '99, also vor Beginn der Nato-Angriffe, seien die Serben „planmäßig" vorgegangen, hieß es in der Broschüre des Verteidigungsministeriums. Und zum Beleg dieses Foto. Doch die Datenzeile weckt Zweifel, denn sie zeigt das Aufnahmedatum: April '99, also erst nach Beginn der Nato-Luftangriffe, und schon deshalb ist das, was in Randubrava, dem Dorf auf dem Foto, geschah, kein Beweis für den Hufeisenplan.

Randubrava heute. An den Krieg erinnert nur noch wenig. Wiederaufbau: Die Dachziegel, mit denen die Bewohner ihre zerstörten Häuser neu decken, hatte ihnen die deutsche Hilfsorganisation „Cap Anamur" gespendet. Aber wurde das Dorf tatsächlich, wie Minister Scharping behauptete, bereits vor den Nato-Luftangriffen von den Serben überfallen und in Brand gesetzt? Und wurde die Zivilbevölkerung wirklich „planmäßig" von hier vertrieben? Dies hätte dann ein Indiz für die Echtheit des Hufeisen-Plans sein können.

SHAIP REXHEPI, AUGENZEUGE: „Die Bewohner haben das Dorf am 25. März nach den Luftangriffen der Nato verlassen. Abends gegen zwanzig Uhr haben wir den Befehl von der UCK erhalten, die Bevölkerung zu evakuieren. Am 26. März hat es keine Dorfbewohner mehr hier gegeben, wir hatten sie alle in das Dorf Mamush gebracht. Dann erst beschossen uns die Serben mit Granaten. Wir waren UCK-Soldaten, wir haben uns verteidigt, aber es war unmöglich. Wir waren den Panzern und Kanonen gegenüber machtlos. Aber wir haben standgehalten so lange wir konnten. Hier aus meinem Dorf waren wir 85 UCK-Soldaten, aber es gab auch noch andere von außerhalb. Insgesamt waren wir hier 120 Soldaten von der vierten Kompanie der 129. Brigade der UCK."

Mit einer „planmäßigen" Vertreibung der Zivilbevölkerung hat das wenig zu tun. Hatte Verteidigungsminister Scharping in seiner Broschüre die Unwahrheit verbreitet?

FRAGE: *„Wie haben Sie sich darüber informiert, was in diesem Ort geschehen ist?"*

RUDOLF SCHARPING: „Das sind Ergebnisse der Luftaufklärung, das ist ja nicht so schwer, entsprechende Bilder zu bekommen, jedenfalls solange sie keine geschlossene Wolkendecke haben. Im übrigen gibt es Zeugenaussagen, die man heranziehen kann, es gibt Menschen, die geflohen sind, es gibt andere, die zum Teil unter Lebensgefahr berichtet haben. Dazu gehörte in der Zeit vor dem Ausbruch der kriegerischen Maßnahmen auch das sehr vielfältige Informationsangebot, will ich's mal nennen, das über die unbewaffneten Beobachter der OSZE an uns herankam."

Doch nicht nur das Dorf Randubrava führt Rudolf Scharping in seiner Broschüre als Beweis für den Hufeisen-Plan an. Auch ein Dorf namens Sanhovici soll vor den Nato-Luftangriffen zerstört worden sein. Doch auch dieses Foto entstand später: im April '99, ebenfalls nach Kriegsbeginn.

Dort hinten liegt das Dorf aus der Aufklärungsbroschüre des Verteidigungsministeriums. Allerdings heißt der Ort nicht Sanhovici, sondern Petershtica. Noch heute sind die Spuren des Krieges zu sehen. Viele Häuser bis auf die Grundmauern niedergebrannt – es wird noch lange dauern, bis die rund hundert Bewohner ihr Dorf wieder aufgebaut haben. „Dankeschön", rufen Kinder auf deutsch. Auch hier stammt das Baumaterial von deutschen Hilfsorganisationen. In Petershtica wollten die Serben die Heimat dieser Dorfkinder auf eine besonders tückische Art und Weise für immer zerstören, so steht es in der Broschüre des Verteidigungsministeriums.

Auf diese Weise also hätten die Serben hier gewütet. Ihre Aktionen – so Scharping – seien keine Reaktion auf die Luftangriffe der Nato gewesen, sondern, so wörtlich, „von vornherein Teil der so genannten Operation Hufeisen“, also der planmäßigen Vernichtung vor Beginn der Nato-Bombardierung. Doch in Petershtica erinnert man sich völlig anders.

FATMIR ZYMERI, AUGENZEUGE: „Das war alles schon im Juni 1998 passiert. Damals waren da eine Menge Leute von der jugoslawischen Armee, die dort vom Dorf Zboc aus auf uns zu kamen. Aber wir hatten die Armee zurückgeschlagen. Dann hatten sie angefangen, uns mit schweren Waffen zu beschießen – vier Wochen lang. Es gab so gut wie keine Stelle mehr, wo keine Granate eingeschlagen war. So war es in diesem Ortsteil hier und im gesamten Dorf.“

Die Zerstörungen also stammten bereits vom Juni 1998. Doch laut Scharping hatte Milosevic den so genannten Hufeisenplan erst ein halbes Jahr später, im Dezember 1998, entworfen. Und was war mit den Kerzen auf den Dachböden und dem Gashahn im Keller, von denen Scharping berichtete?

FATMIR ZYMERI, AUGENZEUGE: „Nein, so gerieten die Häuser in unserem Dorf nicht in Brand. Das passierte auf unterschiedliche Art und Weise, aber nicht so. Die wurden anders in Brand gesetzt. Die Häuser hatten durch Granatenbeschuss Feuer gefangen, diese Fälle gab es. Das geschah, als die Granaten ins Heu einschlugen, auf die Zäune und so. Auf gar keinen Fall aber durch solche eine Methode mit den Kerzen.“

Wieder kein Beleg für den so genannten Hufeisen-Plan. Wohl aber ein weiterer Beweis für Manipulation und Fälschung im Verteidigungsministerium.

FRAGE: *„Dieser letzte Ort, da war eine Bildunterschrift drunter, dort stand, die Serben kommen in Dörfer, öffnen die Gashähne in den Kellern und stellen eine brennende Kerze auf den Dachboden. Es gibt Zweifel, dass diese Methode überhaupt funktioniert.“*

RUDOLF SCHARPING: „Welche Zweifel sind das denn?“

FRAGE: *„Wenn man in den Kellern den Gashahn aufdreht und oben eine Kerze hinstellt, das funktioniert nicht!“*

RUDOLF SCHARPING: „Ja?“

FRAGE: *„Nein, funktioniert technisch überhaupt nicht, weder chemisch noch physisch noch überhaupt. Das weiß eigentlich jeder Oberbrandmeister. Es muss also eine Information sein, die entweder von den Zeugen, die ihnen zugetragen worden ist, nicht korrekt ist oder nicht geprüft worden ist.“*

RUDOLF SCHARPING: „Dann würde ich ihnen raten, diesen Test noch einmal zu machen. Aber nicht mit einem Gashahn im Keller, sondern mit einer Flasche.“

FRAGE: *„Ja, das ist das Gleiche, das funktioniert beides nicht.“*

RUDOLF SCHARPING: „Ja ...?“

Gas ist nämlich schwerer als Luft. Auch der Minister hatte offenbar gemerkt, wie leicht solche Manipulationen und Lügen auffallen könnten, denn später finden sich zwar noch die Abbildungen der beiden Dörfer, aber ohne die verräterischen Text- und Datenzeilen. In einer Neuauflage der Broschüre vom Mai ’99 waren sie entfernt worden.

„Da haben wir unsere Flugzeuge [...] nach Serbien geschickt und die haben zusammen mit der Nato einen souveränen Staat gebombt – ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte.“

Altbundeskanzler G. Schröder
FAZ 10.3.2014

Mai 1999, schon der zweite Kriegsmonat. Immer häufiger machten sich Tornado-Piloten der Bundeswehr bereit für den Angriff. Längst war bekannt, dass nicht nur militärische Ziele getroffen wurden, sondern auch zivile. Und die Nato setzte sowohl grausame Splitterbomben wie auch umstrittene Uranmunition im Kosovo ein. Trotz des unbeliebten und autoritären Regimes in Belgrad wurden in der deutschen Bevölkerung deshalb die Zweifel immer stärker, ob der Einsatz der Kampfflugzeuge gerechtfertigt war. Der öffentliche Druck auf Rudolf Scharping wurde immer stärker. Denn entgegen seinen eigenen Ankündigungen blieb er stichhaltige Beweise für die Existenz des so genannten Hufeisen-Plans schuldig. Zwei Jahre nach dem Krieg deshalb noch einmal die Frage an Rudolf Scharping: *„Was war denn nun mit dem Hufeisenplan?“*

RUDOLF SCHARPING: „Wir hatten geheimdienstliche Informationen. Ich erhielt sie Anfang April 1999 über den Außenminister. Ich habe dann unsere Fachleute gebeten, nicht nur diese Informationen auszuwerten, sondern sie zu vergleichen mit den Erkenntnissen aus der elektronischen Aufklärung, also auch dem Abhören von Funkverkehr serbischer Einheiten und Paramilitärs. Das ist geschehen, und erst als dieser Abgleich gezeigt hat, dass die Informationen richtig sind, haben wir sie auch öffentlich verwendet.“

HEINZ LOQUAI, GENERAL A. D. – OSZE: „Ich habe dann um ein Gespräch im Verteidigungsministerium nachgesucht, das habe ich bekommen, das war im November, und dort hat man mir gesagt, es habe kein ‚Operationsplan Hufeisen‘ vorgelegen, sondern was man hatte, war eine Darstellung der Ereignisse, die im Kosovo abgelaufen sind, und diese Darstellung der Ereignisse konnte man auf Grund der OSZE-Berichte und anderer Berichte nachvollziehen. Aber es gab keinen ‚Operationsplan Hufeisen‘, so jedenfalls die Fachleute im Verteidigungsministerium.“

Geflüchtete Kosovo-Albaner – ein Opfer der Serben. Aber nicht als Folge eines Vertreibungsplans mit Namen „Hufeisen“. Der war schlicht eine Erfindung des deutschen Verteidigungsministeriums – Kriegspropaganda –, wie das angebliche KZ von Pristina oder das angebliche Massaker an Zivilisten in Rugovo. Das Elend der Flüchtlinge aber war auch eine Folge der Nato-Bombardierung. Vor dem politischen Scheitern eines Krieges im Kosovo war früh gewarnt worden – auch aus den Reihen der OSZE und des Militärs. Dennoch wollte die Bundesregierung deutsche Soldaten in diesen Krieg führen. Dafür musste sie die Gunst der Öffentlichkeit gewinnen. Kein Kriegsziel der Nato wurde erreicht. Was aus diesen Menschen wird, ist bis heute ungewiss.

HEINZ LOQUAI, GENERAL A.D.: „Man hat in der Vergangenheit oft der deutschen Generalität den Vorwurf gemacht, dass sie dort auch geschwiegen habe, wo sie etwas hätte sagen sollen. Und ich wollte in dieser Situation auch etwas sagen und die Manipulation und Propaganda nicht als solche stehen lassen.“

Doch Lügen und Propaganda in Zeiten des Krieges sind meist stärker. Sie sind Waffen. Sie töten die Wahrheit.

WDR-Redakteur Mathias Werth, Mitautor der Dokumentation, auf die Kritik vieler Medien:

„Sie [die Medien] sahen die Arbeit ihrer Korrespondenten vor Ort durch diesen Film diskreditiert. Dafür habe ich Verständnis, denn in dem Film mag mancher eine Kritik daran erkennen, wie über diesen Krieg berichtet worden ist. [...] Die Frage ist, was bleibt am Ende an sachlichen Vorwürfen gegen den Film stehen. Und da ist bis heute kein einziger Vorwurf stehen geblieben.“

Quellen:

YouTube: Es begann mit einer Lüge: *<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Nato-Krieg/ard-sendung.html>*

Dieser Text wurde zuerst auf den **ag-friedensforschung.de** unter der URL ‹http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Nato-Krieg/ard-sendung.html› veröffentlicht

‹http://www.free21.org/?p=16246›

Publiziert am 18.10.2015, 21:31 Uhr, von AG Friedensforschung, Original: http://wck.me/AZM

August 2015

Wer jagt **Angela Merkel?**

Nach dem offenbar im Voraus geplanten Einsatz von Vergewaltigungen in der Silvesternacht in Köln und anderswo ergehen Vorwürfe an die Bundeskanzlerin, sie sei verantwortlich. Eine Studie des Computerdatenverkehrs belegt, dass diejenigen Twitter-Accounts, die diese Vorwürfe erheben, ihre Basis an der Westküste der Vereinigten Staaten haben.

von Andrej Fomin, Übersetzung: Sabine

Im September des letzten Jahres haben wir die Kurzfassung einer Analyse veröffentlicht, die der russische Forscher Vladimir Shalak über die verborgenen Aspekte der Twitter-basierten Kampagne gemacht hat, mit welcher die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten nach Deutschland gelockt werden [1]. Nachdem Shalak 19.000 Original-Tweets mit Bezug auf Flüchtlinge untersucht hatte, kam er zu dem Schluss, dass der große Exodus zum europäischen Kontinent durch nichteuropäische Akteure künstlich erzeugt wurde. Die kürzlich erlebte Welle von Gewalt, die von Migranten in der Silvesternacht in einer Anzahl europäischer Städte verursacht wurde, hat eine neue, intensive Anti-Merkel-Kampagne in den deutschen und europäischen Medien in Gang gesetzt und zusätzliche Daten für Shalaks tiefgründige Recherchen geliefert.

Im Folgenden teilen wir seine ersten Ergebnisse mit. Zuvor aber lassen Sie uns einen Blick auf zwei Bilder werfen, die einen drastischen Wandel der öffentlichen Debatte über Flüchtlinge in Deutschland in Laufe von nur vier Monaten zeigen [Anm. d. Red.: siehe oben und unten auf dieser Seite]. War dies eine tragische, aber spontane Entwicklung, oder handelt es sich hier um eine bewusste psychologische Operation eines Akteurs von außen? Um uns einer fundierten Schlussfolgerung anzunähern, müssen wir kurz die aktuellen US-amerikanisch-deutschen Beziehungen betrachten:

Seit der Wiedervereinigung der Krim mit Russland im März 2014 ist die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zwischen Hammer und Amboss geraten. Unter starkem Druck aus Washington musste sie die europäische Familie dazu bringen, die zunehmenden Sanktionen gegen Russland zu verschärfen, während die Großunternehmen und ihre politischen Gegner wegen der düsteren Folgen für die deutsche Wirtschaft immer unwilliger wurden, die Sanktionen aufrechtzuerhalten. Im Balancieren zwischen zwei unvereinbaren Ansätzen entschied sich Frau Merkel, trotz wachsendem Groll in Übersee, den Handelsvertrag von 2011 umzusetzen, um den zweiten Leitungsstrang der Nord-Stream-Pipeline zu bauen, der mehr Erdgas von Russland nach Deutschland durch die Ostsee liefern soll.

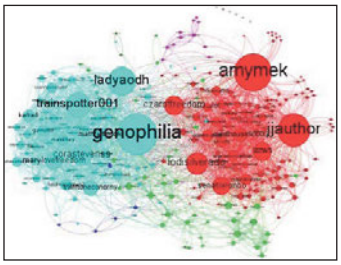
Eine andere Dimension der transatlantischen Spannungen hängt mit den Gesprächen zum TTIP-Abkommen zusammen, die seit 2013 hinter verschlossenen Türen stattfinden. Auch der dichte Propagandanebel um diese Gespräche kann kaum verbergen, dass die wichtigste Streitfrage der Status der privaten amerikanischen Schiedsgerichte im europäischen Rechtssystem ist: Die globalen transnationalen Konzerne drängen darauf, den Firmen die Verfolgung von Staaten durch private Schiedsgerichte zuzugestehen, wenn irgendeine politische Entscheidung ihre Gewinne negativ beeinflusst. Praktisch bedeutet das für die europäischen Staaten den totalen Verlust der Souveränität, denn die privaten Schiedsgerichte können dadurch den Nationalstaaten Zollabgaben (die natürlich die Erträge direkt beeinflussen), gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Vorschriften (die EU wird ihre strikten Barrieren gegen Produkte mit hormonhaltigem Rindfleisch und genetisch veränderten Organismen aufheben müssen), finanzielle und Anlagerichtlinien für die europäischen Banken und selbst Subventionen diktieren. […] Im Oktober 2015 fanden öffentliche Anti-TTIP-Massendemonstrationen in Berlin statt. Seither ist Frau Merkel betont vorsichtig in ihrer Einschätzung des TTIP-Projekts.

Januar 2016

Jetzt ist das Bild mehr oder weniger klar: Die Bundeskanzlerin spielt ein kluges Spiel, indem sie versucht, Europas Souveränität zu erhalten, während sie formal den US-Forderungen auf einem zweitrangigen Gleis nachkommt. Ohne Zweifel ist dieses Spiel aber von Washington schon durchschaut worden, und der einzige Faktor, der Merkels sofortige Amtsenthebung verhindert, ist das Fehlen eines vorbereiteten und lenkbaren Nachfolgers. Eine Medienkampagne gegen sie ist unter dem Vorwand des „Rapefugees"-Skandals („Vergewaltigerflüchtlinge") dennoch voll im Gange.

Anfang Januar gab der berüchtigte Spekulant und bekennende Sponsor des Flüchtlingsverkehrs nach Europa, George Soros, der „Wirtschaftswoche" ein eindeutiges Interview, in dem er Merkels strengere Europa- und Flüchtlingspolitik erbittert kritisiert und nahelegt, dass sie dies „die Kanzlerschaft kosten" werde [2]. Gleichzeitig tauchten auf Twitter das Hashtag #ArrestMerkel [„Verhaftet Merkel"] und das Motto „Merkel Has To Go" [„Merkel muss gehen"] auf und fanden eine bemerkenswerte Verbreitung. Die durchgeführte Analyse ergab, dass das #ArrestMerkel-Hashtag ursprünglich von zwei maßgeblichen Twitterkonten ausgesendet wurde: @Trainspotter001 und

@AmyMek. Dann wurde es von einer Anzahl anderer leistungsstarker Accounts aufgegriffen und weiterverbreitet.

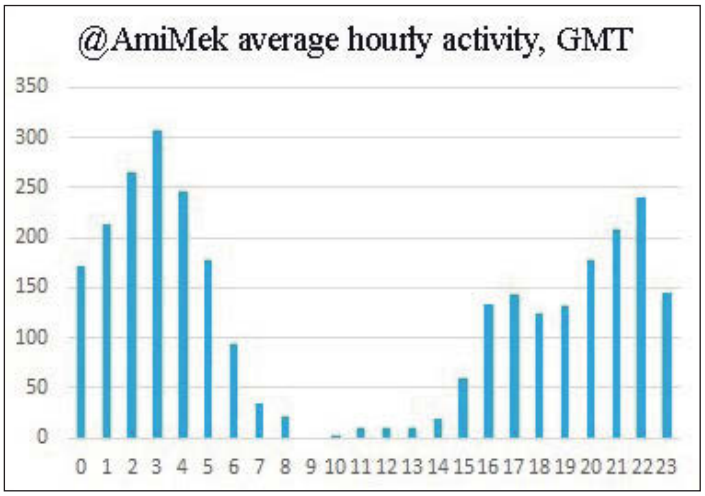


Die komplette Karte der #Arrest-Merkel-Retweeter: Die Größe der Kreise entspricht der Zahl der Follower, die dieses Hashtag weiterverbreiten.

@Trainspotter001 und @AmyMek haben keine regionale Zugehörigkeit, aber die Analyse der durchschnittlichen stündlichen Aktivität brachte die folgenden Ergebnisse [Anm. d. Red.: vgl. dazu die Grafiken in der Mitte dieser Seite]:

Offensichtlich ist in beiden Fällen die minimale Aktivität zwischen 7 und 15 Uhr GMT festzustellen, was am wahrscheinlichsten der US-Pazifik- oder Mountain-Zeitzone entspricht – diese Twitter-Aktivisten sind also tagsüber an der US-Westküste aktiv. Nun hat der @Trainspotter001-Account seit März 2015 bereits fast 27.000 Tweets geliefert, d.h. rund 88 Tweets pro Tag, was zu viel ist für einen menschlichen Betreiber (das gesamte CNN-Twitter-Team schafft zum Beispiel nur rund 23 Tweets pro Tag). Wir schließen daraus, dass @Trainspotter001 ein programmierter Bot, also ein sich weitgehend automatisch wiederholendes Computerprogramm ist. @AmyMek (27.000 Tweets seit 2012) ist es sehr wahrscheinlich auch.

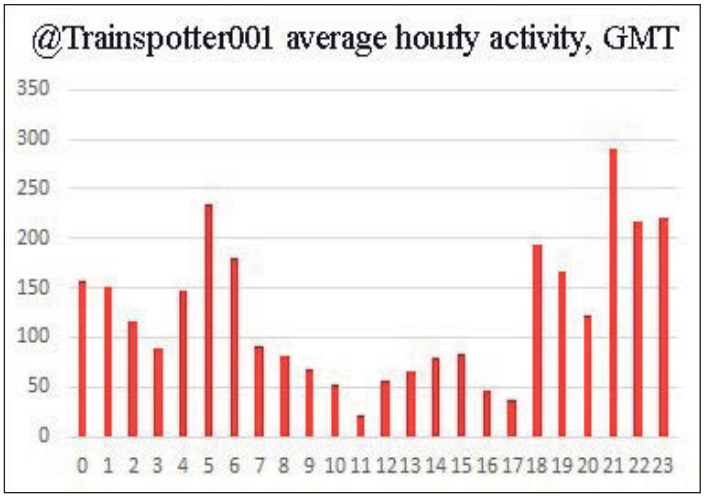
Wenn wir uns näher mit den wichtigsten Retweetern beschäftigen, stellen wir fest, dass @Genophilia der führende Bot ist (mit 107.000 Tweets seit September 2012 oder etwa 87 Tweets täglich). Seine regionale Zugehörigkeit wird nicht angezeigt, aber die durchschnittliche stündliche Aktivität weist darauf hin, dass er auch von der Pazifikküste aus betrieben wird. Zwei andere bemerkenswerte Accounts sind @jjauthor,



ein Bot mit Sitz in Nevada, der seit 2010 (!) 300 Beiträge täglich schafft, und @LadyAodh, ein weiteres künstliches, „blondes" Profil, das in den USA geschaffen wurde und seit März 2015 gegen den „Völkermord an den Weißen" kämpft. Wie in der ersten Grafik sichtbar wird, sind diese Bot-Konten alle eng miteinander verflochten und multiplizieren dadurch gegenseitig ihre Wirkung, was ein Publikum von vielen Millionen bringt.

Die vorliegenden Beweise zeigen deutlich, dass das gesamte Flüchtlingsthema von US-gestützten Akteuren eingefädelt wurde, um Kanzlerin Merkel etwas anzuhängen und sie davor zur warnen, Widerstand zu leisten oder für die europäische Souveränität einzutreten.

Recht bemerkenswert ist, dass die anscheinend polar entgegengesetzten Standpunkte (ultraliberal bei George Soros und extrem rechts bei den unbestimmt in den USA lokalisierten Twitter-Bots) möglicherweise dieselben politischen Ziele verfolgen – die deutsche Führungspersönlichkeit aus ihrem Amt zu entfernen und Europa das TTIP-Abkommen aufzuzwingen.



Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

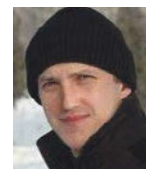
Quellen:

[1] „Wer lockt mit Twitter Flüchtlinge nach Deutschland?", von Andrey Fomin, Übersetzung Sabine, Oriental Review (Russland) ‚Voltaire Netzwerk, 23. September 2015 *<http://www.voltairenet.org/article188784.html>*

[2] „Europa? Gibt's doch nicht mehr", Interview mit George Soros, von Gregor Peter Schmitz, WirtschaftsWoche, 4. Januar 2016. *<http://www.wiwo.de/politik/europa/george-soros-europa-gibts-doch-nicht-mehr/12754350.html>*

Autor:

Andrey Fomin



Gründer der Online-Zeitschrift für politische Analysen Oriental Review. Master der staatlichen Lomonossow-Universität Moskau in Russischer Geschichte.

www.orientalreview.org

Dieser Text wurde zuerst auf **Voltairenet.org** unter der URL ‹http://www.voltairenet.org/article190000.html› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=19968›

Publiziert am 21.1.2016, 11:53 Uhr, von Andrey Fomin auf Voltairenet.org, Original: http://www.voltairenet.org/article190000.html

Wen verkaufen unsere Medien für blöd – Sie oder den FSB?

Der britische Richter Robert Owen veröffentlichte einen Untersuchungsbericht über den Tod des russischen Ex-Geheimdienstlers Litwinenko. Die Ermordung sei auch von Präsident Putin wahrscheinlich gutgeheißen worden. **von Analitik**

Die Briten haben in einer Untersuchung festgestellt, dass der russische Agent Litwinenko 2006 vom FSB mit Billigung Putins umgebracht wurde. „Wahrscheinlich". Es ist ganz wichtig, dass Putin höchstpersönlich reingezogen wird. Mehr als eine („wahrscheinliche") Billigung konnte die Untersuchung auch nach neun Jahren nicht finden. Ziemlich billig, aber egal. Ein Vorwurf ist ein Vorwurf und mehr braucht es nicht in einer Demokratie, wenn es gegen jemanden geht, der seine Interessen nicht freiwillig aufgibt.

Ein Thema, an dem man sich in vielen Artikeln russophob abarbeiten kann. SPON liefert zur Meldung gleich eine Erklärung, wie heimtükisch die Tatwaffe Polonium-210 ist. Danke dafür. Mehr braucht es nämlich nicht, um die brennende Frage zu stellen: Wen verkaufen unsere Medien für blöd – den russischen Geheimdienst FSB oder Sie, den Leser? Einer der beiden MUSS blöd sein. Sie werden gleich merken, warum.

Polonium-210, so lehrt es uns SPON, sei nur gefährlich, wenn es in den Körper gelangt. Dort schädigt es mit seiner Strahlung die DNA und es kommt innerhalb von ein paar Tagen oder ein paar Wochen zum Tod – in Abhängigkeit von der verabreichten Dosis.

Spielen wir das Spiel der Fünfjährigen. Mit etwa fünf Jahren lernen Kinder, sich in andere hinein zu versetzen. Versetzen wir uns also hinein in die FSB-Leute, die beschlossen haben, den Überläufer Litwinenko zu beseitigen. Dazu gibt es gute Gründe. Litwinenko ist nach Großbritanien geflüchtet und schwärzt von dort in der großen Öffentlichkeit die russische Regierung, den FSB und Präsident Putin an. Töten wir ihn. Wie? Vielleicht indem wir ihm

Putin 2007 (Foto: kremlin.ru, CC BY-SA 2.0)

eine Kugel verpassen? Nein, zu einfach. Dann ist er sofort tot und sagt nichts mehr. Vergiften wir ihn lieber. Aber nicht mit einem der hundert schnell tötenden Gifte, die da drüben in unserem Schrank liegen (wir sind bei einem der furchtbarsten Geheimdienste dieser Welt, wir haben solche Schränke). Dann ist er auch sofort tot und sagt nichts mehr.

Nein, nehmen wir etwas Exotisches. Etwas Strahlendes! Etwas mit Atomen ist immer gut, das löst gleich Panik aus, wenn nur einmal darüber berichtet wird. Und genau das wollen wir schließlich, wenn wir still und heimlich eine Person beseitigen wollen, nicht wahr? Gut. Und jetzt wählen wir die Dosis so, dass Litwinenko nicht sofort und nicht nach drei Tagen stirbt. Das wäre ja langweilig. Wir wählen eine niedrige Dosis, damit er sich wochenlang quält. Damit er wochenlang von britischen TV-Kameras belagert wird und uns noch höchstpersönlich beschuldigt, ihn vergiftet zu haben. Das ist ein guter Plan.

Haben Sie ehrlich mitgespielt und sich ehrlich in den FSB hineinversetzt? Wie hat es sich angefühlt?

Unsere Medien wollen uns gerade glauben lassen, dass der FSB, tatsächlich einer der besseren Geheimdienste dieser Welt, sich für Polonium-210 in einer niedrigen Dosis entschieden hat, um einen medial präsenten Überläufer in Großbritanien zu beseitigen. Selbstverständlich wohlwissend, dass Polonium-210 selbst in hohen Dosen nicht sofort tötet. Und in einer Lage, wo der Überläufer ohnehin schon von den britischen Medien hofiert wird. Unsere Medien wollen Sie glauben lassen, dass der FSB in so einer Situation zu einem exotischen, langsam tötenden Gift greift. Unsere Medien wollen Sie glauben lassen, dass der FSB total blöd ist. […]

Spielen wir unser Spiel weiter. Versetzen wir uns jetzt in den britischen Geheimdienst. Wir sollen für schlechte Publicity von Putin sorgen. Gut, das ist ein Dauerauftrag, aber jetzt soll ein kleines Feuerwerk her, das herausragt aus dem täglichen Einerlei der russlandfeindlichen Berichterstattung. Hängen wir Putin einen Mord an. Wir haben viele Agenten, die sich öffentlich an Putin abarbeiten. Töten wir einen von ihnen und behaupten, dass Putin es war. Und bauen daraus eine mediale Anti-Putin-Kampagne. Da, der Litwinenko ist gut. Er ist als Agent schon verbrannt. Alles, was er zu erzählen hatte, hat er uns schon erzählt. Nach Russland kann er nicht mehr zurück, um neue Informationen zu beschaffen. Sein Buch mit Anschuldigungen hat er schon geschrieben (und wir werden bei unserer Kampagne groß Werbung dafür machen). Er wird uns einen letzten Dienst erweisen. Er ist voll unter unserer Kontrolle, mitten in London. Töten wir ihn. Wie? Vielleicht indem wir ihm eine Kugel verpassen? Nein, zu einfach. Dann ist er sofort tot und sagt nichts mehr. Vergiften wir ihn lieber. Aber nicht mit einem der hundert schnell tötenden Gifte, die da drüben in unserem Schrank liegen (wir sind bei einem der furchtbarsten Geheimdienste dieser Welt, wir haben solche Schränke). Dann ist er auch sofort tot und sagt nichts mehr.

Nein, nehmen wir etwas Exotisches. Etwas Strahlendes! Etwas mit Atomen ist immer gut, das löst gleich Panik aus, wenn nur einmal darüber berichtet wird. […] Und jetzt wählen wir die Dosis so, dass Litwinenko nicht sofort und nicht nach drei Tagen stirbt. Das wäre ja langweilig. Wir wählen eine niedrige Dosis, damit er sich wochenlang quält. Damit er wochenlang von unseren TV-Kameras belagert wird und noch höchstpersönlich Putin beschuldigt, ihn vergiftet zu haben. Das ist ein guter Plan. […]

[Red.: gekürzt]

Quellen:

The Litvinenko Inquiry: *<https://www.litvinenkoinquiry.org/files/Litvinenko-Inquiry-Report-web-version.pdf>*

Tatwaffe Polonium-210: *<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/alexander-litwinenko-so-heimtueckisch-toetet-polonium-210-a-1073118.html>*

Über den Untersuchungsbericht: *<http://www.spiegel.de/politik/ausland/wladimir-putin-soll-mord-an-litwinenko-gebilligt-haben-a-1073121.html>*

Dieser Text wurde zuerst auf den **analitik.de** unter der URL ‹http://analitik.de/2016/01/21/wen-verkaufen-unsere-medien-fuer-bloed-sie-oder-den-fsb/› veröffentlicht

‹http://www.free21.org/?p=20281›

Kann der „IS“ mit einem **völkerrechtskonformen „Krieg“** besiegt werden?

Genauso unsinnig wie die amerikanische „Kriegserklärung gegen den Terror“ ist eine „Kriegserklärung gegenüber dem IS.

von Peter Haisenko

Es gibt keinen „Islamischen Staat“. Es handelt sich hier vielmehr um einen mafiös strukturierten Zusammenschluss von marodierenden Mörderbanden, der sich mit einer Fehlinterpretation des Islam eine Scheinlegitimation zu eigen machen will. Das Bild zeigt ein Wohngebiet im alten christlichen Viertel von Jdeydeh, Aleppo (Foto Kevorkmail CC BY-SA 3.0)

Völkerrechtlich betrachtet gibt es keinen „Islamischen Staat“, der sogenannte „IS“ ist vielmehr ein mafiös strukturierter Zusammenschluss von marodierenden Mörderbanden, der sich mit einer Fehlinterpretation des Islam eine Scheinlegitimation zu eigen machen will. Es gibt weder ein definiertes Staatsgebiet noch eine ansprechbare Staatsführung. Einem solch amorphen Gebilde kann niemand den Krieg erklären, jedenfalls nicht nach herkömmlicher Definition.

So, wie die Mafia ihre Finanzierung und die Sicherung ihrer Machtstrukturen organisiert, macht es der „IS“ auch: durch Schutzgelderpressung, Morde und illegalen Handel innerhalb einer streng hierarchisch strukturierten Organisation. Der Sprachgebrauch „Islamischer Staat“ ist ein Oxymoron; analog zur Mafia wäre „kriminelle Vereinigung“ passender. Weitere Ähnlichkeiten zur Mafia ergeben sich daraus, dass auch der „IS“ heimliche Unterstützer hat, die von ihm in unterschiedlicher Weise profitieren.

Den Nachschub von Waffen und Munition stoppen

Genauso unsinnig wie die amerikanische „Kriegserklärung gegen den Terror“ ist es demnach, wenn dem „IS“ der Krieg erklärt werden soll. Ich lehne den inflationären Umgang mit „Kriegerklärungen“ ab. Zu einer Kriegserklärung gehört auch die Perspektive eines Friedensvertrags nach Beendigung der Kampfhandlungen. Die letzte völkerrechtlich wirksame Kriegserklärung gab es 1941 und den letzten Friedensvertrag 1949 (USA – Japan). Die Kriegserklärung der USA gegen den Terror ist ein Freibrief, jeden nach Belieben anzugreifen, wenn Washington der Sinn danach steht. Mehr nicht. Wie sollte mit „dem Terror“ oder „dem IS“ auch ein Friedensvertrag geschlossen werden können? Es ist folglich ein Krieg, der niemals enden kann, genauso, wie die anderen unerklärten Kriege der USA in den Jahren nach 1941. Europa sollte sich hüten, in dieses gefährliche Fahrwasser zu geraten.

Der „IS“ geht mit Waffengewalt vor. Um dem Einhalt zu gebieten, müssen die Mörderbanden entwaffnet werden. Die Waffen kann der „IS“ aber selbst nicht herstellen, sondern er ist vielmehr darauf angewiesen, Waffen und Munition einzukaufen – und er muss seine „Kämpfer“ bezahlen. Der erste und wichtigste Schritt gegen den „IS“ muss also sein, ihm den Geldhahn zuzudrehen. Dass das bis jetzt noch nicht geschehen ist, beweist, dass gerade die Herren des Geldes kein Interesse haben, den „IS“ wirksam zu bekämpfen. Wir wissen, wo diese Kapitalmächtigen ihre Heimat haben und dass sie durchaus dazu in der Lage sind, Geldflüsse zu sperren, wenn es gegen reale Staaten geht, die sich ihrem Diktat nicht unterordnen wollen.

Die Waffen, über die der „IS“ bereits verfügt, müssen neutralisiert werden: durch Zerstörung und durch Verhinderung des Nachschubs an Munition. Diejenigen, die weiterhin den „IS“ mit Kriegsmaterial versorgen, müssen stigmatisiert und mit Sanktionen von ihrem mörderischen Treiben abgehalten werden. Auch das wäre ein Leichtes, denn wir wissen, um wen es sich handelt.

Russland hat vor zwei Monaten die Initiative ergriffen und arbeitet an der Neutralisierung der „IS“-Waffen – erfolgreich und damit ganz im Sinne der europäischen Länder. Es ist richtig, aber leider etwas spät, wenn sich jetzt europäische Streitkräfte an Russlands Seite stellen. Es ist kein Krieg, sondern es geht um die Entwaffnung

Publiziert: 04.01.2016 (15:50), von Peter Haisenko, Original: http://www.anderweltonline.com/politik/politik-2015/kann-der-is-mit-einem-voelkerrechtskonformen-krieg-besiegt-werden/

von Verbrechern. Das muss immer als Erstes erfolgen.

Nur Russland hält in Syrien das Völkerrecht ein

Betrachten wir nun die völkerrechtlichen Aspekte. Bis jetzt handelt einzig Russland völkerrechtskonform, und zwar durchgängig, auch was die Krim anbelangt (ja, auch das muss hier nochmals klargestellt werden). Wäre es nämlich nicht so, dann hätte der Westen schon längst ein Verfahren gegen Russland vor dem Internationalen Gerichtshof angestrengt. Da dies nicht geht, verfährt man nach dem Motto: Eine Lüge – die sogenannte „Annexion der Krim" – wird zur Wahrheit, wenn sie nur oft genug wiederholt wird. Dem muss auch einmal folgende Tatsache entgegengehalten werden: Bis jetzt, also ohne UN-Mandat, wäre und ist jeglicher Eingriff seitens europäischer oder amerikanischer Kräfte in Syrien eine Völkerrechtsverletzung. Wie kann Deutschland also Flugzeuge in den syrischen Luftraum schicken, ohne sich einer Völkerrechtsverletzung schuldig zu machen? Ganz einfach: Die Bundesregierung muss dem Beispiel Putins folgen und in Damaskus anfragen, ob deutsche Hilfe im Kampf gegen den „IS" erwünscht ist. Syrien ist immerhin noch Mitglied in der UNO, gehörte 1945 sogar zu den Gründungsmitgliedern, während Deutschland erst ab 1973 teilnehmen durfte. Sollte der Einsatz auch über irakischem Territorium geplant sein, muss dieselbe Anfrage an Bagdad gerichtet werden. Das gilt im Übrigen auch für die deutschen Ausbilder, die bereits im Nordirak tätig sind. Tut Deutschland das nicht, dann reiht sich Berlin in die Phalanx der US-Vasallen ein, die sich schon seit Jahrzehnten über jedes Völkerrecht nach Belieben hinwegsetzen. In dieser Hinsicht sollte gerade Deutschland besondere Sorgfalt an den Tag legen. Auch deswegen, weil die Regierung Schröder/Fischer die Integrität Deutschlands im Fall Jugoslawien bereits schwer beschädigt hat. Wäre es nicht mehr als peinlich, wenn sich Deutschland weniger völkerrechtskonform verhielte als das „aggressive" Russland?

Blick auf Aleppo von der Zitadelle aus. (Foto: anjci, CC-BY 2.0)

Wer die arabische Mentalität kennt (und auch die Mentalität einiger fehlgeleiteter europäischer Jugendlicher), der weiß, was es bedeutet, wenn man einer perspektivlosen Jugend tödliche Waffen und damit Macht in die Hände gibt. Genau das tut der „IS", das ist Teil seiner Attraktivität. Es ist also notwendig, dem „IS" diese Waffen zu nehmen – und das geht eben nur mit Gewalt. Und natürlich geht es auch ums Geld. Wenn der „IS" seine „Kämpfer" nicht mehr bezahlen kann, wird das bei manchen zum Nachdenken führen. Es sind also vorrangig drei Ziele zu verfolgen, wenn das Morden des „IS" gestoppt werden soll: 1. Der Nachschub von Waffen und Munition muss gestoppt werden. 2. Die vorhandenen Waffen müssen neutralisiert und jegliche Zufuhr von Geld muss unterbunden werden. 3. Parallel dazu müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den ideologischen Sumpf des menschenverachtenden Radikal-Islamismus auszutrocknen.

Den Kampf gegen den „IS" völkerrechtskonform gestalten

Ein Krieg gegen den „IS" nach den Regeln des Völker- oder Kriegsrechts ist unmöglich, genauso wie ein „Krieg gegen den Terror" unmöglich ist. Aber es ist möglich, gegen Mörderbanden, wie der „IS" nun mal eine ist, massiv einzuschreiten. Wie Russland – zur Schande des Westens – vorgeführt hat, kann man sich dabei an das Völkerrecht halten. Grundsätzlich ist festzustellen, dass jeder Ansatz, die Regierung eines souveränen Staates stürzen zu wollen, also einen „Regime-Change" anzustreben, niemals völkerrechtskonform sein kann. Überhaupt muss das Vorgehen überdacht werden, ohne ein vorhergehendes Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof Sanktionen gegen Staaten zu verhängen. Bisher sind und waren es immer und ausnahmslos die USA, die der Welt ihre eigenen „Werte"-Vorstellungen und stetig wechselnden Interessen aufgezwungen haben. Zahllose unschuldige Zivilsten haben dabei ihr Leben und ihre Gesundheit verloren.

Das moderne Kriegs- und Völkerrecht ist unter dem Eindruck der Grausamkeiten des Ersten Weltkriegs geformt worden. Es war auch dafür gedacht, der Selbstherrlichkeit des British Empire Schranken zu setzen. Der Hybris Washingtons könnte es noch heute hinderlich sein, und das ist wohl auch der Grund, weshalb die USA es einfach ignorieren: Indem sie es kategorisch ablehnen, sich irgendeinem Urteil eines Internationalen Gerichtshofes zu unterwerfen, haben die USA deutlich gemacht, dass sie sich über allen Gesetzen stehend sehen. Das muss sich wieder ändern. Nur wenn sich alle an international gültiges Recht halten, kann Recht eingefordert werden. Versuchen wir also jetzt, den Kampf gegen den „IS" völkerrechtskonform zu gestalten. Ein Krieg im herkömmlichen Sinn kann es nicht sein.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Peter Haisenko

Peter Haisenko, Verkehrspilot für 30 Jahre, seit 2004 als Autor und Journalist tätig, hat in den letzten Jahren etwa 300 Artikel veröffentlicht mit Schwerpunkten Wirtschaft, Historie, Politik und Luftfahrt.

www.anderweltonline.com

Dieser Text wurde zuerst unter der URL ‹http://www.anderweltonline.com/politik/politik-2015/kann-der-is-mit-einem-voelkerrechtskonformen-krieg-besiegt-werden/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=19429›

NATO-Terroristen im Untergrund

Im Kalten Krieg existierten in Westeuropa zahlreiche Untergrundorganisationen, die im Fall eines sowjetischen Überfalls hinter der Front als Partisanen Sabotageaktionen ausführen sollten. Dazu wurden Kämpfer geschult und geheime Erddepots mit Waffen, Sprengstoff und Funkgeräten angelegt.

von **Jens Wernicke**

Eine frühe CIA-geführte Stay-Behind-Truppe, der Bund Deutscher Jugend – Technischer Dienst, hatte Anfang der 1950er Jahre ganz konkrete Pläne ausgearbeitet, wie man linke Demonstrationen bekämpfen wollte.

In der Bundesrepublik unterstand diese Stay-Behind-Truppe dem Auslandsnachrichtendienst BND, der eigentlich im Inland gar nicht aktiv werden sollte. Das alles geschah hinter dem Rücken der dafür zuständigen parlamentarischen Kontrollgremien, denn auch ein möglicher Putsch gegen gewählte Politiker wurde erwogen. Erst Anfang der 1990er-Jahre flogen die illegalen Netzwerke auf und es dauerte mehr als 20 Jahre, bis der BND Akten zu diesen freigab. Über den aktuellen Forschungsstand zum Thema sprach Jens Wernicke mit dem Filmemacher und Journalisten Ulrich Stoll, der gemeinsam mit dem Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom soeben ein Buch zum Thema veröffentlicht hat (Erich Schmidt-Eenboom/Ulrich Stoll: Die Partisanen der NATO, Ch Links: Berlin 2015).

JENS WERNICKE: *Herr Stoll, soeben erschien Ihr Buch „Die Partisanen der NATO“, in dem Sie gemeinsam mit Erich Schmidt-Eenboom den sogenannten Stay-Behind-Truppen der NATO auf dem Gebiet der Bundesrepublik nachspüren, deren Existenz vor einigen Jahren der Schweizer Historiker Daniele Ganser aufgedeckt hat. Was sind Stay-Behind-Truppen und wieso gab es diese in der BRD?*

ULRICH STOLL: Nach 1945 und bis in die 1970er-Jahre gingen westliche Militärs davon aus, dass im Kriegsfall weite Teile der Bundesrepublik innerhalb weniger Tage von den Angreifern überrollt würden. Stay-Behind-Netzwerke sollten nach einem Angriff des Warschauer Paktes im besetzten Deutschland, also im Rücken der sowjetischen Front, tätig werden – als Saboteure, Schleuser und Nachrichtenübermittler.

JW: *Diese „Partisanen“, wie Sie sie nennen, waren also dazu da, um im Falle eines sowjetischen Angriffs Widerstand zu leisten? Dazu und zu nichts sonst?*

U. STOLL: Interessant ist an frühen Stay-Behind-Netzwerken, die die CIA in Westdeutschland aufbaute, dass sie auch im Inneren tätig werden sollten. Diese Partisanen waren oft frühere SS-Männer, die von fanatischem Antikommunismus geprägt waren. Sie hatten nicht nur das Feindbild Sowjetunion, sondern misstrauten auch allen Demokraten, die nicht bedingungslos hinter den USA standen.

JW: *Das heißt, diese Truppen sollten im Zweifelsfall auch gegen „linke Regierungen“ aktiv werden? Womit und wodurch denn genau?*

U. STOLL: Reinhard Gehlen teilte noch 1956 als Chef der US-geführten „Org“ und wenige Tage, bevor er BND-Präsident wurde, den Amerikanern mit, dass er Stay-Behind-Truppen im Innern gegen deutsche Politiker einsetzen würde, falls diese Westdeutschland auf Neutralitätskurs bringen würden.

Und eine frühe CIA-geführte Stay-Behind-Truppe, der „Bund Deutscher Jugend/Technischer Dienst (BDJ-TD)“, hatte Anfang der 1950er-Jahre ganz konkrete Pläne ausgearbeitet, wie man linke Demonstrationen bekämpfen wollte. Man würde einfach in die Menge schießen, frei nach dem Motto: „Frühes Blut spart viel Blut.“ Die Truppe war also zu einem brutalen Vorgehen gegen innenpolitische Gegner bereit und wollte KPD- und SPD-Politiker auch gewaltsam aus dem Verkehr ziehen – durch Festnahme oder Mord.

JW: *Aber, entschuldigen Sie, sind derlei Aktionen nicht vielmehr als Terrorismus denn als Partisanentum anzusehen?*

U. STOLL: Ganz klar: Ja. Es kam aber nicht zu solchen Gewaltakten, weil die Bundesrepublik im Sinne der US-Interessen stabil blieb. In Griechenland und der Türkei unterstützten Stay-Behind-Truppen hingegen Militärputsche, und in Italien war die dortige Stay-Behind-Organisation „Gladio“ in Bombenattentate gegen Polizisten und Bürger involviert. Die Bereitschaft, Stay Behind gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen, um eine kommunistische Regierungsbeteiligung zu verhindern, war da.

JW: *Wer baute diese Organisationen denn auf und wem unterstanden sie? Die Regierenden waren offenbar ja nur zu geringen Teilen oder gar nicht mit derlei Strukturen vertraut?*

U. STOLL: Die Regierung Adenauer war nicht souverän und musste die US-Geheimdienste in Deutschland gewähren lassen. Adenauer wusste sicher über Stay Behind Bescheid, denn er verhinderte ja die Strafverfolgung der Terroristen des BDJ-TD, als diese Gruppe aufgeflogen war. Die von der CIA aufgebauten Partisanen-Netze wurden 1956 dann vom BND übernommen, wodurch der Auslandsgeheimdienst rechtswidrig im Inland tätig wurde.

JW: *Die CIA und der BND stecken also – auf verschiedene Arten und Weisen und zu verschiedenen Zeiten – hinter diesen paramilitäri-*

Publiziert: 08.12.2015 (15:13), von Jens Wernicke, Original: www.nachdenkseiten.de/?p=29105

schen Einheiten? Und das weit überwiegend ohne Wissen der Regierenden?

U. STOLL: Teile der Regierung müssen Bescheid gewusst haben, die parlamentarischen Kontrollgremien wurden jedoch systematisch getäuscht und waren bis 1990 ahnungslos.

Der BND übernahm 1956 die Partisanen-Netze, die in Deutschland nach dem Krieg von amerikanischen, niederländischen, dänischen und französischen Geheimdiensten aufgebaut worden waren.

Das ist übrigens eine der erstaunlichsten Erkenntnisse aus den jetzt freigegebenen BND-Akten: Nicht nur die CIA, sondern weitere westeuropäische Staaten hatten in Deutschland Stay-Behind-Partisanen rekrutiert. Was in der entsprechenden Aufzählung auffällt: Die Briten fehlen.

Britische und US-amerikanische Dienste hatten nach dem Krieg untereinander die Länder aufgeteilt, in denen sie Untergrundtruppen aufbauten. In Österreich und Deutschland muss es daher sowohl britische als auch US-amerikanische Stay-Behind-Gruppen in den jeweiligen Besatzungszonen gegeben haben. Die Briten gewähren, anders als die Amerikaner, bis heute jedoch keinerlei Akteneinsicht. Die britische Stay-Behind-Organisation verschwindet 1956 also völlig von der Bildfläche.

JW: *Und bezüglich der Ihnen nun vorliegenden Informationen: Wie viele Personen waren hier für welche Stay-Behind-Gliederung tätig? Und vor allem: Wie und durch wen wurde eine solche überhaupt gesteuert und gelenkt?*

U. STOLL: Die größte frühe Stay-Behind-Organisation, der BDJ-TD, hatte 2.800 Kämpfer ausgebildet und plante, bis zu 7.000 Antikommunisten als Partisanen zu rekrutieren. Die vom BND geführte Stay-Behind-Organisation hatte anfangs rund 500 „Schläfer", die als Partisanen im Kriegsfall aktiv werden sollten. Deren Zahl sank bis in die 1980er-Jahre auf rund 100 Personen. Es gab aber eine unbekannte Zahl von Helfern

Die Anschläge in Bologna 1980

und ein paar Dutzend hauptamtliche Offiziere. Der militärische Arm der Stay-Behind-Organisation, die als Bundeswehreinheit getarnte Lehr- und Ausbildungsgruppe für das Fernspähwesen der Bundeswehr, sollte auf bis zu 375 aktive Fallschirmspringer ausgebaut werden.

Stay Behind wurde von der Stay-Behind-Zentrale in München aus gesteuert, und das Alliierte Koordinationskomitee steuerte die gemeinsamen Aktivitäten wie etwa multilaterale Übungen.

JW: *Sie widmen ein Kapitel in Ihrem Buch ja auch dem Oktoberfestattentat. Wäre denn wirklich denkbar, dass hier Paramilitärs im Auftrag von Sicherheitsdiensten oder anderen Akteuren des Tiefen Staates gegen die eigene Bevölkerung tätig geworden sind und das bis heute unentdeckt blieb? Das klingt doch sehr nach Verschwörungstheorie …*

U. STOLL: Es gibt keinen Beweis, dass staatliche Stellen hinter dem Oktoberfestattentat stecken. Aber die Informationsblockade der Bundesregierung zu Stay Behind und die viel zu schnelle Festlegung auf Gundolf Köhler als Einzeltäter, der ohne Hilfe die Oktoberfestbombe gebaut, transportiert und gezündet haben soll, hat Raum für Spekulationen geschaffen.

Das könnte die Bundesregierung durch Aktenfreigabe klären. Aber erst seit dem letzten Jahr ist dem Oktoberfest-Opferanwalt Werner Dietrich Einblick in Ermittlungsakten gewährt worden. Und erst jetzt ermittelt der Generalbundesanwalt wieder – auf öffentlichen Druck hin und nachdem fast alle Asservate längst vernichtet sind.

Die Rolle des Rechtsterroristen Heinz Lembke ist auch noch vollständig ungeklärt – auch hier ein viel zu schnelles Ermittlungsende trotz deutlicher Hinweise auf Mittäter bei der Beschaffung von Waffen und Sprengstoff. Das hat Verschwörungstheorien Raum gegeben – wie jetzt auch beim NSU, den der Generalbundesanwalt ja auch nur als isoliertes Trio sehen will.

Die Anschläge in Madrid 2004 (Foto :journalists unleashed)

„Schon in den frühen fünfziger Jahren sorgte die BDJ-Affäre für entsprechende Schlagzeilen. Im Januar 1953 verboten mehrere Landesinnenminister den drei Jahre zuvor gegründeten Bund Deutscher Jugend (BDJ) und dessen Technischen Dienst (TD). Tatsächlich stellte das eine, der Bund, den legalen Mantel für das andere, für den konspirativ organisierten Dienst dar. Unter Leitung des Arztes und Publizisten Paul Lüth sollte mit ehemaligen Soldaten der Wehrmacht und Waffen-SS eine bewaffnete Organisation aufgebaut werden, mit der man im Falle eines Linksrucks in der Bundesrepublik oder gar des befürchteten Einmarsches der Ostblock-Armeen den Partisanenkampf aufnehmen wollte. Bei Razzien gegen die Doppelorganisation, die nach außen als Vereinigung in der Tradition der bündischen Jugend auftrat, hatte die Polizei 1952 auch Mordlisten mit Namen von prominenten SPD-Politikern wie Erich Ollenhauer gefunden.Umfangreiche Untersuchungen der damaligen hessischen Landesregierung ergaben, dass der BDJ/TD – quasi als klandestiner Verbündeter im Kalten Krieg – von US-Geheimdiensten finanziert und mit Waffen und Bomben versorgt wurde. Und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz stellte im November 1952 mäßig überrascht fest, dass die vom BDJ/TD verwendeten Personenblätter zu ihrer Mordliste „in Anlage und Aufbau jenen gleichen, wie sie das Bundesamt für Verfassungsschutz verwendet". Ganz offensichtlich hatten Lüth und die Seinen entsprechende Unterstützung erhalten."

Die Zeit: „Für Volk und Nation"

JW: *Und derlei „Untergrundarmeen“, wie Sie sie im Buch auch nennen – nach der Abwicklung der bekannten Stay-Behind-Netzwerke ab 1991 dürfte derlei nun als „erledigt“ erachtet werden, ja? Ich frage, weil mir Wolf Wetzel im Interview vor einigen Tagen zumindest andeutete, die Staatspraxis im Bereich des NSU werfe doch mehr und mehr die Frage auf, ob dieser nicht etwa, wie gern behauptet, weniger von diesem „überwacht“ als vielmehr durch diesen überhaupt erst ermöglicht und später geschützt worden sei.*

U. STOLL: Da sind wir wieder im Bereich der Verschwörungstheorien. Ich kann mir den NSU nicht als staatlich gesteuerte Terrortruppe vorstellen. Gleichwohl ist es falsch, das von V-Leuten der Geheimdienste durchsetzte Umfeld des Trios nicht genau zu durchleuchten. Da hat der Generalbundesanwalt offenbar eine Beißhemmung wie damals beim Umfeld Köhlers, wo es von V-Leuten ebenfalls wimmelte. Das nährt natürlich den Verdacht, dass staatliche Zuträger damals wie heute von Gewalttaten wussten oder sie sogar förderten.

Zu Stay Behind will ich aber noch etwas zu bedenken geben: In den 1970er-Jahren fand ein Anwerbeversuch eines hohen deutschen Offiziers im Verteidigungsministerium durch britische Offiziere statt. Es gab damals also weiterhin eine britische Stay-Behind-Gruppe in Deutschland, die bis heute geheim gehalten wird und die natürlich nie parlamentarischer Kontrolle unterlag.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung zwar immer betont, dass ihre Stay-Behind-Organisation seit Anfang der 1970er-Jahre unbewaffnet gewesen sei. Es wurden jedoch noch in den 1990er-Jahren Waffen- und Funkausrüstungslager geborgen. Das wurde uns 18 Jahre lang verschwiegen. Es ist also denkbar, dass es noch immer Stay-Behind-Sprengstoff- und Waffendepots gibt und also auch die Gefahr, dass Unbefugte diese entdecken und nutzen können.

JW: *Damit ich nicht durcheinanderkomme: Es gab eine deutsche Stay-Behind-Organisation, die ursprünglich von der CIA aufgebaut worden war, und davon unabhängig noch mindestens eine niederländische, dänische und französische sowie eine bis heute vollkommen unerforschte britische?*

U. STOLL: Ganz genau, das ist in den deutschen Papieren aktenkundig. Aber wir haben bis heute nicht die ergänzenden Akten der Alliierten zur Verfügung.

JW: *Und mit derlei Wissen und Enthüllungen: Wie gehen Sie damit um? Welche Schlüsse ziehen Sie daraus? Was sind Ihre Wünsche und Forderungen an die politische Debatte im Land?*

U. STOLL: Das Europäische Parlament hat 1990 nach der Entarnung des Gladio-Terrornetzwerkes gefordert, dass in allen EU-Ländern Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden. Gladio war der Übungspartner der deutschen Stay-Behind-Organisation. Doch obwohl der BND dankenswerterweise einige Akten zur Stay-Behind-Organisation freigegeben hat, werden Hinweise auf Partnerorganisationen weiterhin zurückgehalten. In nur drei Ländern gab es bisher Untersuchungskommissionen, und die wurden zudem oftmals, wie etwa in Belgien, auch noch unzureichend informiert.

Dabei ist Stay Behind Zeitgeschichte, und dieses düstere Kapitel sollte endlich europaweit untersucht und aufgearbeitet werden. Zum einen, um Spekulationen um staatlichen Terror entgegenzutreten, zum anderen, um endlich den Bürgern Europas das Ausmaß dieser ungesetzlichen und gefährlichen Aktivitäten zu offenbaren.

JW: *Da Sie gerade noch einmal „ungesetzlich“ sagten: Wenn das parlamentarische Kontrollgremium belogen wurde und die Stay-Behind-Gruppen zumindest potenziell auch als Terroristen gedacht waren – wieso gibt es eigentlich keine Ermittlungen gegen in diese Machenschaften verstrickte Politiker, Geheimdienstler und andere Akteure? Noch jenseitiger des Grundgesetzes geht es doch gar nicht …*

U. STOLL: Eine solche Ermittlung könnte der Generalbundesanwalt einleiten. Er hat es jedoch 1990 nicht getan, als die Stay-Behind-Strukturen noch bestanden. Und heute dürfte es noch schwerer sein, Belege und Zeugen zu finden. Politiker wie der damalige Kanzleramtsminister Lutz Stavenhagen oder die damaligen Verteidigungsminister leben nicht mehr.

JW: Ich bedanke mich für das Gespräch.

Quellen:

Ch. Links Verlag: Die Partisanen der NATO <*http://www.christoph-links-verlag.de/index.cfm?view=3&titel_nr=840*>

Zeit Online: Für Volk und Nation <*http://www.zeit.de/2011/48/Rechtsterrorismus/komplettansicht*>

OperationGladio.net: Bund Deutscher Jugend - Technischer Dienst (BDJ-TD) <*http://operation-gladio.net/de/bund-deutscher-jugend-technischer-dienst-bdj-td*>

YouTube: ZDF - Die Schattenkrieger der NATO (25.03.2014) <*https://www.youtube.com/watch?v=7zDffehl2jo*>

Youtube: NATO Geheimarmeen - Prof. Daniele Ganser <*https://youtu.be/zygPxUFOjKs*>

YouTube: Gladio - Geheimarmeen in Europa (Arte-Doku) <*https://youtu.be/RKn27C9XVh8*>

Im Interview:

Ulrich Stoll

Jahrgang 1959, Studium der Geschichte, Literatur- und Theaterwissenschaft in München, seit 1984 freier Journalist für den WDR (ZAK, Monitor), seit 2001 Reporter des ZDF-Magazins Frontal 21, Autor zahlreicher TV-Dokumentationen für ARD, ZDF und ARTE, darunter »Hitlers Traum von Micky Maus – Zeichentrickfilm im III. Reich« (ARTE 1999), »Im Fadenkreuz des Staates – Der Große Lauschangriff« (mit H.-C. Schultze, ARD 2004) und „Die Schattenkrieger der NATO“ (ZDF Info 2014).

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Dieser Text erschien zuerst auf **nachdenkseiten.de** nach Creative Commons Lizenz 2.0 Non-Commercial. unter der URL <http://www.nachdenkseiten.de/?p=29105>.

<http://www.free21.org/?p=17593>

Publiziert: 08.12.2015 (15:13), von Jens Wernicke, Original: www.nachdenkseiten.de/?p=29105

Hintergrund-Analyse: **CIA-Proxy-War in der Ukraine** seit 1945

Die CIA musste nach dem Freedom of Information Act (FOIA) 3.800 Dokumente über den verdeckten Krieg in der Ukraine freigeben. Die CIA-Aktivitäten deckten zu Sowjetzeiten bereits ein breites Spektrum an Operationen ab, von der Unterstützung eines Bürgerkriegs bis zur Propagandaschlacht. Vieles erinnert an aktuelle Strategien in Syrien und anderen Ländern.

von RT Deutsch

Der amerikanische Spezialist für Geheimdienste, Wayne Madsen, informierte in dieser Woche, dass es ihm gelungen sei, über 3.800 Dokumente aus den Kellern der CIA zu sichten. Dabei handelt es sich um Akten, die den geheimen Krieg der dunklen Mächte in der ukrainischen Sowjetrepublik betreffen. Wayne Madsen berichtet von zwei großen Operationen nach 1945. Am Anfang stand die Unterstützung von Rechtsradikalen und Nationalisten, um einen Bürgerkrieg zu entfachen.

Madsen spricht von einer „Strategie der Nazifizierung", da sich die Operation wesentlich auf Anhänger von Stephan Bandera aus dem II. Weltkrieg stützte. Angelegt waren die Operationspläne auf über 40 Jahre. Sie begannen als eine paramilitärische Operation für die Finanzierung und Ausrüstung von antisowjetischen Rebellen in der Ukraine. Das Ziel bestand in der Frühphase darin, die Ukraine zu destabilisieren. Ab den 1960er Jahren wandelte sich die Operation hin zu verschiedenen Propagandaaktivitäten.

Im Mittelpunkt der Recherche steht das Projekt Aerodynamic, zu dem mehrere einzelne Operationen wie „Capacho" gehörten. Die CIA stützte sich auf Exil-Ukrainer, die im Westen lebten und in die Ukraine gebracht wurden. Als Ansprechpartner der amerikanischen Geheimdienste nennen die Akten den Ukrainian Supreme Liberation Council (UHVR), die Organization of Ukrainian Nationalists (OUN) und deren Guerilla-Truppe, die Ukrainian Insurgent Army (UPA). Zusätzlich baute die CIA gemeinsam mit dem britischen MI-6 einen politischen

Das Phänomen von Faschisten in der Ukraine existiert seit der Orangenen Revolution. Aber diese Netzwerke wurden schon über 50 Jahre lang vorbereitet, aufgebaut und unterstützt, was jetzt von der CIA bestätigt ist. (Foto: Mstyslav Chernov, CC BY-SA 3.0)

Partner im Westen auf, der nach außen sogar kritisch gegenüber Bandera auftrat, die ZP-UHVR.

Ein Top-Secret CIA-Dokument vom 13. Juli 1953 beschreibt Projekt Aerodynamic wie folgt:

„Der Zweck des Projekts Aerodynamic ist die Nutzung und der Ausbau eines antisowjetischen, ukrainischen Widerstands für den Kalten Krieg und für heiße Kriegszwecke. Dafür werden Gruppen wie der ukrainische „Oberste Rat der Befreiung" (UHVR) und seine „Ukrainische Aufstandsarmee" (UPA), sowie die Auslandsvertretung des ukrainischen „Obersten Rates der Befreiung" (ZEPHYR) in Westeuropa und den Vereinigten Staaten sowie andere Organisationen wie die OUN/B genutzt."

Bei der OUN/B handelte es sich um die Bandera-Fraktion der ukrainischen Nationalisten. Ihre Neonazi-Sympathisanten unterstützen heute in der Ukraine die aktuelle Regierung und haben Positionen in mehreren lokalen und regionalen Regierungen. Inzwischen zeigte die historische Aufarbeitung, dass die Behörden der USA nach dem Krieg zahlreiche Nazi-Kollaborateure und Kriegsverbrecher retteten, um sie gegen die Sowjetunion einzusetzen.

> *„Die OUN, UPA und auch die Waffen-SS Galizien wurden durch den gesamten Kalten Krieg von ihren Veteranen, die 1944 die Ukraine mit Deutschen verlassen hatten, als antikommunistische Helden verklärt und für den Kampf gegen die Sowjetunion instrumentalisiert."*
>
> HISTORIKER GRZEGORZ ROSSOLISKI-LIEBE

Wie diese Instrumentalisierung genau ablief, zeigen nun die von Wayne Madsen untersuchten Akten. Im Rahmen des Projekts Aerodynamic wurden Agenten innerhalb der Sowjetunion abgesetzt. Sie nahmen Kontakte mit der „ukrainischen Widerstandsbewegung" auf. Die OUN verfügte über einen eigenen Geheimdienst, den SB, der die Kontakte herstellte. Die CIA setzte aus der Luft außerdem Funkgeräte, Ausrüstungsmaterial und Waffen ab. Die meisten Agenten erhielten ihr Training in Deutschland vom Militärgeheimdienst US Army's Foreign Intelligence Political and Psychological (FI-PP). Die Kommunikation lief über die abgesetzten Funkgeräte und geheime Kuriere.

In der Westukraine kämpften etwa 30.000 UPA-Angehörige. Sie begannen nach 1945 einen blutigen Guerillakrieg, dem nach Einschätzung der CIA bis 1951 etwa 35.000 Menschen zum Opfer fielen. Diese Angabe stammt von Frank Wisner, dem Chef des CIA-Planungsstabs. Die terroristischen Operationen richteten sich nicht nur gegen Polizeikräfte und kommunistische Parteifunktionäre, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung, darunter vor allem die überlebenden Juden.

Die deutsche „Organisation Gehlen" und der spätere BND waren im Projekt Aerodynamic enge Kooperationspartner, wie Historiker Grzegorz Rossoliński-Liebe an anderer Stelle betonte. Kein anderer westlicher Geheimdienst unterstützte die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) so intensiv wie der BND in München. Das OUN-Organisationszentrum in der Münchener Zeppelinstraße, wo Bandera bis zu seinem Tod 1959 wirkte, war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Sammelpunkte ukrainischer Faschisten.

Propaganda, Verlage und NGOs

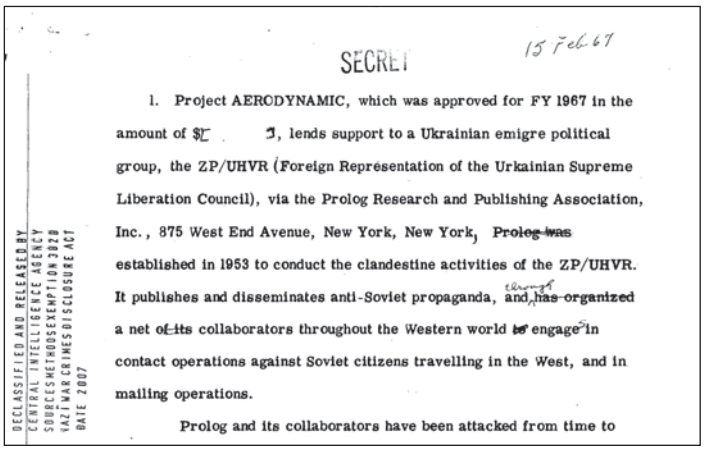
Die Dokumente zeigen, dass das Projekt Aerodynamic bis in die Amtszeit von Richard Nixon in den 1970er Jahren lief. Allerdings

wandelte sich der Charakter der Operationen. Nach der militärischen Niederlage in der Ukraine in den 1950er Jahren, nahm das Programm eher die Form von psychologischer Kriegsführung an. Die CIA richtete eine Propagandakompanie in Manhattan ein, die antisowjetische Literatur für die ukrainischen Nationalisten druckte und vertrieb, das Material wurde in die Ukraine geschmuggelt. „Das neue Schlachtfeld", schreibt Wayne Madsen, „waren nicht sumpfige Rückzugsgebiete in der Nähe von Odessa oder kalte verlassene Lagerhallen in Kiew, sondern das Zentrum der weltweiten Medienökonomie, seine Verlage und Rundfunkmedien."

Dieser Schwenk zur Propaganda basierte möglicherweise auch auf Erfolgen, die die CIA in dieser Zeit in den USA und Westeuropa machte. Mit dem „Kongress für kulturelle Freiheit" finanzierte der Geheimdienst zahlreiche Künstler und Schriftsteller für einen Propaganda-Kreuzzug gegen die Sowjetunion. Anders als in der Ukraine arbeitete die CIA hier hauptsächlich mit linken Kritikern des Sowjetsystems zusammen. Prominente Figuren auf der Gehaltsliste des amerikanischen Auslandsdienstes waren Arthur Koestler („Sonnenfinsternis") oder auch die deutsche Kommunistin Ruth Fischer, eine ehemals linksradikale Kritikerin Moskaus.

Die Historikerin Frances Saunders stellte in ihrer Forschungsarbeit fest: „Die CIA spielte bereits eine Weile mit dem Gedanken, dass wohl kaum jemand die Kommunisten besser bekämpfen konnte als ehemalige Kommunisten. Der kommunistische Mythos ließ sich ihrer Meinung nach nur zerstören, wenn man nicht-kommunistische Vertreter der Linken für eine Überzeugungskampagne mobilisierte."

Das verdeutlicht zum einen, dass der Geheimdienst auch frühzeitig Proxy-Strategien bei der Propaganda verwendete und andererseits, dass es der CIA insgesamt völlig gleichgültig war, ob sie Nazis und Kriegsverbrecher oder aber linksradikale Gruppen für ihre Ziele einspannte.



SECRET 15 Feb 67

1. Project AERODYNAMIC, which was approved for FY 1967 in the amount of $[redacted], lends support to a Ukrainian emigre political group, the ZP/UHVR (Foreign Representation of the Urkainian Supreme Liberation Council), via the Prolog Research and Publishing Association, Inc., 875 West End Avenue, New York, New York, ~~Prolog was~~ established in 1953 to conduct the clandestine activities of the ZP/UHVR. It publishes and disseminates anti-Soviet propaganda, and ~~has~~ organized a net of ~~its~~ collaborators throughout the Western world ~~to~~ engage in contact operations against Soviet citizens travelling in the West, and in mailing operations.

Prolog and its collaborators have been attacked from time to

DECLASSIFIED AND RELEASED BY CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY SOURCE METHODS EXEMPTION 3B2B NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT DATE 2007

Erste Seite des PDF-Dokumentes „Aerodynamic" (CIA-Dokument)

Für die Ukraine, das zeigen die nun veröffentlichten Akten, nannte sich das scheinbar unabhängige CIA-Frontprojekt „Prolog Research and Publishing Associates, Inc.". Später wurde dieser Verlag einfach in Prolog umbenannt. Der Verlag veröffentlichte in ukrainischer Sprache das Prolog-Magazin. Die CIA bezeichnete Prolog als ein „Non-Profit-Projekt, von der Steuer befreite Abdeckung durch eine Firma für ZP/HUVR-Aktivitäten". Unter welcher „juristischen Person" die CIA das Projekt laufen ließ, bleibt bis heute „Verschlusssache". Allerdings zeigen die nun freigegebenen geheimen CIA-Dokumente, dass die Mittel für Prolog über das New Yorker Büro abgerechnet wurden.

Eine wichtige Rolle spielte natürlich das Büro in Bayerns Landeshauptstadt München. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, wurde dessen Finanzierung über ein getrenntes Konto ausgewiesen. Im Jahr 1967 fusionierte die CIA die Aktivitäten der Prolog München und das Münchner Büro der verbannten ukrainischen Nationalisten, die Zeitschrift „Suchasnist". Das Münchner Büro unterstützte auch die „Ukrainische Gesellschaft für Auslandsstudien". Im Jahr 1969 begann Aerodynamic sich den Krimtataren und ihren Problemen zuzuwenden.

Die neue Zeit: Bis zum bitteren Ende

Als der internationale Luftverkehr zunahm, stieg auch die Zahl der Besucher aus dem Westen in der sowjetischen Ukraine. Diese Reisenden waren von großem Interesse für Aerodynamic. Reisende wurden von CIA-Agenten gebeten, konspirativ Prolog-Materialien in die Ukraine zu transportieren, die natürlich alle von der Sowjetregierung verboten waren. Später begannen die Aerodynamic-Agenten sich auch ukrainischen Besuchern in Osteuropäischen Ländern zu nähern, vor allem sowjetisch-ukrainischen Besuchern in der Tschechoslowakei während des «Prager Frühlings» von 1968. Die ukrainischen CIA-Agenten erhielten ebenfalls die Anweisung, subversive Literatur in die Ukraine zu bringen.Aerodynamic lief unter dem Codenamen „Qrdynamic" in den 1980er Jahren weiter.

Es wurde innerhalb der CIA vom Bereich „Politisches und psychologisches Personal für das sowjetische Osteuropa" geleitet und führte eigene Covert-Action-Programme durch. Prolog erweiterte seinen Betrieb von New York und München nach London, Paris und Tokio. Qrdynamic begann in dieser Zeit, seine Operationen mit dem Hedge-Fonds-Tycoon George Soros zu verbinden. Dabei ging es vor allem um die Helsinki-Watch-Group in Kiew und Moskau, die George Soros finanzierte. Außerdem verteilten die Agenten Zeitschriften und Broschüren, Audio-Kassetten und selbstfärbende Stempel mit antisowjetischen Nachrichten, sowie Aufkleber und T-Shirts.

Zudem erweiterte Qrdynamic seine Tätigkeiten auch auf China. Die dortigen Agenten wurden offensichtlich aus dem Büro in Tokio geleitet. Weitere Schwerpunkte der Operation waren in den 1980er Jahren die Tschechoslowakei, Polen, Estland, Litauen, Lettland, Jugoslawien, Afghanistan, das sowjetische Zentralasien und die sowjetische Pazifik-Küste. Qrdynamic bezahlte auch Journalisten als Einfluss-Agenten für ihre Artikel. Diese Journalisten wurden in Schweden, der Schweiz, Australien, Israel und Österreich angeworben.

Als jedoch Mitte der 1980er Jahre Glasnost und Perestroika einsetzen, begannen sich die Perspektiven von Qrdynamic zu verschlechtern. Die hohen Kosten für die Miete in Manhattan führten dazu, dass das Projekt sich neue Räume in New Jersey suchen musste.

Die zuständige Staatssekretärin für Europa und Eurasien, Victoria Nuland, erklärte gut zwei Jahrzehnte später vor dem US-Kongress, dass die Vereinigten Staaten etwa fünf Milliarden US-Dollar investiert hätten, um Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Kontrolle über die Ukraine zu entreißen.

Quellen:

Novorussia: *<http://novorossia.today/documents-reveal-a-dangerous-web-in-ukraine-since-1951-a-cia-anti-soviet-project>*

Suchfunktion in den freigegebenen CIA-Dokumenten (Link führt zu CIA-Seite) *<http://www.foia.cia.gov/search/site/>*

Dieser Text wurde zuerst auf **RT Deutsch** unter der URL ‹https://deutsch.rt.com/international/36412-evergreen-cia-proxy-war-ukraine/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=19955›

Publiziert am 24.1.2016, 20:42 Uhr, von RT Deutsch - Original: https://deutsch.rt.com/international/36412-evergreen-cia-proxy-war-ukraine/

(Foto Dirk Schäfer auf Flickr.com CC BY 2.0)

Linker und rechter **Rassismus**

Ideologische Irrwege – linker und rechter Rassismus im Fall der Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht: Grundsätzlich ist Ideologie immer im Weg, wenn es darum geht, die Welt objektiv wahrzunehmen, zu bewerten und Schlüsse zu ziehen. Das gilt für Links genauso wie für Rechts. Die ausländerfeindliche Hetze ist nur das ideologische Pendant zu einer genauso ideologisch motivierten Willkommenskultur naiver Linker. Rassistisch sind beide und es ist zu befürchten, dass die früher oder später enttäuschten Liebesbekundungen naiver Refugees-Welcome-Klatscher eines Tages umso heftiger ins Gegenteil umschlagen. Eine Gesellschaft mit ideologischen Leitplanken zu steuern, führt immer in den Abgrund. Politische Entscheidungen haben sich nach bestem Wissen und Gewissen an den verfügbaren Informationen zu orientieren und nicht an reduktionistischen Gesellschaftsentwürfen.

vom Watchblog „Propagandaschau/Propagandamelder“

Rassismus ist nicht nur, wenn Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft benachteiligt, sondern auch, wenn sie aus den gleichen Gründen im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft bevorteilt werden. In beiden Ausprägungen dieses Rassismus begründet die Andersartigkeit eine Sonderbehandlung, die die Minderheit von der Mehrheit systematisch normativ unterscheidet.

Auch wenn sich ein gut gemeinter „linker“ Rassismus als Gegenreaktion auf einen bösartigen „rechten“ Rassismus gründet, stellt er ebenso ein Hindernis für die Integration dar, weil er sich auf die gleichen vermeintlichen Unterschiede im Menschsein beruft und diese damit nicht weniger manifestiert, als dies durch einen ablehnenden Rassismus geschieht. Vollständige Integration kann aber prinzipiell nur durch eine allumfassende gesellschaftliche Gleichbehandlung geschehen, die letztlich idealerweise zu einer von Stereotypen und Vorurteilen befreiten Normalisierung in der Wahrnehmung der „Anderen“ führt.

Zur Normalisierung in der Wahrnehmung gehört die simple Tatsache, dass Migranten genauso kriminell, bösartig und selbstverständlich auch rassistisch sein können wie die Gesellschaft, von der sie aufgenommen werden möchten. Während ein bösartiger Rassismus dadurch gekennzeichnet ist, dass er unbewusst oder mit Vorsatz alle negativen Merkmale, Verhaltensmuster, Normabweichungen oder Missachtungen der Gesetze und Gepflogenheiten durch Migranten in den Fokus der gesellschaftlichen Wahrnehmung drücken will, verschließt der naive „linke“ Rassismus die Augen selbst dann, wenn die anti-sozialsten Subjekte unter den Migranten sich schwerster Straftaten schuldig machen.

In beiden Fällen ist eine oftmals ideologisch motivierte, mangelnde Bereitschaft zur Differenzierung die Ursache. Der politisch motivierte Ausländerfeind will Migranten als Kriminelle sehen und will, dass ihm andere in dieser Sichtweise folgen, um politische Entscheidungen in seine Richtung zu beeinflussen und die Zuwanderung auf ein für ihn erträgliches Maß zu begrenzen.

(Foto: Pixabay.com, public domain)

Auf der anderen Seite positioniert sich der politisch-ideologisch motivierte Migrantenumarmer dezidiert als Gegenpol zu dieser Ausländerfeindlichkeit, verschweigt, verharmlost oder verleugnet nicht hinnehmbare Regelbrüche und verfestigt damit genau die Fronten, die durch die ausländerfeindliche Ablehnung errichtet wurden.

Im ideologischen Kampf um die Mehrheitsmeinung spielt der naive Immigrationsbefürworter denjenigen, die Zuwanderung aus rassistischen Gründen ablehnen, auf diese Weise in mehrfacher Hinsicht in die Hände: Er manifestiert die Andersartigkeit durch Vorzugsbehandlung, verhindert gesellschaftlich notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität (zu der die Ausweisung als legitime Maßnahme gegen Personen gehört, die noch nicht als Staatsbürger rechtlich gleichgestellt sind) und macht sich und seine Position aus Sicht einer politisch in dieser Frage noch unentschiedenen Mitte vollkommen unglaubwürdig.

Es gibt aktuell viele schlechte Beispiele für diese Form eines „positiven“ Rassismus. Er beginnt, wenn Polizeiführungen und Medien aus bekannten politischen Gründen kriminelle Taten unter den Teppich kehren wollen, wenn die Möglichkeit besteht, dass es sich bei den Tätern um „schutzbedürftige Flüchtlinge“ handelt – obwohl die besagten Täter in Wahrheit nur Migranten sind, vor deren Kriminalität Einheimische und echte Flüchtlinge geschützt werden müssen. Der „positive“ Rassismus steigert sich, wenn diese Kriminalität – wenn sie denn nicht mehr geleugnet werden kann – dadurch relativiert werden soll, dass man die banale Tatsache, dass auch Einheimische Sexualdelikte begehen, in einem vergleichenden Diskurs in den Vordergrund rückt.

Publiziert: 9.1.2015 (21:52), von „Dok“ auf Propagandaschau, Original: http://tinyurl.com/zwcjdof

Im „Propagandamelder“ hat ein Leser mit dem Pseudonym „P.B.“ einen Kommentar eingestellt, der diese kontraproduktiven Verirrungen gutmeinender Bürger und eines linken Journalismus mit weiteren Beispielen unterfüttert:

Silvester-Übergriffe: Wie sich linke Intellektuelle in die Irrelevanz arbeiten

von P.B.: Linke machen – teils bewusst, teils unbewusst – dieselben Propaganda-Fehler, die sie sonst anderen vorwerfen: Auslassungen, Umdefinieren, Fokus verlagern, Relativieren, mehr Informationen für die bevorzugte Deutung suchen usw. Vielleicht aus Furcht, dass die Leser nicht so (politisch) korrekt mit einer nüchternen Fallanalyse umgehen würden, wie die Journalisten selbst. Doch wem hilft das?

Ich würde diese Befürchtung verstehen, denn Menschen sind emotionale Wesen und Aufklärung wirkt langfristig. Doch die eigene Propaganda, vom vermeintlich besseren Standpunkt aus, schadet genauso wie die fremde Propaganda.

Dem Staat und der Polizei wird häufig ein blindes Auge gegenüber Rechtsradikalen attestiert. Nur: Inwiefern haben Linke selbst ein blindes Auge – gegenüber Kriminalität von Menschen mit Migrationshintergrund?

Wenn der Kompass und Fokus bei Vorfällen wie dem aktuellen verloren geht oder Komplexität gar auf den eigenen ideologisch gewünschten Fokus reduziert wird, dann erkennen die Leser das vielleicht nicht sofort. Doch die Menschen spüren das – und wenden sich ab.

Es hilft weder den Frauen, die Opfer sexueller Übergriffe wurden, noch den Frauen, die sich davor schützen wollen, noch den friedliebenden Menschen mit Migrationshintergrund, noch den anderen Bürgern oder gar der Linken. Zu befürchten ist: Am Ende hilft es nur den Tätern und den Rechtsradikalen.

Köln-Hauptbahnhof – das Empfangsgebäude bei Nacht (Foto: Raimond Spekking, CC BY-SA 4.0)

Thema ausblenden

Der Mainstream (mit seinen laut Uwe Krüger hauptsächlich rot-grün wählenden Journalisten) berichtet bei einem Massenereignis erst nach 4 bis 5 Tagen; links stehende Medien tun sich mit dem Thema offenbar schwer. [1]

Zusammenhänge ausblenden

z.B. der Kultur, des sozialen Milieus und des Frauenbildes in patriarchalischen Familienstrukturen [die bei Migranten statistisch eklatanter sind] [13];
z.B. dass so etwas in deutschen Großstädten häufig vorkommt – nicht in großen Massen, aber doch oft begangen vor allem von besagter Personengruppe [11];
z.B. dass es eben doch Hinweise von Anfang an gab, die leider auf einen Zusammenhang zu Flüchtlingen aus bestimmten Ländern hinweisen [12];
z.B. dass aktuell sehr viele Menschen nach Deutschland kommen, die eben genau den beschrieben Hintergrund haben.

Focus verlagern

Auslassen:
von Täterbeschreibungen, die der Aufklärung und der Einschätzung künftiger Gefahren dienen.

Beispiele:

Umlenken:
Diebstahl in den Vordergrund rücken und als Ziel darstellen: „Antanztricks organisierter Banden“. [9]
Umdefinieren:
„Männergewalt“ anstatt „Gewalt junger Männer mit arabischen Wurzeln“. [5]
Verallgemeinern:
Kernthema von „Gewalt bestimmter Gruppen in Massen“ ausweiten auf „sexualisierte Gewalt von Männern generell“. [14]
Sündenbock finden:
Polizeiversagen bemängeln, Suggestion: „Dann wäre das nicht passiert!“ [8]
Relativieren:
„Da haben wohl einige Männer Silvester […] genutzt, um sich als Macker […] aufzuspielen.“ [2]
Verniedlichen:
„Ein paar grapschende Ausländer und schon reißt der Firnis der Zivilisation.“ [16]
Verwirren:
Suggestivfragen, die moralisch verwirren: „Ist der Sexist immer der Moslem?“ [1] (Natürlich nicht! Tut aber auch nichts zur Sache.)
Übertreiben:
extreme Quellen nennen (die zudem kaum jemand kennt!), um vor politisch unerwünschter Richtung zu warnen [3]
Quellen missachten:
Zeugenaussagen, die zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt waren, missachten oder anzweifeln [5]
Denkverbote erzeugen – 1:
patriarchale Gewalt darf nicht mit flüchtenden Menschen verbunden werden – trotz Zeugen- und Polizeihinweisen! [4]
Denkverbote erzeugen – 2:
schlimmste fehlgeleitete (Leser-)Kommentare zitieren, um eine ganze Debatte zu diskreditieren [15]
Denkverbote erzeugen – 3:
unterstellen, dass die Nennung bestimmter jugendlicher Tätergruppen „ethnisieren“ würde und damit rassistisch wäre [6]
Ablenken:
auf andere Zusammenhänge und Themen (Bayern und Gewalt auf dem Oktoberfest) [7]
Verlagerung auf eine Meta-Ebene:
„Politiker X und Journalist Y benutzen die Sprache falsch!“ (Verschiebung des Fokus)
Lächerlich machen:
akzeptierte Normen rezitieren und unzulässigerweise auf diesen Fall anwenden, damit der Leser die Logik einer an sich richtigen Feststellung fälschlicherweise überträgt und sich so bei „seinem Rassismus“ ertappen soll [17]

Publiziert: 9.1.2015 (21:52), von „Dok“ auf Propagandaschau, Original: http://tinyurl.com/zwcjdof

Quellen:

[1] „Ist der Sexist immer der Moslem?“ <http://www.heise.de/tp/news/Ist-der-Sexist-immer-der-Moslem-3062166.html> „Konjunkturritter der Angst: Neujahrsnacht in Köln“ <https://www.jungewelt.de/2016/01-06/032.php>

[2] „Die ersten Gedanken zu diesem Ablaufbericht waren: Da haben wohl einige Männer Silvester wie so oft wieder einmal genutzt, um sich als Macker und Sexisten aufzuspielen. Das kommt wohl nicht nur in Köln alljährlich vor. Nur gibt es heute zum Glück genügend Frauen, die ein solches Verhalten nicht mehr bereit sind hinzunehmen, was an den vermehrten Anzeigen deutlich wird.“ <http://www.heise.de/tp/news/Ist-der-Sexist-immer-der-Moslem-3062166.html>

[3] „Nicht Männergewalt, sondern Ausländerkriminalität steht im Mittelpunkt. ‚Plötzlich geht es, die Wahrheit auszusprechen‘, heißt es auf der rechten Webseite PI.“ (Massenmedien schreiben sicher nicht von „Ausländerkriminalität“) <http://www.heise.de/tp/news/Ist-der-Sexist-immer-der-Moslem-3062166.html>

[4] „… so wird jetzt versucht, den Sexismus und die patriarchale Gewalt mit dem Flüchtlingsthema zu verknüpfen“ <http://www.heise.de/tp/news/Ist-der-Sexist-immer-der-Moslem-3062166.html>

[5] „Aber es ist kein Problem von Geflüchteten oder Ausländern, sondern von Männern. Wenn in den letzten Tagen immer wieder von Gruppen arabisch oder nordafrikanisch aussehenden Männern geredet wird, ist auch das eher Stimmungsmache. Denn es ist die Frage, sind es deutsche Staatsbürger, sind darunter überhaupt Geflüchtete? Sind darunter diejenigen, denen sexuelle Gewalt vorgeworfen wird?“ <http://www.heise.de/tp/news/Ist-der-Sexist-immer-der-Moslem-3062166.html>

[6] „Doch wer das Problem ethnisiert, hat andere Ziele, als die Rechte der Frauen zu stärken.“ <http://www.heise.de/tp/news/Ist-der-Sexist-immer-der-Moslem-3062166.html>

[7] „Er wird sicher keinen Stab über ‚die Bayern‘ brechen wollen, weil es auf deren Oktoberfesten regelmäßig zu ähnlich kriminellen Auswüchsen kommt.“ (Diskussion um Herkunft lächerlich machen, indem Bayern als Ethnie definiert werden.) <https://www.jungewelt.de/2016/01-06/032.php>

[8] „Die Politik erst macht am Dienstag aus dem Polizeiskandal ein Politikum.“ <https://www.jungewelt.de/2016/01-06/032.php>

[9] „Die Verdächtigen versuchten, durch gezieltes Anfassen der Frauen von der eigentlichen Tat abzulenken – dem Diebstahl von Wertgegenständen.“ <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/silvesternacht-k%C3%B6ln-organisiertes-verbrechen-nicht-enthemmte-fl%C3%BCchtlinge-10812> dagegen: „Vorrangig ging es den Tätern um Sexualstraftaten“ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article150733779/Vorrangig-ging-es-den-Taetern-um-Sexualstraftaten.html>

[10] „Denken Sie jetzt NICHT an einen blauen Elefanten!“ <http://www.nachdenkseiten.de/?p=29994> (Linke Intellektuelle können Themen wortgewaltig behandeln und auf eine Meta-Ebene heben. Doch bedarf es bei diesem Thema, in dieser zeitlichen Nähe einer höheren Abstraktion?)

[11] „Auch dies ist jedoch trauriger Alltag. Meist spielen sich solche Vorfälle jedoch in ‚No-Go-Areas‘ ab.“ <http://www.nachdenkseiten.de/?p=29932>

[12] „Dem Polizisten gelang es, etwa acht verdächtige Männer aus der Menge zu holen und festzunehmen. ‚Sie hatten alle kopierte Papiere dabei, Aufenthaltsbescheinigungen für Asylverfahren.‘“ (04.01.16) http://www.express.de/koeln/sexuelle-uebergriffe-polizist-so-brutal-war-das-chaos-am-koelner-hbf-an-silvester-23252866 „Unlauter ist, dass die Vorkommnisse in Köln nun im Zusammenhang mit der deutschen Flüchtlingspolitik diskutiert werden. Die Tatverdächtigen waren – nach jetzigem Erkenntnisstand – keine Flüchtlinge oder Asylbewerber.“ (05.01.16) <http://www.nachdenkseiten.de/?p=29932>

[13] Polizeiliche Kriminalstatistik 2013, Seite 134: „Bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung gemäß § 177 Abs. 2, 3 und 4, 178 StGB sind fast drei von zehn Tatverdächtigen Nichtdeutsche.“ <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2013/pks2013Jahrbuch,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/pks2013Jahrbuch.pdf#8221>

[14] „Sexualisierte Gewalt: Des Rudels Kern“ <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/margarete-stokowski-ueber-sexualisierte-gewalt-a-1070905.html>

[15] Von einer „wild gewordenen Männer-Meute aus dem arabischen/nordafrikanischen Raum“ wird woanders gesprochen. Auf Twitter ist von „Primaten“ und „Affen“ die Rede. „Das rassistische Narrativ ‚schwarzer Mann vergewaltigt weiße Frau‘ ist volle Kanne durchgeschlagen“, schreibt die Publizistin Antje Schrupp: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/margarete-stokowski-ueber-sexualisierte-gewalt-a-1070905.html>

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:

Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org

Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

[16] und [17]

[16] <https://www.facebook.com/JakobAugstein/photos/a.257365520975050.67066.254924654552470/1072466122798315/?type=3&theater>

[17] Jakob Augstein: „Der Fremde und seine bedrohliche Sexualität – das ist das älteste Vorurteil des Rassismus“ <https://www.facebook.com/JakobAugstein/photos/a.257365520975050.67066.254924654552470/1072466122798315/?type=3&theater>

Autoren:

Dok und P.B.

Da auf dem Watchblog Propagandaschau unter Pseudonymen gearbeitet wird, können wir auch nur diese veröffentlichen.

https://propagandaschau.wordpress.com

Dieser Text wurde zuerst auf der **Propagandaschau** unter der URL ‹https://propagandaschau.wordpress.com/2016/01/09/ideologische-irrwege-linker-und-rechter-rassismus-im-fall-der-uebergriffe-auf-frauen-in-der-silvesternacht/› veröffentlicht

‹http://www.free21.org/?p=19533›

Todenhöfers Analysen und Schlussfolgerungen sind ein aufrüttelnder Gegenentwurf zur gängigen Verharmlosung der Kriege unserer Zeit. Sein Fazit: Es gibt keine anständigen Kriege. Krieg ist Terrorismus. Das gilt auch für die Kriege des Westens. Die Hauptschuld daran tragen nicht die Soldaten, sondern die, die dieses mörderische Spektakel inszenieren.

Kommentar Lukas: *„Jürgen Todenhöfer hat mir bewusst gemacht, was Menschen dazu bringt, sich zu radikalisieren. Wenn man seine Familienangehörigen durch fremdes Militär und dessen Einsätze verliert, dann ist man eher bereit, dieses Leid und diesen Verlust zu rächen. „Du sollst nicht töten" gilt für alle Seiten in einem Konflikt. Dazu gehört auch der „Westen". In diesem Buch bekommt man einen gelungenen und guten Einblick in den syrischen Konflikt. Diesen Blick sollte man in sein Weltbild mit aufnehmen."*

Du sollst nicht töten.
Mein Traum vom Frieden.
von Jürgen Todenhöfer

Taschenbuch: 464 Seiten
Verlag: btb Verlag (9.2.**2015**)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3442748666
ISBN-13: 978-3442748662
Größe: 11,9 **x 3,5** x 18,5 cm

Vom Pazifisten zum „Bürger in Uniform"

Kann man in einer mediokraten Oligarchie auf Veränderungen hoffen?

von Jochen Mitschka

(Foto: Andreas Dengs, www.photofreaks.ws, ‹www.pixelio.de›)

Es war ein längerer Prozess, der mich dazu gebracht hat, von meiner pazifistischen Grundhaltung, die jede Art von Militär und Vorbereitung von Gewaltanwendung ablehnte, zu einem vehementen Befürworter des „Bürgers in Uniform" zu werden. Entscheidend dafür waren die Erfahrungen aus der Geschichte nach der Auflösung des Warschauer Paktes und der darauf folgenden „asymmetrischen" Reaktion des Westens, insbesondere der USA. Ich musste lernen, dass heute ein Faustrecht regiert, wie es seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr zu beobachten war. Und im Dreißigjährigen Krieg war Pazifismus gleichbedeutend mit dem Tod. Ich musste lernen, dass nur und ausschließlich eine wirksame Drohung, dem Angreifer erhebliche Verluste beizufügen, dazu führt, eine Aggression abzuwenden. Und ich musste lernen, dass sich die sogenannten Demokratien beliebig zugunsten von Bomben und Kriegen manipulieren lassen. Selbst die Entlarvung von Kriegslügen wie z.B. der Hufeisenlüge, der Brutkastenlüge, der Massenvernichtungswaffenlüge, der Libyenlüge oder der Giftgaslüge sorgt in den „Demokratien" nur für ein Schulterzucken und keineswegs für genügend öffentlichen Druck, die laufenden Kriege zu beenden.

Jedes Land muss heute darauf vorbereitet sein, von einem militärisch überlegenen Land, das gerade noch behauptete, ein Freund zu sein, unter Druck gesetzt oder angegriffen zu werden. Nun, nicht jedes Land: Ein Land, das damit drohen kann, einen Angreifer zu Asche werden zu lassen, kann relativ sicher sein, zumindest vor militärischen Angriffen. Natürlich kann auch hier ein Wirtschaftskrieg, ein Cyber War, ein Terroristenkrieg oder ein Unterminierungskrieg geführt werden. Aber gegen einen solchen kann sich eine Gesellschaft wehren, wenn sie interne Gegensätze im Interesse der Bekämpfung fremder Aggression überwindet. Zu sehen ist dies am relativ kleinen Syrien, am Iran oder am großen Russland.

Söldner und Nichtkombattanten

Als ich in den 1970er-Jahren in der BRD Soldat war, galt noch die seit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands bestehende Doktrin des „Bürgers in Uniform". Wir wollten eine wehrhafte Gesellschaft sein, eine Gesellschaft, die sich gegen Aggressionen verteidigen konnte. Und damit die Soldateska nicht wieder zum Staat im Staate werden konnte, sollten Wehrpflichtige einerseits zivile Ansichten in die Streitkräfte tragen und andererseits Informationen über die Streitkräfte auch wieder zurück in die Zivilgesellschaft bringen. Das Ziel war nicht, einen Gegner anzugreifen; das Ziel war nicht, das Töten zu lernen; das Ziel war nicht, etwas zu erobern. Das Ziel war, einem Angreifer bewusst zu machen, dass er einen hohen Preis zahlen muss, sollte er sich entschließen, Westdeutschland anzugreifen.

Was ist heute daraus geworden? Die Wehrpflicht wurde abgeschafft, und die Streitkräfte Deutschlands werden ganz offiziell zu „Interventionsstreitkräften" umgebaut. Sie werden trainiert, um zu töten, um zu erobern, um zivilgesellschaftlichen Widerstand in anderen Ländern zu brechen. Längst hat sogar eine Dozentin der Bundeswehrakademie festgestellt, dass die deutsche Militärpolitik in keiner Weise mehr mit dem Geist des Grundgesetzes übereinstimmt. Aber das Grundgesetz spielt sowieso eine immer geringere Rolle für unsere Politiker.

Wir definieren Verteidigung heute als Vertretung unserer Interessen bis in den letzten Winkel der Erde, wobei uns die Eliten erklären, dass das alles im Einklang mit UNO-Mandaten geschehen würde. Dabei sollten wir zwei Dinge wissen: Die UNO hat nichts, aber auch gar nichts gegen die illegalen Kriege der NATO gegen Jugoslawien, gegen den Irak, Afgha-

Publiziert: 30.01.2016 (09:27), von Jochen Mitschka, Original: http://jomenschenfreund.blogspot.de/2015/09/vom-pazifisten-zum-burger-in-uniform.html#more

nistan, Syrien oder Libyen getan. Und die Vorläufer der UNO haben genauso Sklaverei und Kolonialismus unterstützt wie die UNO heute Drohnenmorde. Warum wohl beschränkt sich die UNO beim illegalen Krieg Saudi-Arabiens – der von Israel und den USA unterstützt wird und sich gegen die Bevölkerung des Jemen richtet, dabei aber zugleich der Terroristenorganisation IS in die Hände spielt – auf Ermahnungen, es nicht zu toll zu treiben? Sowohl der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag als auch die UNO haben sich weitgehend als westliche Interessensvertreter erwiesen – für alles fand der Westen eine rechtliche Begründung. Und wenn dies nicht ausreicht, drohen die USA eben offen mit einer Invasion Den Haags, sollte je ein Amerikaner dort angeklagt werden.

Mit anderen Worten: Es gibt kein Recht außer dem „Recht" der militärischen Stärke. Was wir als Völkerrecht vorgegaukelt bekommen, ist lediglich noch ein Schauspiel. Die UNO ist nur noch eine Bühne, auf der Lügen und Halbwahrheiten verbreitet werden, um Legitimationen für Kriege zu erhalten. Und wenn das einmal nicht klappt, dann führt man den Krieg halt ohne UNO-Legitimation.

Als Deutschland in den Afghanistan-Krieg eintrat – der nun, entgegen den Behauptungen aus Deutschland und den USA, kurz davor steht, endgültig verloren zu gehen –, tat man dies mit Unterstützung der UNO, die damit vollkommen die Interessen der USA abdeckten. Ausgangspunkt der UNO-Unterstützung war die auf den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gegründete Behauptung einer „Selbstverteidigung" der USA.

Aber nicht nur durch Interventionen des deutschen Militärs und der Geheimdienste wie in Libyen und Syrien sind wir längst in Angriffskriege verwickelt: Nicht umsonst nennen uns US-Spitzenmilitärs den „größten und wichtigsten Flugzeugträger der USA". Wir ermöglichen den USA Morde und Kriege in aller Welt, indem wir ihnen ganz nach ihrem Belieben unser Land zur Verfügung stellen. Damit aber sind wir mitschuldig. Und wir werden als Helfer zum potenziellen Ziel von Angriffen aus Ländern, die von den USA angegriffen werden. Aus dem „Bürger in Uniform" wurde ein Volk von Nicht-Kombattanten der USA in Zivil sowie ein Söldnerheer zur Durchsetzung von politischen und wirtschaftlichen Interessen im Ausland.

Der neue „Bürger in Uniform"

Diese Änderung der Politik wurde möglich, weil wir die Wehrpflicht aufgegeben haben. Wer heute als Soldat „dient", will Karriere machen. Karriere macht am besten, wer in Kriegen eingesetzt wurde. Und so streben sie wieder an die Front, diesmal nicht durch Propaganda und Nationalismus verblendet, sondern unter dem Druck, Karriere zu machen, Geld zu verdienen, sich in der Gesellschaft zu behaupten.

Angriffskriege werden vom Grundgesetz ausdrücklich unter Strafe gestellt. Pardon, genauer gesagt: die „Vorbereitung" von Angriffskriegen. Weshalb deutsche Staatsanwälte auch Anzeigen zurückweisen können, die zwar offensichtliche Straftaten, aber eben keine Straftaten im Sinne des Grundgesetzes sind: Zwar mag es sich um kriegerische Akte handeln, aber eben nicht um die „Vorbereitung" eines Angriffskrieges.

Die Elite wird immer einen Grund finden, Kriege zu führen. Das Grundgesetz ist längst ausgehöhlt und seine Verteidigung ist in Wahrheit eine Verteidigung der jeweils Herrschenden. Wäre es nicht so, müssten Regierungspolitiker längst strafrechtlich verfolgt worden sein. Wir brauchen daher einen neuen „Bürger in Uniform". Wir brauchen wieder die Wehrpflicht, und zwar für Männer und Frauen. Wir brauchen Menschen aus dem normalen Leben, die kein Interesse an einer Karriere als Soldat haben, sondern Interesse an einem Leben in Frieden und ohne Krieg. Berufssoldaten dürfte es, bis auf wenige Ausnahmen, überhaupt nicht mehr geben. Und auch die Dienstzeit von Zeitsoldaten sollte nicht so lang sein, dass diese ihre zivilen Wurzeln verlieren.

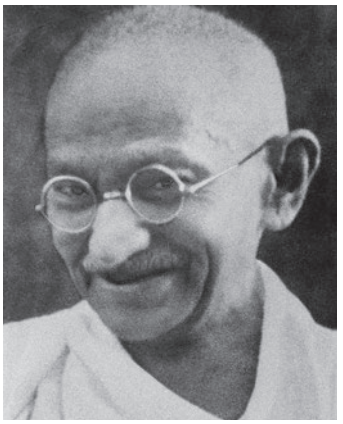
Die politische Wirkung

Natürlich würde die Mehrheit der Bevölkerung zunächst nicht verstehen, warum die Wehrpflicht wieder eingeführt werden soll, und erheblicher Widerstand würde entstehen, was den Zielen der Eliten entgegenkäme. Würde die Wehrpflicht aber wieder eingeführt, so entstünde dadurch auch ein Wandel in der gesellschaftlichen Akzeptanz von Kriegen. Da die NATO eine beständige Kriegsführung provoziert und fordert, käme es außerdem zu einer größeren Bereitschaft, die NATO zu verlassen und sich zum neutralen Land zu erklären. Was wiederum nur möglich erscheint, wenn die USA durch finanzielle Beschränkungen zunehmend weniger Geld für ihre Auslandsstützpunkte aufbringen könnten und die deutschen Steuerzahler sich weigerten, für diese Zwecke zu zahlen. Was uns letztendlich dazu führt, dass die USA, wie mehrfach angedroht, auf Neutralität mit Feindschaft reagieren. Womit Deutschland dann Gefahr laufen würde, „ukrainisiert", „syrianisiert" oder zum Ziel einer offenen Aggression zu werden.

Das Abschreckungspotenzial

Die Ausbildung der „Bürger in Uniform", weiblich oder männlich, wird nicht hauptsächlich auf die Ausbildung an der Waffe konzentriert sein dürfen. Vielmehr geht es darum, einen Angreifer zu überraschen, ihn handlungsunfähig zu machen, seine Waffen unbrauchbar zu machen, seine Bewegungsfähigkeit und seine Kommunikationsfähigkeit einzuschränken. Wenn man lernt, wie man Störsender einsetzt, Brücken zum Einsturz bringt, Bahnverbindungen unbrauchbar macht, Radarsender stört, potemkinsche Ziele errichtet, durch falsche Überläufer Informationen streut, GPS-Daten verändert, sich in gegnerische Computersysteme hackt, so ist dies genauso wichtig wie eine Flugabwehr, die in jedem Dorf, in jedem Wald lauert.

Eine Verteidigung kann auch aus nicht-tödlichen Angriffen bestehen, indem man Börsen des Gegners durch Falschinforma-



Auch Gandhi war nicht gewaltlos, er setzte vielmehr Gewalt gegen sich selbst und seine Anhänger bewusst ein. (Quelle: Wikipedia)

tionen in Krisen bringt, Banken und/oder Versicherungen durch Vernichtung von Assets schädigt, die Kommunikation im Land des Angreifers stört, falsche Warnungen verbreitet, den Flugverkehr unterbricht usw. Die Aggression muss für die Menschen im Land des Aggressors spürbare Folgen haben, jedoch ohne sie zu töten, und der Gegenangriff muss einen klaren Bezug zu den aggressiven Akten haben, auf die er antwortet. Und natürlich muss sich die deutsche High-Tech-Industrie neuen Abwehrwaffen (z.B. gegen Drohnen und hoch fliegende Kampfflugzeuge) verschreiben und neue Abwehrmittel produzieren, die das Risiko für einen Angreifer unkalkulierbar machen. Ein Risiko, das hinter jedem Haus, hinter jeder Biegung lauern könnte. Panzer sind Angriffswaffen, aber eine tragbare Panzerabwehrwaffe, die auch nur gegen Panzer einsetzbar ist, stellt – zehntausendfach überall in Deutschland verbreitet – ein defensives Mittel der Abschreckung dar.

Weiterhin müssen Informationen über eine Aggression und ihre Folgen weltweit verbreitet

werden. Wenn eigene Satelliten durch den Aggressor vernichtet wurden, muss es Ausweichmöglichkeiten auf Satelliten befreundeter Länder geben. Der Angriffskrieg muss zum globalen Medienspektakel werden, allerdings aus der Sicht des Angegriffenen, nicht aus der Sicht der vom Aggressor „embeddeten" Journalisten.

Eine Panzerkolonne, die Gefahr läuft, durch EMP-Minen für Stunden oder länger kommunikationsunfähig zu werden, wird sich langsamer bewegen oder sogar umkehren. Soldaten, die durch Durchfallerkrankungen kampfunfähig werden, dürften stark an Motivation verlieren. Aber ich will hier nicht zu tief in solche Einzelheiten gehen, nur so viel: In Afghanistan hat die größte Militärmacht der Welt es nicht geschafft, einen Gegner zu besiegen, der technologisch 40 Jahre hinter dem Angreifer lag, wirtschaftlich praktisch nicht existierte und keinerlei ernsthafte internationale politische Unterstützung genoss. Wie hätte es wohl ausgesehen, wenn die technologischen Fähigkeiten annähernd gleich gewesen wären?

Die wehrhafte Neutralität

Neutralität bedeutet nicht, mit niemanden Bündnisse einzugehen, Freundschaften und Beziehungen zu pflegen. Neutralität bedeutet in erster Linie, die volle Souveränität zu erlangen, die volle Entscheidungsgewalt über die eigene Außenpolitik und über eigene militärische Einsätze. Neutrale Länder werden automatisch durch die übrigen Gegner eines Angreifers unterstützt werden. Auch das macht sie stärker als ihre eigenen Fähigkeiten es erscheinen lassen. Was aber noch wichtiger ist: Ein neutrales Land wird als Vermittler akzeptiert werden, wenn es beweist, dass es tatsächlich neutral ist. Und das sollte das Hauptziel der Außenpolitik sein: vermitteln und in Konfliktfällen friedliche Lösungen suchen.

(Foto: Gabi Eder, www.pixelio.de)

Ganz automatisch wird dadurch auch unsere Wirtschaft unterstützt. Keinem einseitig aufoktroyierten Wirtschaftsboykott mehr folgen zu müssen ist ein ebenso wichtiger Faktor wie die Chance, in beiden Ländern eines bilateralen Konfliktes als neutraler Vermittler auch weiterhin wirtschaftlich aktiv sein zu können.

Die Politik

Aufgrund von Geheimdienstaktivitäten und -informationen ist die deutsche Politik heute fast beliebig erpressbar. Dies ist keine Verschwörungstheorie – mehrere ehemalige Spitzenpolitiker haben diese Tatsache bereits unumwunden zugegeben, auch im öffentlich-rechtlichen deutschen Fernsehen. Aus diesem Grund müssen wir die Politik gegen Erpressung härten. Eine der Maßnahmen, um einen Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung grundsätzlich unmöglich zu machen, ist die Wiedereinführung der Wehrpflicht und eine Veränderung der Art und Ausrüstung der Streitkräfte. (Natürlich war das G36 ein gutes Gewehr, vollkommen im Einklang mit den Erfordernissen einer nationalen Verteidigungsstrategie, nicht aber zur Führung von Kriegen in aller Welt.) Und natürlich müssen darüber hinaus weitere Maßnahmen ergriffen werden, aber das ist nicht Thema dieses Artikels.

Fazit

Ein Artikel wie dieser kann keine allumfassende Handlungsanweisung geben, es gibt Tausende von Ideen, wie Wirtschaftskriege, Cyber Wars und militärische Aggressionen abgewehrt werden können. Aber anstatt diese Ideen konsequent zu verfolgen, entwickeln wir gegenwärtig immer noch „Interventionswaffen", also Angriffswaffen. Und wir trainieren die Unterdrückung von Aufständen, anstatt das Gegenteil einzuüben, nämlich die Organisation von Aufständen hier bei uns gegen einen eventuellen Aggressor.

Mir ist natürlich klar, dass solche Veränderungen in einer mediokraten Oligarchie leider nicht durchsetzbar sein werden. Aber wir sollten diese Ideen im Kopf behalten, wenn es wieder einmal durch eine Katastrophe zu einem Reboot der gesellschaftlichen Ordnung kommen sollte. Hoffen wir, dass ein solcher dann noch einmal möglich sein wird.

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Free21

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Autor:

Jochen Mitschka

wohnt in der Nähe des alten Bundesdorfes Bonn, hat vor vielen Jahren mal Betriebswirtschaft studiert, dann aber über 20 Jahre in unterschiedlichen Funktionen in der Pharmaindustrie gearbeitet. Lebte und arbeitete u.a. in Frankreich, Belgien, Italien, und ist überzeugter Europäer, lehnt aber die undemokratische, autoritäre und ausschließlich transatlantisch orientierte EU-Politik ab.

Dieser Text wurde zuerst auf unter der URL ‹http://jomenschenfreund.blogspot.de/2015/09/vom-pazifisten-zum-burger-in-uniform.html#more› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=20069›

Bundestag engagierte Anwälte für mehr als 100.000 Euro, um Transparenz zu verhindern

Um die Offenlegung der Lobbyisten-Hausausweise vor Gericht zu verhindern, beauftragte die Parlamentsverwaltung eine Großkanzlei für mehr als 20.000 Euro.

von Abgeordnetenwatch.de

Trotz einer eigenen Rechtsabteilung hat der Bundestag in zwei aktuellen Gerichtsprozessen mehr als 100.000 Euro für externe Anwälte ausgegeben. Um die Offenlegung der Lobbyisten-Hausausweise vor Gericht zu verhindern, beauftragte die Parlamentsverwaltung eine Großkanzlei für mehr als 20.000 Euro. Noch weitaus höher waren die Anwaltshonorare in einem anderen Fall, wie Rechnungen an den Bundestag belegen, die abgeordnetenwatch.de vorliegen.

Die Mandanten der Kanzlei Redeker/Sellner/Dahs haben nicht selten einen klangvollen Namen. Mal suchte Alt-Kanzler Helmut Kohl den Rechtsbeistand der Kanzlei (in der Flick-Affäre), mal Bundespräsident a.D. Christian Wulff (in der Affäre um seinen Privatkredit). Auch die frühere Bildungsministerin Annette Schavan ließ sich einst von den Redeker-Anwälten vertreten, als es um die Aberkennung ihres Doktortitels ging. „Wo immer sich in Deutschland ein Polit- oder Wirtschaftskrimi abspielt, die Bonner Kanzlei ist dabei", brachte es der „Tagesspiegel" einmal auf den Punkt.

Eine gefragte Adresse ist Redeker/Sellner/Dahs aber nicht nur für ins Straucheln geratene Politiker, sondern auch für diverse staatliche Stellen. Vor allem der Deutsche Bundestag weiß die Dienste der Großkanzlei immer dann zu schätzen, wenn er gegenüber Bürgern, Nichtregierungsorganisationen oder Journalisten die Herausgabe von Dokumenten verhindern will.

40.000 Euro Anwaltshonorar – nur eine von mehreren Rechnungen der Kanzlei Redeker/Sellner/Dahs an den Deutschen Bundestag. – Mehr sehen: https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2015-12-08/anwaltsrechnungen-hausausweise-gutachten#sthash.9q5LrHP6.dpuf

Außer Spesen nichts gewesen – der Bundestag verlor die Prozesse

abgeordnetenwatch.de liegen zahlreiche Rechnungen von Redeker/Sellner/Dahs an den Deutschen Bundestag vor, die zeigen, dass die Parlamentsverwaltung für die Honorare der Anwälte allein in zwei aktuellen Gerichtsprozessen mehr als 100.000 Euro an Steuergeld ausgab – und das, obwohl der Bundestag über eine eigene Rechtsabteilung verfügt.

Der eine Fall betrifft die abgeordnetenwatch.de-Klage auf Veröffentlichung einer Lobbyisten-Liste, die der Bundestag mithilfe der Redeker-Anwälte unbedingt geheim halten wollte. Wie Rechnungen vom 2. Juli und vom 30. Oktober 2015 belegen, musste die Parlamentsverwaltung der Kanzlei bislang 21.652,05 Euro an Honoraren zahlen (Rechnungskopien s.u.). Zum Vergleich: abgeordnetenwatch.de hat bislang 2.142 Euro für Anwälte ausgegeben; weitere Rechnungen haben wir bislang noch nicht erhalten. *[Ergänzung vom 9.12.2015: Inzwischen liegt uns eine weitere Kostennote von Redeker Sellner Dahs an den Deutschen Bundestag über 13.433 Euro vor. Sie betrifft das Eilverfahren auf Offenlegung der Hausausweisliste, das der Tagesspiegel angestrengt hatte. Die Anwaltskosten in diesem Verfahren werden am Ende allerdings noch sehr viel höher liegen, denn die Honorare der Redeker-Anwälte für die 2. Instanz sind in dieser Rechnung vom 4. Juni 2015 noch gar nicht enthalten.]*

Am Ende halfen dem Deutschen Bundestag die teuren Spezialanwälte jedoch auch nichts: Nach mehreren Niederlagen vor Gericht musste die Parlamentsverwaltung schließlich offenlegen, welche Lobbyisten über die Fraktionen Zugang zum Bundestag erhalten haben.

Noch sehr viel teurer kam den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern die Transparenzblockade des Bundestages im Prozess um die Herausgabe von Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zu stehen. Auf sage und schreibe 91.228,96 Euro summieren sich die Anwaltskosten, die Redeker/Sellner/Dahs dem Deutschen Bundestag in Rechnung stellte (Rechnungskopien s.u.). Und auch in diesem Verfahren verlor die Parlamentsverwaltung. Im Juni 2015 urteilte das Bundesverwaltungsgericht, dass der Bundestag den Klägern – einem Bürger und einem Journalisten – die eingeforderten (und aus Steuermitteln erstellten) Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes herausgeben müsse.

Nur die Spitze des Eisbergs

Von den insgesamt sieben Honorarrechnungen in dem mehrjährigen Gerichtsprozess sticht eine wegen ihrer Höhe ganz besonders hervor. Am 31. Januar 2013 berechnete Redeker/Sellner/Dahs dem Deutschen Bundestag für die Prüfung des Gerichtsurteils aus 1. Instanz, Besprechungen, die Ausarbeitung einer Berufungsbegründung und einige kleinere Posten 39.609,15 Euro. Bemerkenswert ist dieser Betrag auch deswegen,

Update vom 8.1.2016:

Vergabepraxis gestoppt

Der Bundestag hat die intransparente Vergabepraxis von Hausausweisen gestoppt. Derzeit können Lobbyisten keine Hausausweise mehr über die Fraktionen beantragen. Alle derzeit im Umlauf befindlichen Hausausweise von Interessenvertretern würden im Februar auslaufen, schrieb ZDF-Korrespondent Andreas Kynast auf Twitter. Neue seien nicht ausgestellt worden.

Mit dieser überraschenden Maßnahme reagierte der Bundestag u.a. auf ein Gerichtsurteil, das abgeordnetenwatch.de mit einer Transparenzklage auf Offenlegung der Lobbykontakte von CDU/CSU und SPD erwirkt hatte.

Künftig werden alle Bürgerinnen und Bürger öffentlich einsehen können, welche Unternehmen unbegrenzten Zugang zu unseren Abgeordneten haben. Wie weitreichend die neuen Transparenzregeln sein werden, ist noch nicht klar, eine komplette Neuregelung der Vergabepraxis wird derzeit vorbereit. Ziemlich sicher scheint aber zu sein, dass Lobbyisten ihre Hausausweise künftig nicht mehr im Geheimverfahren über die Fraktionen erhalten werden. Bislang benötigten Interessenvertreter, die für Unternehmen oder PR- bzw. Lobbyagenturen arbeiten, für ihren Zugangsschein die Unterschrift eines Parlamentarischen Geschäftsführers einer Bundestagsfraktion. Auf diesem intransparenten Weg waren seit Beginn der Legislaturperiode 1.103 Hausausweise vergeben worden. Dadurch hatten u.a. Vertreter von Rüstungsunternehmen, Autokonzernen und der Frackinglobby jahrelang weitgehend ungehinderten Zugang zum Deutschen Bundestag.

weil eine vergleichbare Kostennote vom 30. Oktober 2015 im Prozess um die Veröffentlichung der Hausausweise - einem Verfahren unter ähnlichen Vorzeichen - mit gut 12.000 Euro um ein Vielfaches geringer ausfiel.

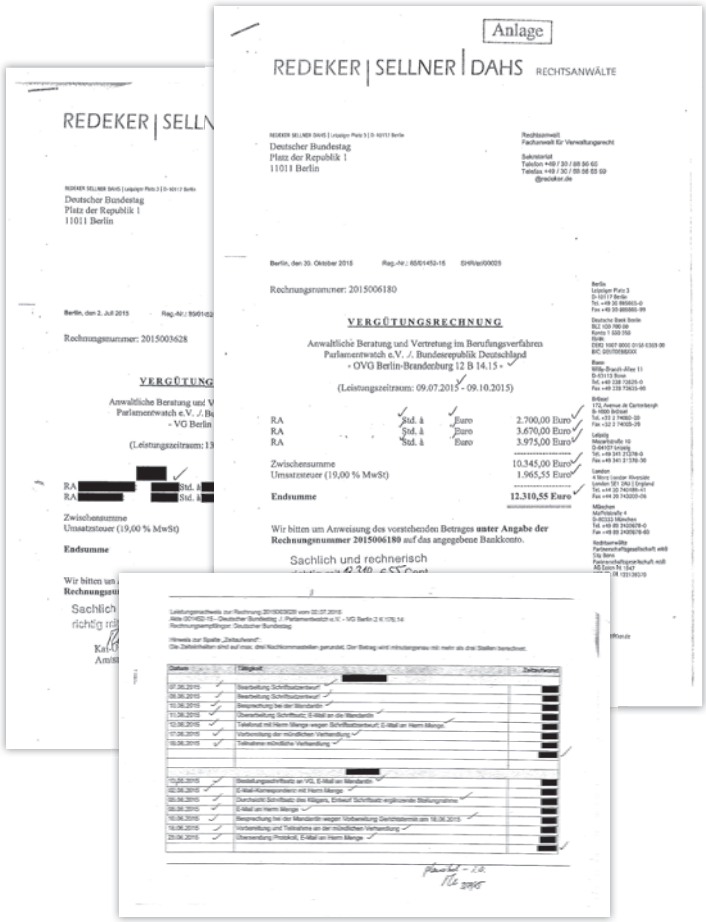
Dass der Deutsche Bundestag allein in den beiden genannten Gerichtsverfahren mehr als 100.000 Euro an Steuergeldern für externe Anwälte ausgab, um die Transparenzklagen eines Bürgers, einer gemeinnützigen Organisation und eines Journalisten abzuwehren, ist ein skandalöser Vorgang. Doch das dürfte nur die Spitze des Eisbergs sein. Denn der Bundestag ließ sich auch in anderen Fällen von teuren Großkanzleien vertreten. Und auch das Bundeskanzleramt und einige Bundesministerien versuchten des Öfteren schon, Transparenz mithilfe externer Anwälte zu verhindern. Wir sind gerade dabei, dies zu recherchieren.

Am Ende drängt sich der Verdacht auf, dass die Parlamentsverwaltung in den Gerichtsverfahren auch darauf setzt, dass den Klägern irgendwann das Geld ausgeht. Denn anders als der Bundestag können diese sich in einem langjährigen Prozess nicht aus der Steuerkasse bedienen.

Honorarrechnungen der Kanzlei Redeker Sellner Dahs an den Deutschen Bundestag Prozess: Offenlegung Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes		
31.01.13	insbes. Prüfung Urteil aus 1. Instanz, Besprechungen, Bearbeitung Berufungsbegründung	39.609,15
26.08.13	insbes. Prüfung Berufungserwiderung, Erstellung Schriftsatz, Durchsicht und Überarbeitung Schriftsatz	6.672,93
21.11.13	insbes. Vorbereitung und Teilnahme an Gerichtsverhandlung, Prüfung Schriftsatz der Gegenseite, Besprechungen	12.405,75
23.06.14	insbes. Entwurf und Bearbeitung der Revisionserwiderung, rechtl. Prüfung eines Gerichtsurteils	6.193,95
25.08.14	Entwurf und Durchsicht der Revisionserwiderung	3.712,80
21.10.15	insbes. Besprechungen, Reisekosten, Teilnahme an Gerichtsverhandlung	11.344,71
21.10.15	insbes. Besprechungen, Reisekosten, Teilnahme an Gerichtsverhandlung	11.289,67
	Gesamt:	**91.228,96**

Zusatzmaterial: Rechnungsbeträge in den Prozessen um die Veröffentlichung der Hausausweise und der wissenschaftlichen Gutachten in der Übersicht (Gesamtsumme: 112.881,01 Euro)

Honorarrechnungen der Kanzlei Redeker Sellner Dahs an den Deutschen Bundestag Prozess: Offenlegung von Lobbyisten-Hausausweisen		
02.07.15	insbes. Bearbeitung Schriftsatzentwurf, Besprechungen, Vertretung vor Gericht	9.341,50
30.10.15	insbes. Entwurf, Überarbeitung und Prüfung der Berufungsbegründung, Besprechungen	12.310,55
	Gesamt:	**21.652,05**



Quellen:

Rechnungen als PDF: *<https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/abgeordnetenwatch.de/files/honorarrechnungen-redeker-sellner-dahs-an-bundestag-lobbyisten-hausausweise.pdf>*

Autor:

Abgeordnetenwatch

ist der direkte Draht von Bürgerinnen und Bürgern zu den Abgeordneten und Kandidierenden. „Bürger fragen – Politiker antworten" ist der Kern des Portals.

www.abgeordnetenwatch.de

Dieser Text wurde zuerst auf **Abgeordnetenwatch.de** unter der URL ‹https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2015-12-08/anwaltsrechnungen-hausausweise-gutachten› veröffentlich

‹http://www.free21.org/?p=18050›

Wie wir die **Vorfälle vom Kölner HBF als Chance** nutzen können

Nur wenn wir die Missstände ehrlich beim Namen nennen und nicht mit zweierlei Maß messen, wenn wir Fluchtursachen und Integrationsprobleme, aber auch die Gründe dafür umfassend aufarbeiten, schaffen wir es, nach Köln in diesem Land wieder zu einem Miteinander und einer Weiterentwicklung unseres Zusammenlebens zu finden. Dafür gilt es, linken und rechten Populismus zu durchschauen und die politische Klasse dazu zu zwingen, nicht wie so oft aus wahl- und parteitaktischen Gründen halbherzig die Symptome zu bekämpfen, sondern endlich eine mutige und souveräne Politik der Verantwortung und der nachhaltigen Veränderung zu betreiben.

von Ken Jebsen

Als Mercedes-Benz in den frühen 50er-Jahren als erster Automobilhersteller der Welt seinen Fahrzeugen serienmäßig eine Knautschzone verpasste, folgte es damit dem Rat von Ingenieur Béla Barényi. (1)

Der gebürtige Österreicher mit ungarischen Wurzeln hatte sich nicht nur über passive und aktive Sicherheit des Autos an sich den Kopf zerbrochen, er war auch so vorausschauend, das Auto in seiner sich schnell ändernden „natürlichen“ Umgebung zu Ende zu denken. Barényi fragte sich, was passiert, wenn immer mehr Menschen sich ein Fahrzeug zulegen, ohne dass die Straßen auch nur annähernd würden mitexpandieren können: Staus wären die Folge, aber vor allem wären Unfälle keine Ausnahme mehr, sondern die Regel.

Barényi machte seinen Arbeitgeber darauf aufmerksam, dass es eine gute Investition in die Zukunft wäre, die verkauften Fahrzeuge zukünftig und konsequent so zu gestallten, dass ein schwerer Unfall nicht automatisch zum Verlust des Kunden führen müsse. Ein Mercedesfahrer, der einen schweren Crash unbeschadet überlebt, ist nicht nur die beste Werbung für die Marke an sich, für ihn käme ein weniger sicheres Fahrzeug auch nie wieder in Frage. So wurde Sicherheit Teil des Marketings und ist seither im Automobilbau eines der stärksten Verkaufsargumente überhaupt. Speziell die Stuttgarter sind bis heute auf diesem Gebiet führend. Sie verbauten als erste ABS, Gurtstraffer oder Airbags.

Köln nach Sylvestervorfällen 2015 (Foto: Superbass, CC BY-SA 4.0)

Was hat dieser kurze Ausflug mit Köln zu tun? Eine Menge. Barényi war klug genug, um zu erkennen, dass es sinnlos wäre, eine sich ankündigende Tendenz mit all ihren Folgen zu leugnen. Man muss sich der Herausforderung stellen und versuchen, aus dem Nachteil einen Vorteil zu generieren. Mercedes-Benz war so klug, dem Rat Barényis zu folgen und Millionen in aufwendige Tests zu investieren. Dadurch wurden die Fahrzeuge gegenüber der Konkurrenz zwar teurer, aber auf lange Sicht lohnte sich die Investition. Es wird bei den Schwaben mit Sicherheit auch Pfennigfuchser gegeben haben, die die zunehmende Gefährlichkeit des Autofahrens kleingeredet haben, da sie bei einer weiteren Verteuerung des Produktes den Absatz gefährdet sahen, aber in Stuttgart erkannte man, dass die Zukunft sich nicht darum kümmert, wie man sie gerne hätte. Sie belohnt nur denjenigen, der sie in der Gegenwart treffender deuten, sprich: vorhersagen kann. Automobil-Konstrukteure lieben Herausforderungen. Gibt es zu wenige davon, erfinden sie welche. In der Formel 1 gibt es im Lager der Mechaniker keine Denkverbote. Das unterscheidet diesen Sport von der Politik.

Bigott

„Bigotterie“ ist ein Begriff, der das Wort „Verlogenheit“ so verpackt, dass man es im Alltag benutzen kann, ohne dass sich jemand beleidigt fühlt. Nicht mal der, dem man das Wort eben an den Kopf geworfen hat. Wir alle sind mehr oder weniger bigott, wenn es um Nicht-Deutsche, Neu-Deutsche, Deutsche mit Migrationshintergrund, Asylbewerber oder Gastarbeiter geht. Speziell das Wort Gastarbeiter zeigt, mit welcher Verunsicherung Deutschland 70 Jahre nach Kriegsende immer noch mit Menschen kämpft, die dieses Land vor allem aufsuchen, um Arbeit zu finden. Sie kommen, um zu bleiben, um zu bleiben, bis diese Arbeit getan wurde, und daraus wird, ehe man sich versieht, mehr als ein Leben.

Es gab Zeiten, da wurde von Deutschland regelrecht um jede Hand, die beim Wiederaufbau helfen konnte, gebettelt. Das Land war schließlich vollkommen zerstört und der Marshallplan hätte ohne die ehemaligen Feinde, die jetzt aus ganz Europa wieder nach Deutschland strömten, um den Deutschen und sich selbst eine friedliche Zukunft zu realisieren, nie und nimmer in die Tat umgesetzt werden können. (2)

Nach dem heißen Krieg tobte der Kalte Krieg in Europa, und speziell am Beispiel Bundesrepublik Deutschland wollten die USA dem Erzfeind UdSSR zeigen, wo statt der Sichel der Hammer hängt und welches Wirtschaftssystem das überlegenere sei. Der Wohlstand

der BRD sollte die DDR alt aussehen lassen. Wie das Experiment final ausging, wissen wir spätestens seit dem Fall der Mauer. (3)

Wie gesagt, ohne massiven Zuzug aus dem Ausland wäre das „Wirtschaftswunder“ der neuen Republik nicht gelungen. Auch wenn der Name Armano Rodgrigues de Sá den meisten Menschen heute nichts mehr sagen wird – mit ihm kam der eine millionste Gastarbeiter nach Deutschland. Er kam mit dem Zug, und er stieg in Köln aus. (4)

Schon damals hätte die BRD reagieren müssen, wie Mercedes-Benz es als urdeutsches Unternehmen vormachte. Ja, Mercedes baute auch die Produktion in Untertürkheim aus, (5) nur war dieser Schritt eben nur eine Reaktion, die mit dem Vermarktungstool „Sicherheit“ zu tun hatte. Mercedes wusste, dass mehr Autos eben automatisch auch mehr Crashs bedeuten würden. Mercedes leugnete diese kommen Crashs nicht. Es stellte sich ihnen.

Anders als Menschen sind Autos, die aufeinander prallen, deutlich leichter zu optimieren. Bei Autos kann man sich auch recht fix auf verbindliche Standards einigen. Normen. Wer diese Normen nicht erfüllt, wird entweder abgestraft oder aber der deutsche TÜV versagt die Zulassung für den deutschen Markt. In den USA sind die PKW-Normen aber noch einen Zacken schärfer, und so wird in Übersee kein Testergebnis so gefürchtet wie „Unsafe at any speed“. (6)

Bei Menschen wie bei Autos wächst das Problem vor allem mit der Masse. Wenn unter 10.000 Autofahrern zehn Fahranfänger am Straßenverkehr teilnehmen, ist die Gefahr, von einem Anfänger überrollt zu werden, eher gering. Wächst die Zahl auf 500, wird es schon deutlich unsicherer, vor allem für Fußgänger.

Wenn aus den 500 dann 1000 werden und die sich an kaum eine Regel halten, schaukelt das Experiment auf. Dann nämlich rebellieren nicht nur die 1000 Anfänger, dann halten sich auch immer weniger erfahrene Führerscheinbesitzer an die Regeln. Sie tun das

Selbstgemachte deutsch-türkische Fahne, gesehen im Sommer 2006 während der Fußballweltmeisterschaft in Berlin-Neukölln (Foto: Rainer Zenz, CC BY-SA 3.0)

umso weniger, je stärker der Staat das sich abzeichnende Problem leugnet. Zum Beispiel, wenn es zu einem Unfall mit einem Rowdy kommt, der Staat dem erfahrenen Fahrer aber erklärt, dies sei entweder ein Einzelfall oder aber die Betroffenen dürften nicht darüber reden. Das tun sie natürlich trotzdem. Spätestens wenn sie eine Werkstatt anfahren und dort erklärt bekommen, man hätte erst in einem Monat eine freie Hebebühne, denn in der Halle stünden jede Menge kaputter Kundenfahrzeuge. Kaputt nach einer Kollision mit einem Fahranfänger.

Nicht umsonst wurde irgendwann mal der Stufenführerschein eingeführt, auch „Führerschein auf Probe“. Wer sich innerhalb von zwei Jahren nach bestandener Prüfung in der Praxis Fehler leistet, muss nachsitzen oder bekommt die Pappe wieder abgenommen. Unter all den Nachsitzenden sind vor allem junge Männer. Die Problemzone zieht sich von 18 bis 24. (7)

Am häufigsten sind die Rowdys Deutsche. Das hat vor allem damit zu tun, dass in der BRD mehr junge Deutsche Auto fahren als männliche Fahrer ohne deutschen Pass. Unter den Deutschen wird es natürlich auch jede Menge Personen mit Migrationshintergrund geben, die dumm auffallen. Warum auch nicht? Testosteron ist kein Hormon, das an eine bestimmte Staatsbürgerschaft, Kultur oder Religion gekoppelt ist.

Wenn ein in der BRD geborener oder schon Jahre hier lebender Afghane einen Auffahrunfall mit Personenschaden verursacht und die Versicherung zu dem Ergebnis kommt, dass er aufgrund von Trunkenheit der alleinige Verursacher des Schadens ist, würde niemand ernsthaft auf die Idee kommen, im späteren Gerichtsverfahren der Justiz vorzuwerfen, sie wäre rassistisch, wenn sie den Rowdy schuldig spricht.

Käme es dann aber immer häufiger zu einem Freispruch, weil die Richter immer häufiger fürchten müssten, sonst von Presse und Politik als rassistisch betitelt zu werden, hätte die Justiz sehr schnell ein Problem. Der Bürger würde erst seinen Respekt vor dem Rechtsstaat verlieren und dann wenig später auf Selbstjustiz umschalten. Die Polizei wäre am Unfallort weniger mit Blechschäden als mit Faustschlägen konfrontiert.

Nichts untergräbt den Rechtsstaat mehr als bewusst in Kauf genommene, da zum Teil von oben diktierte Ungerechtigkeit. Wer einen straffällig gewordenen Nicht-Deutschen mit Glacéhandschuhen anfasst, während er einen Einheimischen für dasselbe Fehlverhalten einbuchtet, setzt das ein, was man vielleicht „linken Rassismus“ nennen könnte. Anders als der rechte Rassist unterstellt der „linke Rassist“ dem Ausländer nicht ab Werk, ein Schurke zu sein; er leugnet bei ihm vielmehr die Fähigkeit dazu. Aus Angst vor der Realität, die in den eigenen Kreisen kaum laut auszusprechen ist, ohne extrem schief angeschaut zu werden.

Einen sehr sezierenden Artikel zu diesem „linken Rassismus“ konnte man dieser Tage auf dem Blog „Propagandaschau“ lesen. Im Text heißt es u.a.:

„Zur Normalisierung in der Wahrnehmung gehört die simple Tatsache, dass Migranten genauso kriminell, bösartig und selbstverständlich auch rassistisch sein können wie die Gesellschaft, von der sie aufgenommen werden möchten. Während ein bösartiger Rassismus dadurch gekennzeichnet ist, dass er unbewusst oder mit Vorsatz alle negativen Merkmale, Verhaltensmuster, Normabweichungen oder Missachtungen der Gesetze und Gepflogenheiten durch Migranten in den Fokus der gesellschaftlichen Wahrnehmung drücken will, verschließt der naive ‚linke‘ Rassismus die Augen selbst dann, wenn die anti-sozialsten Subjekte unter den Migranten sich schwerster Straftaten schuldig machen. In beiden Fällen ist eine oftmals ideologisch motivierte, mangelnde Bereitschaft zur Differenzierung die Ursache.“ (8) [Anm. d. Red.: auch hier im Magazin]

Diese Aussage ist absolut zutreffend. Niemand ist aufgrund seiner Andersartigkeit, für die er nichts kann, da er so auf die Welt gekommen ist, schlechter als die fremde Masse, in deren Mitte er sich befindet. Aber eben auch nicht besser.

Wer den Fehler macht, Nicht-deutschen Dinge durchgehen zu lasen, für die er einem Deutschen die Polizei auf den Hals hetzen würde, tut vor allem einer Gruppe keinen Gefallen: All jenen Menschen mit Migrationshintergrund nämlich, die sich äußerst korrekt an Gesetz und Ordnung halten. Sie werden im Falle Köln für die Idioten aus dem Ausland in Mithaftung genommen und gejagt. Der „linke Rassismus“, der Rassismus, der bis heute als Überreaktion auf die NS-Geschichte zu werten ist, nützt vor allem den immer real-existierenden braunen Horden. Aber auch jede Menge gefrustete Otto-Normal-Bürger lassen sich schnell von einem tobenden Mob in Rage versetzen, schwingen – wenn auch passiv – irgendwie mit und sehen zumindest weg, wenn plötzlich wieder Flüchtlings-Unterkünfte brennen.

Wie bereits erwähnt, sind die Ursachen dieser Ausschreitungen hier nicht nur bei den Nazis zu suchen. Die benötigen nämlich keinen besonderen Grund, um im Aus-

Publiziert: 29.1.2016 (08:19), von Ken Jebsen, Original: www.kenfm.de

länder, im Nicht-Deutschen an sich den Feind und Sündenbock zu erkennen. Nur ist das Leugnen oder Nicht-wahrhaben-Wollen von durch Ausländer begangenen Straftaten eben nicht die Lösung, sondern ganz im Gegenteil eine Art brauner Brandbeschleuniger für diese Szene. Und diese Szene wächst.

Warum gab es nach Köln so heftige Reaktionen?

Nun, dafür gibt es ein ganzes Füllhorn von Gründen, die über Jahre vor sich hin geschwelt haben und für die Köln jetzt der letzte Funke war, um massive Stichflammen zu generieren. Wenn bei der aktuellen politischen Großwetterlage der Wind jetzt auffrischt und nach rechts dreht, so hat dieses Land verdammt schnell ein echtes Problem. Bürgerkriegsähnliche Zustände dürften dann zwar immer noch nicht die Regel, aber eben auch keine Seltenheit mehr sein.

Was ist alles drin im Köln-Cocktail?

Da haben wir an vorderster Front ein jahrelanges Ausblenden von sich entwickelnden Parallelgesellschaften. Wie sind diese entstanden? Sie sind entstanden, weil Deutschland es über Jahrzehnte versäumt hat, einen Plan zu entwerfen, der echte Integration hätte fair regeln können. In den Köpfen der Regierung herrschte immer noch das Bild vom eher einfach gestrickten Gastarbeiter vor, der kaum Deutsch sprach und dessen Arbeitskraft man billig haben konnte. Hätte man diesen Menschen eine wirkliche Integration angedeihen lassen wollen, so hätte man das nur über mehr Bildung erreichen können. Ein gebildeter Arbeiter aber muckt auf, schließt sich Gewerkschaften an und will mehr Rechte, mehr Gewinnbeteiligung. Wer den Aktionären eines Automobilgiganten die Frage stellt: „Würden Sie auf Teile der Ausschüttungen verzichten, wenn wir Ihnen im Gegenzug versichern können, dass Ihre Arbeiter mehr Bildung erhalten und damit auch mehr Lohn, und dass Sie, liebe Aktionäre, vor allem den

Aushang: Aussetzen einer Belohnung, Verbrechen in der Silvesternacht 2015/16 in Köln, Belohnung von 10.000 Euro für Hinweise, die zur Ermittlung und Ergreifung der Täter führen. Polizeipräsidium Köln, EG Neujahr. Deutsch/Arabisch (Foto: Elke Wetzig, CC BY-SA 4.0)

Kindern dieser Arbeiter damit echte Integration ermöglichen?“, der müsste kein Hellseher sein, um die Antwort voraussagen zu können. Shareholder Value. Oder direkter: Der Kanacke kann froh sein, dass er hier Arbeit hat.

Dieses Land verdankt seinen Wohlstand auch der vorsätzlichen Nicht-Integration der ersten Gastarbeitergeneration. Man leugnete die Probleme, die kommen würden, wenn Millionen Gastarbeiter Millionen Kinder in die Welt setzen. Solange der Bedarf an weiteren einfach gestrickten Arbeitern mit möglichst wenig deutschem Anspruchsdenken da war, war es unserem Staat egal, dass die Menschen nach der Arbeit einfach unter sich blieben und ihre Entwurzelung dadurch kompensierten, dass sie versuchten, ihr Heimweh durch das Aneignen von deutschen Stadtteilen zu kompensieren. Der Sozialromantiker feierte das als „Kreuzberger Nächte“, die bekanntlich lang waren und wo man überall das Gefühl hatte, auf einem lässigen Basar zu sein. Wir Deutschen wollten nicht sehen, was passiert, wenn immer mehr Menschen sich auf immer knapperem Raum mit einer nie angenommen deutschen Kultur konfrontiert sahen. Einer Kultur, die es auch den Gastarbeitern der zweiten und dritten Generation durchgehen ließ, dass man es noch nicht einmal mit der Sprache des Landes hatte.

Diese immer größer werdende Personengruppe mit Migrationshintergrund ist weder in Deutschland, aber schon gar nicht in der Heimat ihrer Eltern oder Großeltern zuhause. Für diese Menschen ist Kreuzberg oder Neukölln kein cooler Szenebezirk, es steht eher für offene Käfighaltung. Mit dem Ansteigen dieser Massen wuchs das Problem einer Gruppe, die sich bis heute als Verlierer erkennen muss.

Wir haben es im Kern mit einem Klassenproblem zu tun, bei dem geringe Bildung zu Minderwertigkeitskomplexen führt. Wer in diesem Sumpf den Gefrusteten den politischen Islam als Aufstieg anbietet, verwendet den Koran wie Scientology die Werke von L. Ron Hubbard. Dem ist mit Logik kaum noch beizukommen. Denjenigen, die sich als Looser des Systems empfinden, kann jeder x-beliebige Klub eine Form des Selbstwertgefühls verkaufen, die billiger ist als Kokain und die zudem auch länger anhält. Generell gilt: je weiter unten, desto leichter zu radikalisieren. Das Nicht-wahrhaben-Wollen dieser sozialen Realität, vor allem in linken Kreisen, ist der rote Teppich für echte Rechtspopulisten, denen es nicht um den Missstand geht, den sie beschreiben, sondern vielmehr um den Umsatz, den sie mit ihren Büchern, Gazetten und Vorträgen zum Thema machen können. Auch diese Leute sind nicht ehrlich, im Vergleich zu den Linken sind sie aber auch noch bösartig gegenüber Ausländern an sich. (9)

Linke wie rechte Populisten haben eines gemeinsam: Ihre Karriere hängt jeweils davon ab, nie das vollständige, sondern stets ein verzerrtes Bild zu zeichnen, um dieses der eigenen Fan-Kurve zu verkaufen. In jedem Fall werden die Menschen, die angeblich im Fokus stehen, für politische Karrieren benutzt und missbraucht.

Die NS-Zeit

Die NS-Zeit begann und endete im letzen Jahrhundert, und man kann ohne Übertreibung sagen, dass sich Nachkriegsdeutschland seiner Vergangenheit gestellt hat. Fertig sind wir zwar noch nicht, zumal die Forschung immer noch neue Aspekte der NS-Herrschaft zutage fördert, z.B. inwiefern Hitler-Deutschland aus dem Ausland querfinanziert wurde. Fakt aber ist: Kein Deutscher kann heute von sich behaupten, der Begriff „Nationalsozialismus“ würde ihm nichts sagen.

Wohl keinem anderen Volk wurde der Satz „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ mehr eingehämmert als den Deutschen nach 1945. Parallel dazu wurden Demokratie und Rechtsstaat gelernt, und der neue Deutsche musste feststellen, dass die neuen Führer, wenn es um Mord und Totschlag ging, auch nicht gerade zimperlich waren. Allen voran die USA, die seit dem Zweiten Weltkrieg ca. 20 bis 30 Millionen Menschen mittels Militärmaschinerie ermordet haben, ohne dass dies groß kommentiert werden durfte. „Warum schweigen die Lämmer?“, fragt der Kieler Psychologieprofessor Rainer Mausfeld in seinen Vorlesungen. (10)

Die Antwort ist simpel: Wenn es um Kadergehorsam geht, um ein kollektives Wegducken vor der jetzt neuen US-Führung, hat sich wenig geändert. Ein Volk ist sehr leicht gefügig zu machen, wenn man es einschüchtert. Oder, um mit dem römischen Historiker Tacitus zu sprechen: „Bedrohlich wird das Volk, wenn es ohne Furcht ist.“

Nie waren wir so ängstlich wie heute. Für die Eliten ist das ein Hebel, der permanent angewendet wird, um die Massen in entsprechende Bahnen zu lenken. Und diese Bahnen führen in der Regel an die Front.

Der von den Deutschen im „Dritten Reich“ verübte Massenmord wirkt bis heute wie ein Knebel. „Unrecht ist Recht, wenn es der Mächtige tut.“ Oder wenn es der tut, der den Mächtigen näher steht als man selber. Stichwort Israel. Die Beziehung Deutsch-

land-Israel kann man auf politischer Ebene nur als schizophren bezeichnen. Um die eigenen Verbrechen gegenüber den europäischen Juden zu kompensieren, sieht Deutschland seit Jahrzehnten weg, wenn das zionistisch-rassistische Regime in Jerusalem die Rechte der Palästinenser in den Staub tritt. (11)

Wir versuchen, unsere Schuld am jüdischen Volk zu kompensieren, indem wir die Dauerverbrechen der israelischen Regierungen ignorieren, als gäbe es sie gar nicht. Damit schaden wir nicht nur allen Palästinensern vor Ort. Wir schaden auch allen säkularen Juden in Israel, die sich immer mehr in einem religiös-fanatischen Gottesstaat wiederfinden. In Israel ist die Rassentrennung die unsichtbare DNA des Staates. Wer als jüdischer Bürger dagegen verstößt, und sei es nur in Buchform als Romanautor, der bekommt massive Probleme mit der Regierung. (12)

Zu all dem hat man als Deutscher zu schweigen. Auch die Waffenlieferungen an dieses Apartheidsregime sollten möglichst unkommentiert bleiben. Wer sich privat äußert, bekommt schnell den Stempel „braun“ oder „Querfront“ verpasst; wer es als Medienvertreter wagt, sich kritisch zu äußern, wird vom System sofort und erbarmungslos gemobbt. Man muss schon jüdische Wurzeln haben und wirtschaftlich unabhängig sein, um so Tacheles reden zu können wie die Menschenrechtsaktivistin Evelyn Hecht-Galinski, die seit Jahren für die Menschenrechte der Palästinenser kämpft. Lautstark. Hecht-Galinski prangert zurecht an, dass unter Merkel jedes politische Thema als heikel gilt. Das fängt bei Amerika an, geht über die NSA bis Guantanamo und endet in Palästina oder der Flüchtlingssituation, die es ohne chronische Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Angriffskriegen ja so gar nicht geben würde. (13)

All das ist Teil des Köln-Cocktails, und der schmeckt abgestanden und bitter. Dieser Text soll die Taten und Täter von Köln unter keinen Umständen relativieren, er versucht nur, eine Bilanz der Gesamtstimmung zu zeichnen. Köln brachte nur ein Fass, in dem sich abgestandenes Wasser über Jahrzehnte stauen konnte, zum Überlaufen. Hier roch es längst faulig.

Pressekonferenz im Rathaus Köln zu den Vorgängen in der Silvesternacht 2015/16. Oberbürgermeisterin Henriette Reker (links), Polizeipräsident Wolfgang Albers (Mitte). (Foto: Raimond Spekking, CC BY-SA 4.0)

Kommen wir zu weiteren Zusätzen des Köln-Cocktails.

Wer in Deutschland offen über die existierende Kriminalität bei Nicht-Deutschen spricht, bekommt schnell von den deutschen Leitmedien einen Maulkorb verpasst: Dies passt nicht ins Konzept der „Willkommenskultur“. Als ob man es seinen deutschen Freunden durchgehen lassen würde, wenn sie einen angreifen. Dem ehemaligen Justizminister von Niedersachsen, Christian Pfeifer, wurde in Bezug auf Köln von den interviewenden Medien im Vorfeld gesagt, er möge nicht den Begriff „Flüchtlinge“benutzen. (14)

Ist das schon Zensur oder ist inzwischen bekannt, wer in Köln die Frauen vergewaltigte? Wenn es Flüchtlinge waren, muss man das sagen dürfen, ohne von den Tätern auf den Rest aller Flüchtlinge zu schließen. Letzteres wäre nämlich wirklicher, rechter Rassismus. Ein „linker Rassismus“ wäre es aber, aus den in Rede stehenden Flüchtlingen künstlich anonymisierte Täter zu machen, nur weil man Angst vor einer Bevölkerung bekommt, die man selber über den Hebel Presse seit dem 11. September konsequent und pauschal aufgehetzt hat, gegen alles, was ein Moslem sein könnte. (15)

Moslems werden seit den bis heute nicht endgültig aufgeklärten Anschlägen vom 11. September 2001 pauschal „für alles“ verantwortlich gemacht, sie seien quasi „ab Werk“ Terror-Paten, Menschenschlächter und seit Köln eben auch Massenvergewaltiger. Hinter diesem seit langer Zeit propagierten Weltbild verbirgt sich eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die in Middle East Sunniten und Schiiten und in Europa Muslime und Christen aufeinanderhetzt.

Wem nützt das alles? Wer profitiert? Ist das alles, wirklich alles Zufall? Wer die letzen drei Fragen öffentlich stellt, kann sich auf ein Dauerfeuer der Mainstream-Medien gefasst machen. Dabei werden diverse Hebel in Stellung gebracht, die latente Ressentiments gegen den Islam an sich bedienen. Spannend ist, wer diese Vorurteile bedient und wo.

Da haben wir neben AfD und Pegida aktuell ganz vorne Alice Schwarzer. Die Frau, die als Feministin in den 70er- und 80er-Jahren noch eine echte Rolle spielte, hat schon lange keine Probleme mehr damit, ausgerechnet für die Bild-„Zeitung“ die Kolumnistin zu machen. Dass die „Bild“ die Frau seit Bestehen nur als Sex-Objekt verkauft, ist Alice egal. Alice Schwarzer hat ihre Ideale verkauft und ist dafür bereit, sich benutzen zu lassen. (16)

So wie Joschka Fischer, der als damals schon Oliv-Grüner für den Jugoslawienkrieg trommelte, um später in Übersee ein paar lumpige Dollars abzugreifen, und der heute gegen Putin hetzt (auch in der „Bild“, wo sonst?) (17), so lässt sich Alice Schwarzer vor den Karren der US-gelenkten Islam-Hetze spannen.

Im Interview mit N24, einem Channel, den sich Springer mit dem Ex-Chef-Redakteur des ehemaligen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ teilt, antwortet sie auf die Frage „Ist das Kind nicht schon in den Brunnen gefallen?“: „Irgendwann muss man ja anfangen, es richtiger zu machen. Wir müssen reingehen in diese Communities, in diese Milieus, wir müssen den Müttern sagen: ‚Kommt heraus aus dem Haus, und lernt Deutsch!‘ Bei Asylsuchenden verbunden mit Auflagen. Die Töchter müssen die gleichen Freiheiten haben wie ihre deutschen Freundinnen! Und die Söhne die gleichen Chancen. Wir müssen der seit 25 Jahren ungebremst laufenden islamistischen Agitation endlich etwas entgegensetzen. Und lernen, stolz zu sein auf das, was wir so hart errungen haben: Rechtsstaat, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter.“ (18)

Richtig, Frau Schwarzer, aber wann gehen Sie über Springer rein in die Community der NATO? In diese Rüstungs-Milieus. Wann sagen Sie den Bombenopfern im gesamten Nahen Osten, konzentrieren Sie sich meinetwegen nur auf die Frauen, wann sagen Sie denen: „Kommt heraus aus dem Haus, und klagt an! Die Töchter müssen die gleichen Freiheiten haben wie ihre deutschen Freundinnen! Und die Söhne die gleichen Chancen!“ Wann? Wir müssen der seit 25 Jahren ungebremst laufenden US-Agitation endlich etwas entgegensetzen. Jeder Rechtsstaat, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter wird dort auch mithilfe westlicher Konzerne, westlicher Regierungen unterdrückt!

Das wäre das ganze BILD. Die ganze Medaille. Man kann nicht einzelnen Nicht-Deutschen nur ihr Fehlverhalten vorhalten, man muss parallel die Ursachen ihrer Massenflucht benennen. Es sind NATO-Kriege und NATO-Terror-Patenkinder wie der IS – eine Schöpfung des Westens und seiner Partner. Wir sind der Terror. Durch unser Zutun kam es zu unkontrollierten Grenzöffnungen an den Außengrenzen Europas. Au-

Publiziert: 29.1.2016 (08:19), von Ken Jebsen, Original: www.kenfm.de

ßerdem: Hinter jedem Flüchtling steckt ein Waffenhändler. (19)

Zudem gilt: Nicht jeder Asylsuchende ist ein Migrant. Wenn in Köln marokkanische Banden am Werk waren, die hier weder das Recht auf Asyl haben noch Flüchtlinge sind, dann muss man das exakt so aufdröseln. So oder so ist deutsches Recht anzuwenden, dafür existiert es. Gleiches Recht für alle, oder eben gegen alle, die gegen dieses Recht auf deutschem Boden verstoßen. (20)

Wir müssen aufhören, permanent mit zweierlei Maß zu messen und – wie unser Bundesjustizminister H&M – permanent so zu tun, als wüsste dieses Land nicht, dass die hiesige Justiz Ermittlungen ganz gern im Sande verlaufen lässt, wenn die Politik selbst in den Fokus geraten könnte. Stichwort NSU – mehr geschreddert wurde nie. (21)

Und dann wird es Zeit, die Standards der Nürnberger Prozesse endlich wieder einzuführen. Es ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten, dass ausgerechnet Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder öffentlich über Merkels Flüchtlingspolitik verkündet: „Das ist gefährlich, und das ist auch nicht richtig." (22) <http://www.spiegel.de/…/fluechtlinge-gerhard-schroeder-und-…>Irre, war es doch Schröder selbst, der als erster Deutscher Kanzler nach 1945 das Völkerrecht brach, um in Jugoslawien anzugreifen. Seither rollt eine immer größere Flüchtlingswelle auf die BRD zu und schafft hier maximale Probleme. (23)

Was tun?

Wie kommen wir raus aus diesem Killer-Karneval? Wir müssen, wenn auch mit reichlich Delay, eine Knautschzone für Menschenmassen entwickeln, die, wenn auch nur vorübergehend, bei uns Quartier finden müssen, da wir an ihrer Vertreibung beteiligt waren und sind (was beileibe nicht für alle ein Bombengeschäft ist). Die Menschen werden nicht alle problemlos integriert werden können, zudem wird es Milliarden kosten. Das Geld ist allerdings da: Wir verpulvern es nonstop in Kriegen. Allein das Abstellen der Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze hat den Steuerzahler 60 Millionen Euro gekostet! (24)

Von den Bankenrettungsmilliarden müssen wir gar nicht anfangen. Und wenn wir dann über das zum Teil merkwürdige Frauenverständnis mancher Moslems reden, das Kopftuchverbot fordern, dann bitte komplett reinen Tisch machen: Welches Rollenbild wird von anderen Hardcore-Religionsvertretern in der BRD propagiert? Darf, wer das Kopftuchverbot an Schulen fordert, vor der Kippa Halt machen? Stopp den Doppelstandards. Und wann werden die Missbrauchsskandale der katholischen Kirche endlich vollständig ans Tageslicht gebracht? (25)

Eine neue Qualität des Reinen Tisches muss her, denn hier stimmt so einiges nicht. Keine Tabus mehr, wenn es um Drohnenmorde mit deutscher Logistik geht. Wer wie die USA in Ramstein das Gastrecht missbraucht, der muss ausgewiesen werden.

Machen wir es wie in den 50er-Jahren Mercedes-Benz, bereiten wir uns auf den Crash vor, denn er wird kommen. Wer jetzt Maßnahmen trifft, „soziologische Knautschzonen" konstruiert, Einwanderung gezielt organisiert, die Menschen integriert und gegen jeden hier Lebenden das gleiche Recht durchsetzt, kommt vielleicht mit einem Blechschaden davon. Wer all dies aber weiterhin unterlässt, produziert eine Massenkarambolage und unzählige Tote.

Das Erste, was ein erfahrener Autofahrer tut, wenn er erkennt, dass die Straße schlecht und die Sicht miserabel ist: Er geht vom Gas! Köln kann eine Chance werden, wenn wir jetzt den Fuß vom Gaspedal nehmen.

Unser Rat:

Die Gesamtsituation, den Status quo ohne Wenn und Aber benennen. Verursacher in die Pflicht nehmen und im Kollektiv zum Umdenken auffordern. Mit dem NATO-Austritt drohen. Mit oder ohne die USA Aufbaumaßnahmen in Middle East vorschlagen und die Kosten anteilig auf die Verursacher verteilen. Großbanken zwingen, Vorkasse zu leisten. Im EU-Team für Middle East einen europäischen Marshallplan samt Roadmap erarbeiten und auf den Tisch legen. Die russische, iranische, und syrische Regierung unter allen Umständen mit einbeziehen. Vorschlagen, die Führungsrolle zu übernehmen. Wenn nötig, „alte Hasen" mit OSZE/UNO-Erfahrung aus dem Ruhestand reaktivieren. Sämtliche Waffenlieferungen in die Region stoppen. Den Haag einschalten. Souverän handeln. Länder mit europäischen Außengrenzen maximal unterstützen. Flüchtlingslager in Middle East maximal unterstützen. Die wirtschaftliche Stärke des eigenen Landes endlich einmal dazu nutzen, aufrecht zu gehen, statt weiter wie ein Wurm zu kriechen.

Wenn die Politische Klasse diesen Weg nicht gehen will: als Bevölkerung den totalen Generalstreik ausrufen und bei Bedarf das politische Berlin vollkommen lahmlegen.

Anfangen!

Quellen:

(1) <http://tinyurl.com/jfcnxrl>
(2) <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/der-marshallplan-european-recovery-program/>
(3) <http://mauerfall.berliner-zeitung.de>
(4) <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/gastarbeiter-1964-kam-der-einmillionste-nach-deutschland-kommentar-a-990639.html>
(5) <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/daimler-tuerk-treff-sie-haben-ein-kopftuch-ich-habne-glatze-11370731.html>
6)<http://www.nytimes.com/2015/11/27/automobiles/50-years-ago-unsafe-at-any-speed-shook-the-auto-world.html?_r=1>
(7) <http://www.nwzonline.de/friesland/blaulicht/junge-maenner-sind-haeufig-viel-zu-schnell-unterwegs_a_1,0,2444686839.html>
(8) <http://www.free21.org/wp-content/uploads/2016/01/03-Propagandaschau-Ideologische-Irrwege-TH.pdf>
(9) <http://www.onesolutionrevolution.de/in…/interview-mit-kaveh/>
(10) <https://www.youtube.com/watch?v=Rx5SZrOsb6M>
(11) <http://www.rationalgalerie.de/home/waffenbruder-israel.html>
(12) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22454>
(13) <http://sicht-vom-hochblauen.de/2heikle-themen-zum-schweigen-verdonnert/>
(14) <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/oeffentlich-rechtliche-regie-wer-zur-gewalt-in-koeln-nicht-gefragt-ist-14004450.html>
(15) <http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/kolumnen-sendungen/generator/das-islambild-in-deutschen-medien-102.html>
(16) <http://hinter-den-schlagzeilen.de/2014/02/10/emma-alice-und-angela/>
(17) <http://www.bild.de/politik/ausland/joschka-fischer/joschka-fischer-putin-will-die-weltmacht-35789206.bild.html>
(18) <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/7919282/-politische-correctness-verschleiert-die-verhaeltnisse-.html>
(19) <http://kenfm.de/6225-2/>
(20) <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-01/sexmob-koeln-kriminalitaet-strafrecht-fischer-im-recht>
(21) <http://www.journalist.de/aktuelles/meldungen/verfassungsschutz-der-vergessene-skandal.html>
(22) <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-gerhard-schroeder-und-stephan-weil-kritisieren-angela-merkel-a-1072127.html>
(23) <https://www.youtube.com/watch?v=ydLINQBOF1U>
(24) <http://www.derwesten.de/politik/60-millionen-euro-fuer-eine-symbolische-geste-aimp-id11079203.html>
(25) <https://www.tagesschau.de/inland/missbrauch-kirche-101.html>

Autor:

Ken Jebsen

Journalist, geboren 1966, ist seit 2011 als freischaffender Reporter auf dem Portal KenFM tätig.

www.kenfm.de
twitter.com/teamkenfm

Dieser Text wurde zuerst auf **KenFM.de** unter der URL ‹http://kenfm.de/knautschzone-koeln-wie-wir-die-vorfaelle-am-hbf-an-silvester-als-chance-nutzen-koennen/› veröffentlicht

‹http://www.free21.org/?p=20187›

Der „Militärisch-Industrielle Komplex“: Die größte Bedrohung für den Weltfrieden unserer Zeit

Kriege beginnen mit Lügen, die von Geheimdiensten gestreut und dann von den Medien verbreitet werden. Kriege lösen keine Konflikte, sondern schaffen neue.

von Jens Wernicke

Kriege sichern Rohstoffe, erschließen Märkte und bringen Profit. Ist es möglich, dass hinter all den nachgewiesenen Kriegslügen der letzten Jahrzehnte, hinter all den als „Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte“ verkauften Morden sehr konkrete Interessen stehen? Die Interessen mächtiger Akteure, die langfristige, strategische Pläne verfolgen und die zugleich auch in der Lage sind, Kriege zu initiieren und anzuheizen? Folgt die Kriegslogik also auch einer Profit- und Interessenlogik, die zu bestimmten Instanzen zurückzuverfolgen ist? Zu diesen Fragen sprach Jens Wernicke mit Mohssen Massarrat, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac.

JENS WERNICKE: *Herr Massarrat, Sie vertreten seit Längerem die Auffassung, Friedenspolitik erfordere es inzwischen mehr denn je, auch und insbesondere den sogenannten Militärisch-Industriellen Komplex in den Fokus der Kritik zu nehmen. Was meinen Sie damit, worum geht es?*

MOHSSEN MASSARRAT: Die Kriegsgegner reagieren gewöhnlich auf Kriege, wenn sie längst ausgebrochen sind. Im günstigsten Fall beschäftigen sie sich kritisch mit offensichtlichen Kriegsvorbereitungen und hoffen, den Krieg verhindern zu können. So oder so läuft man de facto ständig den gewaltsamen Ereignissen hinterher und reagiert letztlich nur auf Symptome. Dadurch bleibt die fundamentale Struktur von Gewalt und Kriegsproduktion, die eigentliche Ursache von globalen Kriegen, eben der Militärisch-Industrielle Komplex (MIK), vor unseren Blicken verborgen. Und während wir uns wegen so viel Unheil und Katastrophen wie zum Beispiel jetzt im Mittleren Osten als immer ohnmächtiger empfinden, entwickelt dieser Komplex sich zu einem immer mächtigeren Monster.

Eine Boeing B-52H beim Testabwurf. (Foto: US-Airforce, gemeinfrei)

Deshalb gilt es jetzt, die Antikriegsaktivitäten mit einer Aufklärung über den MIK zu verbinden. Nach so viel sicherem Wissen über bewusste Kriegsplanungen, nach so viel Erfahrungen mit offensichtlich gelenkter Medienpropaganda, um Menschen gezielt für die geplanten Kriege – wie etwa die Jugoslawienkriege in den 1990ern und jene der letzten fünfzehn Jahre im Mittleren Osten – zur Zustimmung zu bewegen, sind die Voraussetzungen für die Demaskierung eines der schlimmsten Übel unserer Gegenwart gar nicht so schlecht.

JW: *Und dieses Übel – wie konkret klassifizieren Sie es? Wer handelt da wie und wendet welche Methoden an? Geht es um Geheimdienste, einen „Staat im Staate“ oder um ganz etwas anderes?*

MM: Eigentlich müsste man die Wurzeln des Militarismus zurückverfolgen, die bis in die Ära der amerikanischen Bürgerkriege reichen. Seit dieser Zeit entwickelte sich in Amerika eine Kultur der Selbstverteidigung, die bis heute bei den Amerikanern sehr lebendig ist, wie das verfassungsmäßig verbriefte Recht auf Selbstbewaffnung zeigt.

Durch zahlreiche Kriege im 19. Jahrhundert und vor allem durch den Zweiten Weltkrieg wurde der MIK schließlich „too big to fail“, das heißt tatsächlich zu einem verborgenen „Staat im Staate“: Er wuchs wie ein Krebsgeschwür in allen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft, im politischen System, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in den kulturellen Einrichtungen und Medien.

Der MIK, das ist inzwischen ein riesiges und völlig undurchschaubares Netzwerk, vor dem schon Eisenhower am 17. Januar 1961 bei seiner Abschiedsrede ungewöhnlich offen gewarnt hat. Als republikanischer Präsident der Vereinigten Staaten war er mit einem Netzwerk aus einem „gewaltigen militärischen Establishment und einer mächtigen Rüstungsindustrie“ konfrontiert, eine Erscheinung, die „neu ist in der amerikanischen Geschichte“, so Eisenhower. Eisenhower schrieb seinen Nachfolgern offenbar aufgrund seiner eigenen Erfahrungen mit diesem neuen Netzwerk folgende Empfehlung ins Stammbuch: „In den Gremien der Regierung müssen wir der Ausweitung, ob aktiv oder passiv, des unbefugten Einflusses des Militärisch-Industriellen Komplexes vorbeugen. Das Potenzial für einen verheerenden Anstieg der Macht an falschen Stellen besteht und wird bestehen bleiben. Wir dürfen niemals zulassen, dass diese einflussreiche Allianz unsere Freiheiten und demokratischen Prozesse gefährdet.“

Der MIK war offensichtlich schon damals stärker als Amerikas Demokratie. Er hatte sein schon vorhandenes Netz um sämtliche gesellschaftlichen Bereiche gespannt, alle Geheimdienste eingebunden, den NSA geschaffen, zahlreiche neue Think Tanks und Stiftungen entstehen lassen, die bestehenden infiltriert, die Forschung international in seinem

Publiziert am 27.10.2015, 15:26 Uhr, von Jens Wernicke auf den Nachdenkseiten, Original: http://www.nachdenkseiten.de/?p=28017

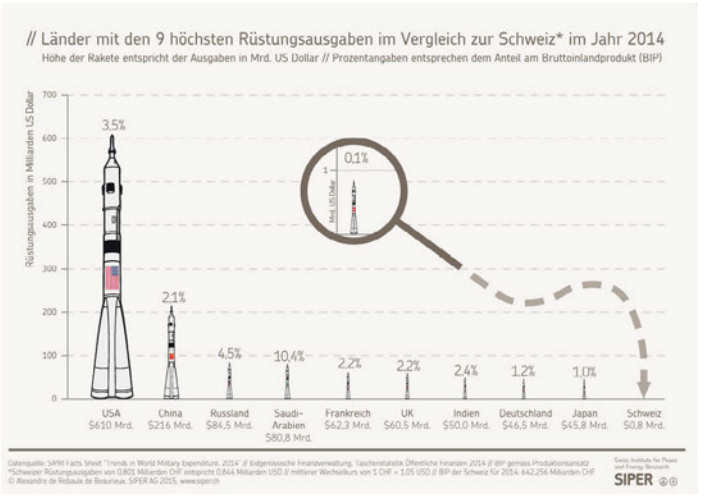
Sinne beeinflusst oder gar gelenkt, die Medien systematisch mit eigenen Agenten unterwandert. Um ein Beispiel zu nennen: Die Psychoanalyse leistet für die US-Geheimdienste wertvolle Arbeit. Und umgekehrt sind diese Geheimdienste und US-Militärs, wie neue Studien belegen, eifrig dabei, sich ein ganzes Wissenschaftsgebiet in ihrem Sinne zu formen.

Schließlich ist der MIK heute, nach über 60 Jahren, einem unvorstellbaren nuklearen Wettrüsten während der Blockkonfrontation und nach zahlreichen Kriegen, die er aller Wahrscheinlichkeit nach alle selbst hervorgerufen hat, um ein Vielfaches mächtiger als damals.

JW: *Ich darf aber davon ausgehen, dass der MIK nicht nur eine US-Eigenheit ist, sondern, wenn auch wohl weniger mächtig und gewichtig, in allen möglichen Ländern existiert? Karl Liebknecht wird hier etwa die Aussage zugeschrieben: „Wie uns angeblich noch keiner – um mit Bismarck zu reden – den preußischen Leutnant nachgemacht hat, so hat uns in der Tat noch keiner den preußisch-deutschen Militarismus ganz nachzumachen vermocht, der da nicht nur Staat im Staate, sondern geradezu ein Staat über dem Staat geworden ist." Die ganzen Verflechtungen von deutschen Geheimdiensten mit NSU, Islamisten und anderen deuten ja genau in diese Richtung.*

MM: Da haben Sie recht. So etwas gibt es in vielen entwickelten Ländern. Gleichwohl geht die größte Bedrohung für den Frieden aktuell ganz evident vom US-amerikanischen MIK aus. Hier ist das größte und aggressivste Militär der Welt mit den mächtigsten Geheimdiensten sowie einem offenen globalen Führungsanspruch, den man wohl getrost als Imperialismus klassifizieren darf, vereint.

JW: *Wenn Ihre Behauptung richtig ist, dass der MIK alle Kriege der USA selbst hervorgerufen hat, dann hätten diese aber doch auch systematisch und minutiös geplant und durchgeführt sein müssen. Ist diese Annahme nicht etwas sehr gewagt? An der Blockkonfrontation war immerhin auch die Sowjetunion beteiligt, um nur ein Beispiel zu nennen.*



MM: Fakt ist, dass es für die USA nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Alternative einer friedlichen Koexistenz mit der Sowjetunion gegeben hat, beispielsweise durch die Neutralisierung Deutschlands, wie die SU dies vorgeschlagen hatte [gemeint ist die sog. „Stalin-Note" von 1952 mit dem Vorschlag der SU zur Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung der Blockfreiheit; von Adenauer und den Westmächten abgelehnt, Anm. d. Red.]. Dass jedoch die USA noch vor Kriegsende in Hiroshima und Nagasaki Atombomben einsetzten, nach dem Krieg Westdeutschland in das westliche Lager eingebunden haben und rasch zu einer Politik der Blockkonfrontation übergegangen sind, führe ich darauf zurück, dass bereits während des Krieges der MIK sich mit der Zielrichtung weltweiter US-Hegemonie auf der ganzen Linie durchgesetzt und alle nicht-konfrontativen Alternativen torpediert hatte.

Die Selbstbehauptungskräfte eines – zumal unproduktiven – Sektors, der nur bestehen kann, wenn in der Welt neue Konflikte und Kriege entstehen, entfalten schlicht und einfach eine ungeheure Dynamik und blockieren alle Wege, die am Ende zum Frieden führen könnten. So ist es meiner Einschätzung nach auch zu erklären, dass nach dem Sieg der Alliierten in Deutschland ziemlich geräuschlos dem Kalten Krieg der Weg geebnet und die Sowjetunion zu einem nuklearen Wettrüsten getrieben wurde. Und so ist es ebenfalls zu erklären, dass nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Bereitschaft der SU unter Gorbatschow zu umfassender Abrüstung die USA diese Alternative ablehnten und stattdessen mit dem neuen Konzept eines weltraumgestützten Raketenabwehrschirms aufwarteten, das ein neues Wettrüsten entfacht hat.

Dass nahezu alle US-Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg mit dreisten Lügen vom Zaun gebrochen wurden, ist inzwischen kein Geheimnis mehr. Der Vietnam- und im Grunde auch die Indochinakriege wurden mit der Lüge des Zwischenfalls im Golf von Tonkin begonnen. Die Bush-Regierung legitimierte den Irakkrieg mit der Lüge, dass Saddam Hussein Atomwaffen besitze usw. usf. Ich kann und will einfach nicht glauben, dass so viele Konflikt- und Kriegsereignisse in der jüngsten Vergangenheit allesamt nur zufällig so systematisch hintereinander stattfanden. Logischer und auch glaubwürdiger erscheint mir dagegen, dass dahinter ein System steckt und dass der MIK als jene Instanz, die hauptsächlich davon profitiert, auch die treibende Hauptkraft dieses Systems der Kriegsproduktion ist.

JW: *Mir scheint Ihre Darstellung ein wenig zu simpel. Es übersteigt schlicht meine Vorstellungskraft, dass es möglich sein könnte, alle diese Verbrechen nicht nur systematisch zu planen, sondern hierfür auch noch die Zustimmung der Bevölkerung einzuwerben.*

MM: Vergessen wir nicht die psychologische Bedeutung der offensichtlich gezielten Manipulation durch Feindbilder, die gleich nach dem Sieg der Alliierten gegen den deutschen Faschismus die Köpfe der Amerikaner und ihrer Verbündeten voll in Beschlag nahmen.

Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion gehörte die Bedrohung des Westens durch den Kommunismus zum Alltag der Menschen, und dieses Feindbild war vom öffentlichen Diskurs einfach nicht mehr wegzudenken. Nach dem Ende der Blockkonfrontation wurde rasch der Islam zum Ersatz für eine neue Bedrohung des Westens. Es gibt Indizien dafür, dass Huntingtons „Clash of Civilizations" eine Auftragsstudie war. Sein Buch wurde jedenfalls weltweit als wissenschaftliche Rechtfertigung für die massive Bedrohung des Westens durch den Islam angesehen, und das lange vor 9/11.

Es kann auch nicht bestritten werden, dass das Schüren von Ängsten gegen eine Religion der fruchtbarste Boden ist, auf dem die Saat der Gewalt am besten gedeihen kann; zumal bei fanatisierten Moslems, die gerade dafür prädestiniert sind, die Opferrolle einzunehmen. So gesehen war 9/11, wenn es tatsächlich überhaupt das Werk von al-Qaida war, das Ergebnis einer Self-fulfilling Prophecy von Huntingtons „Clash of Civilizations". Fortan stand mit dem Terrorismus ein neuer Feind fest, gegen den sofort der Krieg erklärt werden musste und auch wurde, und der, wie George W. Bush junior ankündigte, „so lange geführt werden sollte, bis auch der letzte Terrorist getötet ist". Nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Staaten der sogenannten westlichen Welt sprangen diesem Krieg Amerikas gegen den Terror alsdann nahezu bedingungslos bei. Man drückte auch ein Auge zu, wenn bei diesem Krieg massive Verletzungen der Menschenrechte wie Folter auf der Tagesordnung standen.

Das festzustellen und auf Kräfte und massive Interessen im Hin-

tergrund zu insistieren, mag dann tatsächlich wie eine von Anfang bis Ende geplante Verschwörung einer finsteren Macht und deswegen undenkbar erscheinen. Andererseits kann auch nicht bestritten werden, dass eine Supermacht wie die USA durchaus in der Lage ist, einen eskalationsträchtigen Prozess, wenn er denn erst einmal in Gang gekommen ist, im eigenen Sinne zu steuern und auch zu gestalten.

Um dies an einem Beispiel zu konkretisieren, verweise ich auf die mit der Rüstungsindustrie stark liierte frühere US-Außenministerin Condoleezza Rice, die 2006, auf dem Höhepunkt des Atomkonflikts mit dem Iran, bei einer Veranstaltung in Riad, der Hauptstadt von Saudi-Arabien, die sunnitischen Staaten aufgefordert hat, einen sunnitischen Gürtel zu bilden, weil Iran angeblich längst dabei wäre, zusammen mit Irak, Libanon und Syrien einen schiitischen Gürtel zu schaffen, um die eigene Hegemonie im Mittleren Osten aufzubauen. Diese Intervention war tatsächlich der Start für die darauffolgende Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden islamischen Strömungen und den Konflikt in Syrien, einschließlich der Entstehung des „Islamischen Staates“. Außerdem gilt: Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz und viele andere innerhalb und im Umfeld der Bush-Regierung kamen alle aus dem Rüstungssektor. McCain, der republikanische Sprecher des Auswärtigen Ausschusses im US-Kongress und der schärfste Kritiker von Dialog und Kooperation mit dem Iran zur Lösung des Atomkonflikts sowie mit Russland zur Beilegung des Ukraine-Konflikts, ist ein Vietnam-Kriegsveteran. Und er war sowohl bei der Maidan-„Revolution“ als auch in Syrien bei den Assad-Gegnern immer als Erster mit dabei.

Tatsächlich sind inzwischen aus einer Handvoll al-Qaida-Terroristen unvergleichbar größere Terrorgruppen wie etwa die al-Nusra-Front und der sogenannte „Islamische Staat“ hervorgegangen. Und wir sollten dabei auch nicht übersehen, dass die Mobilisierung und Instrumentalisierung der öffentlichen Meinung auch durch andere subtile Methoden, wie beispielsweise die Dämonisierung vermeintlicher Feinde, erfolgt: Je nach Bedarf wurde mal Gaddafi, mal Saddam Hussein zum neuem Hitler auserkoren, der Iran im Atomkonflikt so dämonisiert, dass aller Wahrscheinlichkeit nach die westliche Öffentlichkeit einen Krieg gegen dieses Land letztlich hinnehmen würde. Und auch Putin wurde, tagein, tagaus, systematisch und intensiv dämonisiert, als er sich dem offensichtlichen Versuch, die Ukraine in die EU einzubinden, aktiv widersetzte.

Gerade im Fall des Ukraine-Konflikts konnten wir alle erleben, wie durch einseitige Medienberichterstattung die antirussische Propaganda im Westen Platz greifen konnte und wie sich in Europa eine beängstigende Vorkriegsstimmung breitmachte. Ich kann mir gut vorstellen – und teilweise ist das auch längst belegt –, dass im Hintergrund solcher Entwicklungen eine ganze Reihe einflussreicher Denkfabriken und Netzwerke dafür bezahlt wird, je nach Bedarf politische PR-Kampagnen zu konzipieren und alles, was zur psychologischen Kriegsführung gehört, bei jeder Kriegsentscheidung mit voranzutreiben. Und die Geheimdienste selbst tun natürlich ihr Übriges.

Dass das leitende Personal der sogenannten Qualitätsmedien in gut organisierten Netzwerken ganz im Sinne des MIK bei nahezu jedem Konflikt der USA die vom Pentagon gelieferten Analysen und Einschätzungen dann kritiklos verbreitet, ist inzwischen ja ein offenes Geheimnis. Es ist daher keine Schwarzmalerei festzustellen, dass die westliche Medienkultur in unserer Gegenwart von der Kant’schen Idee der Kooperation und des Friedens offenbar nichts mehr hält, sehr viel dagegen jedoch von der Idee der Konfrontation, der Bedrohung, der permanenten Beschwörung von Feindbildern sowie von Thomas Hobbes’ Menschenbild, dass der Mensch des Menschen Wolf sei. Deshalb wundert es kaum, dass bei der Dominanz einer solchen Kultur die Friedensbewegung stets den Kriegsereignissen hinterherläuft und dass Friedensperspektiven kaputtgeredet werden, während der MIK mit Leichtigkeit für alle Konflikte und Kriege, die er zum eigenen Überleben inszeniert, die öffentliche Meinung auf seiner Seite hat.

Laut Folterbericht des US-Senats vom Dezember 2014, um nur ein Beispiel dafür zu geben, wie tief die Kultur des Krieges in der US-amerikanischen Gesellschaft verwurzelt ist, haben zwei Psychologen für 80 Millionen Dollar für die CIA neue Foltermethoden entwickelt. Als dies bekannt wurde, haben sie ihre menschenfeindlichen Dienste auch noch mit der Begründung öffentlich verteidigt, diese basierten auf wissenschaftlicher Grundlage …

JW: *Wie ist es aber zu erklären, dass die Amerikaner die ungeheuren Kosten der zahlreichen US-Kriege und der Bereitstellung von Personal und Kriegsmaterial mehr oder weniger hinnehmen? Immerhin sind die USA eine funktionierende Demokratie und die Parteien sind mit Kritik der jeweils herrschenden Regierung nicht gerade zimperlich. Der Konflikt um die Zustimmung zum Haushalt artet ja sogar schon mal in eine Blockade der Gehaltszahlungen für die Ministerien und die Regierungsarbeit aus. Halten Sie die herrschende Propaganda wirklich für so mächtig, dass sie die Menschen fast bedingungslos zu beeinflussen vermag?*

MM: Das ist in der Tat eine sehr wichtige Frage. Tatsächlich gehört in den USA eine öffentliche Debatte über die militärischen Kosten zu den Tabu-Themen. Wenn bei den Haushaltsberatungen das Thema Verteidigungsetat überhaupt angeschnitten wird, dann wegen zu niedriger Steigerungsraten. Man kommt nicht umhin anzunehmen, dass es zwischen den US-Parteien den Konsens gibt, die Rüstungsausgaben stets zu erhöhen. Und auch innerhalb der EU gibt es ja derartige Bestrebungen, beispielsweise wollten die EU-Kriegsparteien vor einigen Jahren die Steigerung von Rüstungsausgaben sogar in der Verfassung festschreiben, was glücklicherweise gescheitert ist. Was aber die Finanzierung der gigantischen Rüstungsausgaben der USA betrifft, die gerade in der letzten Dekade sehr drastisch auf die astronomische Summe von über 700 Milliarden Dollar jährlich gesteigert wurde, so haben sich alle Regierungen zu diesem Zweck immer wieder verschuldet.

Gerade die permanente Verschuldung für die Rüstungsausgaben, also für öffentliche Investitionen in einen unproduktiven Sektor, die deshalb auch keine Steuern auf der Einnahmeseite generieren, ist vermutlich der Hauptgrund dafür, dass die USA mit etwa 19 Billionen US-Dollar [Dez. 2015] der größte Schuldnerstaat der Welt sind. Jeder andere Staat

Publiziert am 27.10.2015, 15:26 Uhr, von Jens Wernicke auf den Nachdenkseiten, Original: http://www.nachdenkseiten.de/?p=28017

wäre mit diesen Schulden längst pleite gegangen. Die Sowjetunion ist beispielsweise unter der massiven Last des in den 1980er-Jahren initiierten „Tot-Rüstens" zusammengebrochen. Aber den USA geschieht deshalb kein finanzielles Desaster, weil die US-Regierung, dank ihres Monopols an der Weltwährung und dank des Vertrauens, das internationale Kapitalanleger in die Stabilität des Dollars haben, ihre Neuverschuldung mit Staatsanleihen, die sie bei der US-Notenbank Fed gegen Cash eintauschen, finanzieren.

Die Fed vermarktet einerseits die Staatsanleihen auf dem Globus und bewirkt dadurch einen ständigen Kapitalfluss in die US-Ökonomie, während sie andererseits die Notenpresse anwirft und die Regierung zur Finanzierung der laufenden Rüstungsausgaben mit neu gedrucktem Geld versorgt. Im Grunde finanzieren die USA die Kosten des MIK nicht mit den Steuergeldern der eigenen Bevölkerung, sondern mit der kumulierten Kaufkraft aus der ganzen Welt, die Amerika als Kapital geradezu wie ein Schwamm aufsaugt.

Dieser Sachverhalt mag vielleicht auch der Grund sein, warum die Rüstungsfinanzierung in der US-Öffentlichkeit kein Thema ist und kaum jemanden stört. Dieses unglaublich hinterhältige Finanzierungsmodell der eigenen Kriege setzt allerdings voraus, dass der Ölhandel weltweit auf Dollarbasis erfolgt. Diese Bedingung kann jedoch nicht durch die freiwillige Bereitschaft der Ölexporteure garantiert werden, zumal viele dieser Ölstaaten nicht gerade für ihre Amerikahörigkeit bekannt sind. Vielmehr erfordert diese Bedingung ein globales Gewaltsystem, das die rebellischen Ölstaaten die nackte Gewalt potenzieller Regime Changes spüren lässt und dafür sorgt, dass das Vertrauen in den Dollar erhalten bleibt.

Unter diesem Blickwinkel erscheinen auch sämtliche Kriege der USA im Mittleren Osten in einem neuen Licht. Die Zerschlagung von starken zentralistischen Staaten wie dem Irak und die Entstehung von terroristischen Gruppen wie dem „Islamische Staat" sind – solange das Geschäft „Öl gegen Waffen" ungestört bleibt – dem erwähnten Gewaltsystem dabei alles andere als abträglich. Und genau an dieser Stelle treffen die Interessen von US-Regierungen und MIK zusammen und schließt sich der Kreislauf von globalem Gewaltsystem, Ölhandel auf Dollarbasis und Stabilität der US-Ökonomie durch drastische Kapitalimporte. Ich will es hier aber bei diesen wenigen Hinweisen belassen, auch, da ich diese Thematik an anderen Stellen bereits ausführlicher behandelt habe.

JW: *Wenn es also ein solches „Netzwerk" im Hintergrund der Demokratie, einen solchen „Staat im Staate" gibt und dieser eine immer größere Bedrohung für den Frieden in der Welt darstellt – wie kann die Friedensbewegung dann dagegen vorgehen und Frieden durchsetzen? Demonstrationen und Appelle gegen den womöglich mächtigsten und finanzstärksten Apparat der Welt scheinen mir eher aussichtslos zu sein. Was schlagen Sie vor? Gibt es eine Strategie?*

MM: Meiner Einschätzung nach sollte der MIK bei allen Aktivitäten der Friedensbewegung ins Zentrum der Kritik gerückt werden. Der Militärisch-Industrielle Komplex ist die größte Bedrohung für den Weltfrieden unserer Zeit. Kampagnen gegen Rüstungsexporte sind weiterhin wichtig, reichen allein aber nicht aus. Nötig ist meiner Einschätzung nach eine weltweite Kampagne zur Ächtung der Waffenproduktion. Dazu müsste auch mit Kirchen und Religionsgemeinschaft diskutiert und enger zusammengearbeitet werden.

Wichtig erscheint mir auch die Bekämpfung der herrschenden Kultur des Krieges, die alle medialen Kriegsrechtfertigungen und die Kriegspropaganda massiv befördert. Diese Kultur muss als menschenfeindlich dekodiert und erschüttert werden. Der Aufbau einer Kultur des Friedens ist zwar eine Jahrhundertaufgabe; die dahinterstehende Idee der Kooperation hat allerdings eine große Anziehungskraft, die uns ermutigt, dran zu bleiben.

JW: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

WEITERFÜHRENDE QUELLEN:

Mohssen Massarrat: „Staatsverschuldung, US-Kriege und Dollar-Imperialismus" *<http://mohssenmassarrat.weebly.com/uploads/3/3/8/9/3389565/lp21_26_dollarimperialismuspdf.pdf>*

Mohssen Massarrat: „Chaos und Hegemonie. Wie der US-Dollar-Imperialismus die Welt dominiert" [PDF – 138 KB] *<http://www.business-reframing.de/wp-content/uploads/2014/04/Dollarimperialismus.pdf>*

Mohssen Massarrat: „Die Welt bezahlt die US-Rüstung mit" *<http://www.sopos.org/aufsaetze/54ad12cc102f7/1.phtml>*

Video: KenFM im Gespräch mit Mohssen Massarrat *<https://www.youtube.com/watch?v=ocLSRQ9VTR4>*

Jens Wernicke: „Meinungsmanipulationsstrategien in Frieden und Krieg" [PDF – 1.2 MB] *<http://www.medienverantwortung.de/wp-content/uploads/2009/07/Wernicke_Forschungsarbeit-Feindschaft.pdf>*

NachDenkSeiten-Interview: Daniele Ganser – „Der Terror von Paris und die globale Gewaltspirale" *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=24659>*

NachDenkSeiten-Interview: Daniele Ganser – „Die NATO dehnt sich aus und nicht Russland" *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=23352>*

NachDenkSeiten-Interview: Daniele Ganser: „NATO-Kritik im Establishment" *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=25444>*

Telepolis-Interview: Daniele Ganser – „Die Welt im Erdölrausch" *<http://www.heise.de/tp/artikel/45/45127/1.html>*

NachDenkSeiten-Interview: Jörg Becker – „Medien im Krieg" *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=24995>*

Telepolis-Interview: Jörg Becker – „Geleaktes CIA-Dokument belegt Kriegspropaganda" *<http://www.heise.de/tp/artikel/45/45221/1.html>*

Telepolis-Interview: Klaus-Jürgen Bruder – „Krieg um die Köpfe" *<http://www.heise.de/tp/artikel/44/44035/1.html>*

NachDenkSeiten-Interview: Walter van Rossum – „Ja, lügen die Medien denn nun oder nicht?" *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=24698>*

NachDenkSeiten-Interview: Eckart Spoo – „Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien!" *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=24698>*

Staatsverschuldung der USA *<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/187893/umfrage/staatsverschuldung-der-usa-monatswerte/>*

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Autor:

M. Massarrat

Mohssen Massarrat ist Professer i.R. für Politik und Wirtschaft der Universität in Osnabrück und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC und IPPNW Deutschland.

www.mohssenmassarrat.weebly.com

Dieser Text wurde zuerst auf den **NachDenkseiten** unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=28017› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=16295›

Präsident Eisenhower – eine **Friedenstaube?**

Präsident Dwight D. Eisenhower, 1956 (Foto: White House, gemeinfrei)

Der 34. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Dwight D. Eisenhower, verabschiedete sich am 17. Januar 1961 in einer Fernsehansprache aus seinem Amt. Sein Nachfolger nach zwei Amtsperioden wurde John F. Kennedy.

von Hermann Ploppa

Eisenhowers Rede vom 17. Januar 1961 ist sein beeindruckendes Vermächtnis an seine Nachwelt. Nach allerlei Nettigkeiten an seine politischen und administrativen Mitarbeiter steuerte der legendäre General aus dem Zweiten Weltkrieg ganz diplomatisch auf seine Herzensanliegen hin:

Zum Einen warnte „Ike“, wie ihn seine Anhänger nannten, nachdrücklich vor einem gefährlichen Wachstum des Militärisch-Industriellen Komplexes, also einer Machtzusammenballung von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und Militär zu einem gigantischen Moloch, einem Staat im Staate, der irgendwann nicht mehr zu kontrollieren sei: „In den Gremien der Regierung müssen wir uns verwahren gegen die Inbesitznahme einer unbefugten Einmischung, ob angefragt oder nicht, durch den Militär-Industriellen Komplex. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme deplatzierter Macht existiert und wird weiter bestehen bleiben.“ Und weiter: „Wir dürfen niemals unsere Freiheiten und demokratischen Prozeduren durch das Gewicht dieser Konstellation in Gefahr bringen lassen. Nur eine wache und kluge Bürgerschaft kann das richtige Zusammenwirken der gewaltigen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, sodass Sicherheit und Freiheit miteinander gedeihen mögen.“

Zum anderen ermahnte Eisenhower seine Landsleute, mit den Rohstoffen dieser Welt sorgsam umzugehen und nicht in einem aufwendigen Lebensstil im Konsumrausch die Potenziale der nachfolgenden Generationen zu vergeuden.

George Bush (sen.) begrüßt General Norman Schwarzkopf bei einer Parade für aus der Operation „Desert Storm“ heimkehrende Truppen, Juni 1991 (Foto: David Valdez, gemeinfrei)

Diese nachfolgenden Generationen haben sich immer wieder gefragt, wie ausgerechnet ein hochrangiger US-Militär dazu kommen konnte, so eindringlich vor dem von ihm wohl erstmals so bezeichneten Militärisch-Industriellen Komplex zu warnen. War es der sogenannte U2-Zwischenfall, der General Eisenhower gegen die Machtmaschine aufgebracht hatte? Ike hatte dem Staatschef der Sowjetunion feierlich versprochen, die USA würden den sowjetischen Luftraum nicht überfliegen. Und dann war kurz vor Ende von Eisenhowers Amtszeit ein amerikanisches Spionageflugzeug des Typs U2 über der Sowjetunion abgeschossen worden. Ausgesprochen peinlich. Und es ist bis heute unklar, ob Eisenhower Chruschtschow belogen hatte, oder ob US-Geheimdienste hinter Ikes Rücken die Spionageflüge veranlasst haben könnte, um die verabredeten Abrüstungsgespräche zwischen den USA, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion in Paris zu torpedieren. Gelegentlich wurde auch darauf verwiesen, dass Eisenhower aus einer Familie mit deutschem Migrationshintergrund stammte: Die Eisenhowers gehörten der pazifistischen Konfession der Mennoniten an, und Ikes Mutter war entsetzt, dass ihr Sohn eine Karriere beim Militär anstrebte.

Dwight D. Eisenhower war unstreitig eine ambivalente Persönlichkeit: Als im Jahre 1932 hungernde Veteranen des Ersten Weltkriegs um das Capitol, den Sitz des US-Parlaments, eine Zeltstadt errichteten, um ihnen zustehende Bonuszahlungen durchzusetzen, ließ Eisenhower im Dienste seines Vorgesetzen Douglas MacArthur die Proteste von Bundestruppen niederschlagen. Als Oberkommandierender der Alliierten war Eisenhower wiederum sehr korrekt und fair im Umgang mit der Sowjetunion. Den rechtsextremen Heißsporn General George S. Patton hat er des Öfteren gebändigt, wenn der vom zukünftigen Kriegszug gegen die Sowjetunion fieberte. Auf der anderen Seite hat Eisenhower seine Leute nicht gegen den infamen antikommunistischen Großinquisitor Joseph McCarthy geschützt. Vielmehr hat er, um Präsident zu werden, mit McCarthy paktiert. Dafür opferte Ike sogar seinen Mentor, General George C. Marshall, der sich im Fadenkreuz von McCarthy befand. Unter der Präsidentschaft Eisenhowers begannen auch die verdeckten, schmutzigen Operationen der CIA: 1954 wurde auf Geheiß des Präsidenten der demokratisch gewählte Präsident Guatemalas, Jacobo Arbenz Guzmán, vom US-Geheimdienst gestürzt. 1953 war bereits der demokratisch legitimierte Premierminister des Iran, Mohammad Mossadegh, vom CIA und dem englischen Geheimdienst gestürzt worden.

Diese Auswüchse wurden erst durch eine Art von geheimer Schattenregierung ermöglicht, die durch die Gründung des Nationalen Sicherheitsrates im Jahre 1947 eingefädelt wurde. Im National Security Council sitzen neben dem Präsidenten und seinem Stellevertreter der Außenminister, der Verteidigungsminister sowie die Vertreter der Geheimdienste. Alle Verhandlungen sind geheim. Weder die restlichen Bundesminister noch das Parlament erfahren, was in diesem diskreten Gremium geschieht. Und Eisenhower hat sich in einem solchen Milieu durchaus zuhause gefühlt.

Publiziert am 26.01.2016, 20:34 Uhr, von Hermann Ploppa

Wenn Eisenhower also kein Gutmensch war, was machte ihn am Ende seiner Amtszeit zum Kronzeugen der Friedensbewegung? Nun, Ike verstand sich eindeutig als General einer Zivilgesellschaft. 1953 hatte er bereits in einer Rede zum Tod Josef Stalins unter dem Titel „Chance for Peace“ vor großer Öffentlichkeit kritisiert, dass die umfangreichen Militärausgaben Mittel für den Aufbau der Zivilgesellschaft absaugten: „Jedes angefertigte Gewehr, jedes zu Wasser gelassene Kriegsschiff, jede abgeschossene Rakete bedeutet im Endeffekt einen Diebstahl an jenen, die hungern und die nicht ernährt werden und an jenen, die nichts anzuziehen haben. Diese waffenstarrende Welt verausgabt nicht nur Geld. Es kostet den Schweiß seiner Arbeiter, die Erfindungsgabe seiner Wissenschaftler, die Hoffnungen seiner Kinder Die Kosten eines einzigen modernen Kampfbombers entsprechen dem Wert von einer modernen Schule aus Stein für mehr als 30 Städte. Es bedeutet zwei Kraftwerke, von denen jede den Bedarf einer Stadt mit 60.000 Einwohnern versorgt.“

Die vom einflussreichen Council on Foreign Relations (CFR) ausgearbeitete Militärdoktrin der „Massiven Vergeltung“ („Massive Retaliation“) kam Eisenhower, selbst Mitglied im CFR, durchaus gelegen. Die Doktrin besagte: Wenn die Sowjetunion in den Machtbereich der USA einbrechen und dort Länder abwerben sollte, würden die USA umgehend mit atomaren Schlägen auf das Kernland der UdSSR antworten. Durch die Drohung der Totalvernichtung sollten die Sowjets im Zaum gehalten werden, und die USA könnten sich Ausgaben für umfangreiche konventionelle Waffensysteme sparen. Das Geld könnte man für zivile Zwecke ausgeben, zum Beispiel für den Ausbau der Highways, die Eisenhower sehr schätzte. Doch auch das von seinem Vorgänger Franklin Delano Roosevelt entwickelte System der sozialen Sicherung baute Eisenhower vorsichtig aus.

Allerdings hatte der Council on Foreign Relations – ein Gravitationszentrum der Eliten aus Wirtschaft, Medien, Militär, Wissenschaft und Politik mit Sitz in New York – schnell erkannt, dass das Geschäft mit konventionellen Waffen durch die Konzentration auf Atombomben doch sehr leiden würde. Bereits 1956 erarbeitete eine Arbeitsgruppe des CFR unter der Leitung des jungen Harvard-Historikers Henry Kissinger eine neue Militärdoktrin, die 1957 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde: die Doktrin der „Flexiblen Antwort“ („Flexible Response“). Dies bedeutete: Wenn die Sowjetunion in das Revier der USA einbrechen sollte, würden die USA abgestuft reagieren. Zunächst würde auf diplomatischer Ebene bei den Sowjets sondiert werden, was sie sich denn dabei gedacht haben könnten. Wenn das nichts fruchtete, wären Antworten mit konventionellen Waffen durchaus denkbar, und wenn auch das nichts brächte, wäre auch der Einsatz von Atomwaffen nicht auszuschließen. Die Strategie klingt einerseits vernünftig; andererseits sollte die Klaviatur der „Flexiblen Antwort“ aber auch einem erneuten Wachstum der konventionellen Waffenproduktion Tür und Tor öffnen. Und das war genau die Entwicklung, die der schwächer werdende Präsident Eisenhower machtlos mit ansehen musste. Was daraus geworden ist, können wir heute mit Händen greifen: exakt jener Militärisch-Industrielle Komplex, vor dem Eisenhower so dringend gewarnt hatte, ist zu einem Tumor herangewachsen, der die Zivilgesellschaft von innen und außen zerstört. Der die zivilen Regierungen nach seiner Pfeife tanzen lässt. Längst wuchert aus dem Zentrum der Rüstungswirtschaft ein umfassendes Gebilde, das alle zivilen Wirtschaftstätigkeiten vereinnahmt: die sogenannte Sicherheitsindustrie. Privatisierte Gefängnisse verschlingen in den USA heutzutage elfmal mehr Gefangene als noch 1970: Damals gab es 200.000 Häftlinge, heute sind es 2,3 Millionen, die in der Haft in Sklavenarbeit Möbel produzieren oder an anderen giftigen Arbeitsplätzen tätig sein müssen. Staaten werden reihenweise destabilisiert und nach dem Prinzip des Militär-Industriellen Komplexes neu aufgebaut. Rüstungskonzerne kontrollieren sämtliche Wirtschaftsbereiche, wie am Beispiel des Irak sehr deutlich zu erkennen ist.

In diesem Sinne ist Eisenhowers eindringlicher Appell an eine wachsame Bürgerschaft nach wie vor ein sehr bedeutendes Zeugnis.

Quellen:

YouTube: Eisenhower Farewell Address (Full) *<https://www.youtube.com/watch?v=CWiIYW_fBfY>*

McAdams Full English Transcript: *<http://mcadams.posc.mu.edu/ike.htm>*

heise.de: Der Klub der „Weisen Männer“ *<http://www.heise.de/tp/artikel/28/28513/1.html>*

USA-Control: Hitliste der 25 korruptesten Privatfirmen im Irak-Krieg *<https://usacontrol.wordpress.com/2008/07/26/hitliste-der-25-korruptesten-privatfirmen-im-irak-krieg/>*

Autor:

Hermann Ploppa

hat Poltik und Germanistik in Marburg studiert. Jahrelang lieferte Ploppa Beiträge für das Marburger und Gießener Magazin Express. Zudem ist er einer der Gründer von Radio Marburg. Seit 2001 lebt er in Norddeutschland und schreibt für überregionale Zeitungen.

‹http://www.free21.org/?p=20114›

Free21

Das Abo 2016:

Erscheinung aller 2 Monate.

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe.

10,-/Ausgabe.

free21abo.de

Präsident Eisenhower warnte vor Militär-Industriellem Komplex

Dwight D. Eisenhower war der 34. Präsident der USA. Seine landesweit im Fernsehen übertragene Rede zu seinem Abschied vom Präsidentenamt am 17.1.1961 sorgte für eine Sensation: In ungewöhnlich scharfen Worten warnte der ehemalige Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen Nazi-Deutschland vor dem gefährlichen Wachstum des Konglomerats aus Rüstungsindustrie, Rüstungswissenschaft, Rüstungsmedien und Regierung. Für dieses Konglomerat machte Eisenhower den Begriff „Militär-Industrieller Komplex" populär. Bislang stand in deutscher Sprache keine geeignete Übersetzung dieser beeindruckenden Rede zur Verfügung. Hermann Ploppa liefert auf der Webseite USAControl diese deutsche Übersetzung von Eisenhowers Farewell Address.

von Hermann Ploppa

Guten Abend, meine lieben Landsleute,

… in drei Tagen werde ich nach einem halben Jahrhundert im Dienst für mein Land meine Amtsbefugnisse als Präsident in einer traditionellen und feierlichen Zeremonie an meinen Nachfolger abgeben. Heute Abend wende ich mich an Sie, liebe Landsleute, mit der Botschaft des Abschieds, und ich möchte mit Ihnen einige abschließende Gedanken teilen.

Wie jeder andere Bürger wünsche ich dem neuen Präsidenten und seinen Mitarbeitern viel Glück. Ich bete, dass die nächsten Jahre gesegnet sind mit Frieden und Wohlstand für alle. Unser Volk erwartet, dass ihr Präsident und der Kongress entscheidende Übereinstimmung finden werden bei lebenswichtigen Fragen von großer Bedeutung. Und weise Entschlüsse, die die Zukunft unserer Nation prägen zum Besseren.

Meine eigenen Beziehungen zum Kongress begannen vor langer Zeit ganz bescheiden, als ein Senator mich zur Militärakademie in West Point berief. Diese Beziehungen wurden enger während des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit. Und schließlich verdichteten sie sich zu einer gegenseitigen Abhängigkeit während der letzten acht Jahre.

In dieser letzteren Art der Beziehung haben Kongress und Regierung gut zusammengearbeitet in den meisten wichtigen Bereichen, um dem Lande zu dienen, anstatt Parteipolitik zu betreiben, und haben auf diese Weise die Interessen der Nation gut vorangebracht. Deshalb sind meine offiziellen Beziehungen zum Kongress mit dem Gefühl der Dankbarkeit verbunden, dass wir so viel gemeinsam auf den Weg bringen konnten.

Präsident Eisenhower - warnte deutlich vor dem steigenden Einfluss des Militär-Industriellen Komplexes auf die amerikaniscke Politik.

> *Das Potential für die katastrophale Zunahme deplatzierter Macht existiert und wird weiter bestehen bleiben.*

Wir befinden uns jetzt zehn Jahre nach der Mitte eines Jahrhunderts, das Zeuge wurde von vier größeren Kriegen zwischen Nationen. An dreien dieser Kriege war unsere Nation beteiligt. Ungeachtet dieser Weltenbrände steht Amerika heute als stärkste, einflussreichste und produktivste Nation der Welt da. Wir sind verständlicherweise stolz auf diese Vormachtstellung. Jetzt begreifen wir jedoch, dass Amerikas Führungsrolle und Ansehen nicht nur von unserem unangefochtenen materiellen Fortschritt, den Reichtümern und von militärischer Stärke abhängt, sondern auch davon, wie wir unsere Macht einsetzen für die Interessen des Weltfriedens und Besserung der Situation der Menschheit.

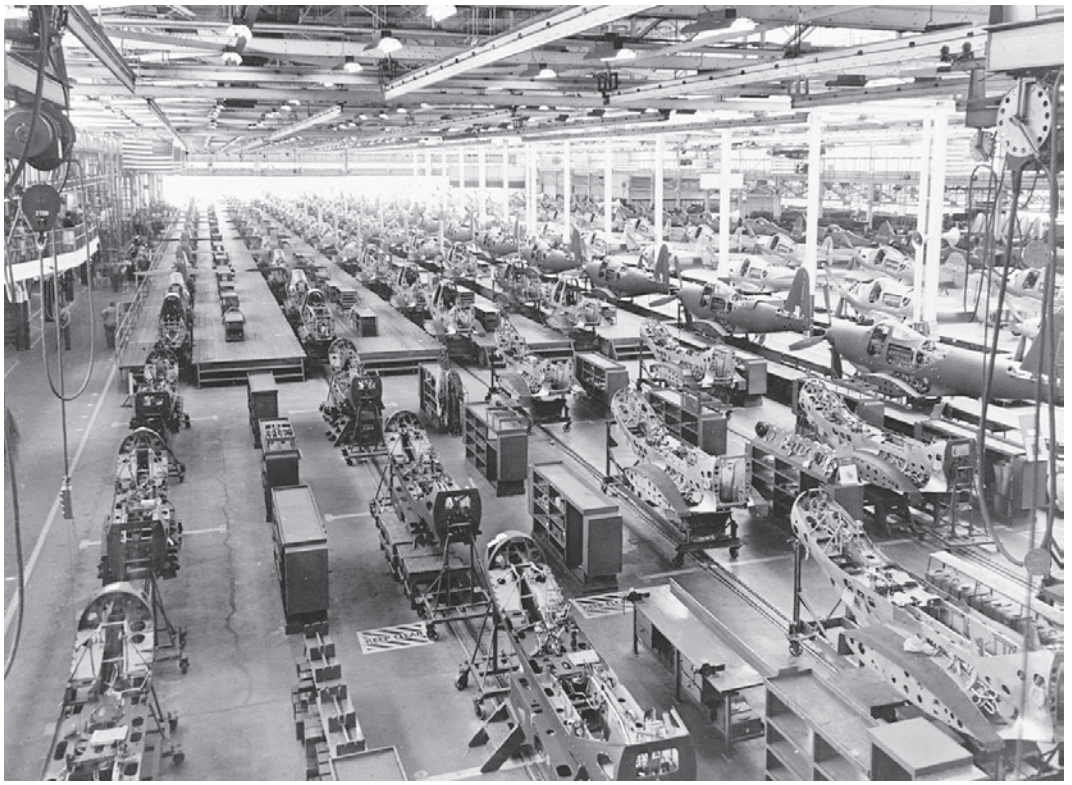
Während der gesamten Geschichte der freien Regierung waren dieses immer unsere Ziele, um den Frieden zu bewahren: den Fortschritt zu fördern für die Vollendung der Menschheit, Freiheit, Würde und Integrität zu erweitern, unter Völkern und zwischen Nationen. Sich für weniger einzusetzen wäre eines freien und religiösen Volkes unwürdig.

Jedes Versagen, das auf Überheblichkeit oder Mangel an Verständnis oder Mangel an Opferbereitschaft zurückzuführen wäre, würde uns eine schmerzliche Wunde beibringen, ob nun hier oder im Ausland.

Fortschritt in Richtung auf diese edlen Ziele ist dauerhaft in Gefahr durch den Konflikt, der jetzt die Welt im Griff hat. Er erfordert unsere volle Aufmerksamkeit und absorbiert unsere ganze Existenz. Wir stehen einer feindseligen Weltanschauung gegenüber, auf weltweiter Ebene, atheistisch in ihrer Prägung, skrupellos in der Durchsetzung ihrer Ziele und heimtückisch in ihrem Vorgehen. Unseligerweise ist die Gefahr, die auf uns lauert, von unbegrenzter Dauer. Um damit erfolgreich umgehen zu können, benötigen wir nicht so sehr die emotionalen und übergangsbedingten Opfer einer Krise, sondern eher jene Opfer, die uns befähigen, stetig, sicher und klaglos die Bürden eines verlängerten und vielschichtigen Kampfes zu ertragen – immer mit dem Ziel der Freiheit vor Augen. Nur so werden wir auf unserem festgelegten Kurs bleiben, ungeachtet aller Provokationen, in Richtung auf fortwährenden Frieden und Besserung des Loses der Menschheit.

Krisen wird es immer geben. Ob die Krisen nun im Ausland auftreten oder hier im Inland, ob sie groß sind oder eher klein: immer wieder ergibt sich die Versuchung anzunehmen, dass spektakuläre und kostspielige Aktionen

Publiziert: 23.01.2016 (12:45), von Hermann Ploppa, Original: https://usacontrol.wordpress.com/2016/01/15/praesident-eisenhower-warnte-vor-militaer-industriellem-komplex/



Flugzeuge am Sammelband in einer amerikanischen Fabrik bei Niagara Falls während des zweiten Weltkrieges (Foto: Public Domain).

als wundersame Lösung aller auftretenden Probleme die geeigneten Mittel sind. Ein gewaltiger Kostenanstieg bei neueren Waffensystemen; die Entwicklung unrealistischer Programme als Behandlung allen Übels in der Landwirtschaft; eine dramatische Ausdehnung in der Grundlagen- und angewandten Forschung – diese und viele andere Optionen, jede für sich gesehen möglicherweise viel versprechend, könnten vorgeschlagen werden als die einzigen Wege in die Richtung, die wir einschlagen wollen.

Aber jeder Vorschlag muss bewertet werden im Licht eines größeren Zusammenhanges: nämlich der Notwendigkeit, eine Ausgewogenheit in den nationalen Projekten zu wahren – Ausgewogenheit zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft; Ausgewogenheit zwischen den Kosten und dem voraussichtlichen Ertrag – Ausgewogenheit zwischen dem eindeutig Notwendigen und den angenehmen Wünschen; Ausgewogenheit zwischen unseren wesentlichen Bedürfnissen als Nation und den Pflichten, die dem Einzelnen auferlegt werden; Ausgewogenheit zwischen tagesaktuellen Aktivitäten und dem nationalen Wohl für die Zukunft. Eine gute Entscheidung bemüht sich um Gleichgewicht und Fortschritt; das Fehlen derselben führt irgendwann einmal zu Unausgewogenheit und Frustration.

Der Ablauf vieler Jahrzehnte kann als Beleg gesehen werden, dass unser Volk und seine Regierung im Allgemeinen diese Wahrheiten begriffen und im Angesicht von Bedrohung und Anspannung angemessen darauf reagiert haben.

Aber Bedrohungen, neu in Art und Ausmaß, nehmen fortwährend zu.

Von diesen will ich nur zwei erwähnen:

Ein lebenswichtiges Element zur Erhaltung des Friedens stellt das Militär dar. Unsere Bewaffnung muss machtvoll sein, bereit für rasche Einsätze, so dass kein möglicher Angreifer versucht sein könnte, seine eigene Zerstörung zu riskieren.

Die Organisation unseres Militärs heutzutage ist nicht mehr vergleichbar mit jener, die man zu Zeiten meiner Vorgänger in Friedenszeiten gekannt hat, oder auch bei den kämpfenden Männern im Zweiten Weltkrieg oder im Koreakrieg.

Bis zu unseren letzten Weltkonflikten besaßen die USA keine eigene Rüstungsindustrie. Amerikanische Hersteller von Pflügen konnten beizeiten, wenn es erforderlich war, aber auch Schwerter herstellen. Jetzt aber können wir uns keine improvisierte Produktion für die nationale Verteidigung mehr erlauben; wir sind gezwungen gewesen, eine permanente Rüstungsindustrie von gewaltigen Größenordnungen aufzubauen. Obendrein sind jetzt dreieinhalb Millionen Menschen im Verteidigungssektor beschäftigt.

Wir geben jedes Jahr für nationale Sicherheit einen höheren Betrag aus, als alle amerikanischen Konzerne zusammengenommen netto einnehmen.

Diese Verbindung eines gewaltigen Militärapparates mit einer großen Rüstungsindustrie stellt eine neue Erfahrung in den USA dar. Der gesamte Einfluss – wirtschaftlich, politisch, ja sogar spirituell – wird wahrgenommen in jeder Stadt, in jedem Parlament unserer Bundesstaaten und jeder Behörde der Bundesregierung. Wir erkennen die Notwendigkeit dieser Entwicklung an. Wir dürfen aber auch nicht die Augen verschließen gegenüber ihren schwerwiegenden Folgen. Alle unsere Bemühungen, Mittel und Existenzgrundlagen sind betroffen; das gilt auch für die Struktur unserer Gesellschaft.

In den Gremien der Regierung müssen wir uns verwahren gegen die Inbesitznahme einer unbefugten Einmischung, ob angefragt oder nicht, durch den Militär-Industriellen Komplex.

Das Potential für die katastrophale Zunahme deplatzierter Macht existiert und wird weiter bestehen bleiben.

Wir dürfen niemals unsere Freiheiten und demokratischen Prozeduren durch das Gewicht dieser Konstellation in Gefahr bringen lassen. Nur eine wache und kluge Bürgerschaft kann das richtige Zusammenwirken der gewaltigen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so dass Sicherheit und Freiheit miteinander gedeihen mögen.

In ähnlicher Weise, und weitgehend verantwortlich für die Umwälzungen in unserer industriell-militärischen Einstellung war die technologische Revolution in den letzten Jahrzehnten.

Innerhalb dieser Revolution wurde Forschung zentral, sie wurde formalisierter, komplexer und kostspieliger. Ein stetig zunehmender Anteil wird für, von oder im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt.

Heute ist der einzelne Erfinder, der in seiner Werkstatt herumbastelt, verdrängt worden von Arbeitsgruppen von Wissenschaftlern in

Laboratorien und Teststrecken. In gleicher Weise erfuhr die unabhängige Universität, traditionell die Quelle freier Ideen und wissenschaftlicher Entdeckungen, eine Revolution in der Durchführung von Forschung. Teilweise wegen der gigantischen Kosten, die damit verbunden sind, tritt praktisch an die Stelle der wissenschaftlichen Neugier der staatliche Auftrag. Anstelle der guten alten Schultafel treten nun hunderte neuartiger Computer.

Die Aussicht auf Beherrschung der nationalen Gelehrten durch Arbeitsplätze bei Bundesbehörden, Projektzuweisungen und der Macht des Geldes ist immer präsent – und muss ernsthaft bedacht werden.

Indem wir nun aber wissenschaftliche Forschung und Entdeckung hoch halten, wie es sich gehört, sollten wir andererseits aber auch wachsam sein gegenüber der gleichfalls vorhandenen Gefahr, dass die öffentliche Politik selber ein Gefangener einer wissenschaftlich-technologischen Elite wird.

Es ist die Aufgabe des Staatsmannes, diese und andere Kräfte, neue und alte, zu formen, auszubalancieren und zu integrieren in die Grundlagen unseres demokratischen Systems – immer in Hinblick auf die höchsten Ziele unserer freien Gesellschaft.

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

Ein anderer Faktor, bei dem das Gleichgewicht gewahrt werden muss, beinhaltet das Element der Zeit. Wenn wir uns die Zukunft der Gesellschaft anschauen, müssen wir – Sie und ich, und auch die Regierung – den Antrieb …

… vermeiden, nur für heute zu leben, indem wir die wertvollen Ressourcen der Zukunft für unsere eigene Leichtigkeit und Bequemlichkeit ausplündern.

Wir können nicht die materiellen Güter unserer Enkel verpfänden ohne zugleich auch den Verlust ihres politischen und spirituellen Erbes zu verlangen. Wir möchten, dass die Demokratie für alle nachfolgenden Generationen bestehen bleibt, und nicht zum bankrotten Phantom von morgen wird.

Entlang des weiten Weges der Geschichte, die jetzt zu schreiben ist, weiß Amerika, dass unsere Welt immer kleiner wird und muss vermeiden, eine Gemeinschaft von Furcht und Hass zu werden. Sie muss stattdessen ein stolzer Bund gegenseitigen Vertrauens und Respekts werden.

Eine solche Gemeinschaft muss eine Gemeinschaft von Gleichen sein. Der schwächste muss an den Verhandlungstisch kommen mit demselben Vertrauen wie wir, genauso geschützt wie wir durch unsere Moral, Wirtschaft und militärische Stärke. Dieser Verhandlungstisch, obwohl belastet durch viele vergangene Frustrationen, darf nicht abgeschafft werden zugunsten des gewissen Sterbenskampfes auf dem Schlachtfeld.

Abrüstung in gegenseitigem Respekt und Vertrauen ist ein immer noch gültiges Gebot. Zusammen müssen wir lernen, wie wir Meinungsverschiedenheiten beilegen, nicht mit Waffen, sondern mit Verstand und in ehrlicher Absicht. Denn diese Notwendigkeit ist so hervorstechend und offensichtlich. Doch ich bekenne, dass ich meine Amtsbefugnisse auf diesem Gebiet abgebe mit einem eindeutigen Gefühl der Enttäuschung. Als jemand, der den Horror und die nachklingende Trauer des Krieges miterlebt hat – als jemand, der genau weiß, dass ein weiterer Krieg jene Zivilisation völlig zerstören wird, die so langsam und schmerzhaft über Tausende von Jahren aufgebaut worden ist – wünschte ich, dass ich heute Nacht sagen könnte, ein dauerhafter Frieden sei in Sicht.

Glücklicherweise kann ich sagen, dass Krieg vermieden werden konnte. Steter Fortschritt hin zu unserem endgültigen Ziel ist vollzogen worden. Aber es muss noch so viel getan werden. Als ein privater Bürger werde ich niemals aufhören im kleinen Rahmen zu tun, was immer ich helfen kann auf diesem langen Weg, um die Welt voranzubringen.

Jetzt in meiner letzten Gutenacht-Botschaft als Ihr Präsident danke ich Ihnen für die vielen Gelegenheiten, die Sie mir geboten haben im Dienst für die Öffentlichkeit in Zeiten von Krieg und Frieden. Ich vertraue darauf, dass Sie in diesem meinen Dienst Wertvolles finden – im Übrigen weiß ich, dass Sie Wege finden werden, die Durchführung in der Zukunft zu verbessern.

Sie und ich – meine lieben Mitbürger – müssen stark sein in unserem Vertrauen darauf, dass alle Nationen mit Gottes Hilfe das Ziel des Friedens mit Gerechtigkeit erreichen werden. Mögen wir immer unerschütterlich sein in unserer Hingabe zu Grundsätzen, zuversichtlich aber demütig mit Macht und fleißig in der Verfolgung der nationalen Ziele.

Zu allen Völkern der Welt, verleihe ich erneut Ausdruck der andächtigen und fortwährenden Sehnsucht Amerikas: Wir beten, dass die Völker aller Glaubensrichtungen, aller Rassen, aller Nationen ihre großen menschlichen Bedürfnisse befriedigt bekommen; dass jene, denen Gelegenheiten versagt blieben, diese nun in vollen Zügen genießen können; dass alle, die sich nach Freiheit sehnen, ihre spirituellen Segnungen erhalten mögen; dass jene, welche Freiheit haben, ebenso ihre schwerwiegende Verantwortung begreifen; dass jene, welche unempfindlich sind gegen die Bedürfnisse anderer, Barmherzigkeit lernen werden; dass dafür gesorgt wird, dass die Geißeln der Armut, Krankheit und Unwissenheit von der Erde verschwinden; und dass in der Güte der Zeit alle Völker miteinander leben in einem Frieden, der garantiert wird durch die verbindende Kraft gegenseitiger Achtung und Liebe.

Jetzt am nächsten Freitagmittag werde ich wieder ein privater Bürger sein. Ich bin stolz darauf. Ich freue mich darauf.

Danke, und gute Nacht.

Zur Person:

Dwight D. Eisenhower

war während des Zweiten Weltkrieges als General of the Army Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte an der Westfront in Europa und von 1953 bis 1961 der 34. Präsident der Vereinigten Staaten.

Autor:

Hermann Ploppa

hat Poltik und Germanistik in Marburg studiert. Jahrelang lieferte Ploppa Beiträge für das Marburger und Gießener Magazin Express. Zudem ist er einer der Gründer von Radio Marburg. Seit 2001 lebt er in Norddeutschland und schreibt für überregionale Zeitungen.

Dieser Text wurde zuerst unter der URL ‹https://usacontrol.wordpress.com/2016/01/15/praesident-eisenhower-warnte-vor-militaer-industriellem-komplex/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=20081›

Publiziert: 23.01.2016 (12:45), von Hermann Ploppa, Original: https://usacontrol.wordpress.com/2016/01/15/praesident-eisenhower-warnte-vor-militaer-industriellem-komplex/

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält in 2016 je Magazin-Ausgabe zehn gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2016: 15.2.16/15.4.16/15.6.16/15.8.16/15.10.16/15.12.16

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2016 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

FINDE DEN FEHLER! *

Die beiden Bilder unterscheiden sich durch **1** Fehler.

* Flagge oben: United Nations Human Rights, Flagge unten: Saudi-Arabien

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS 4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann bist Du für uns der/die geborene

Researcher/in

Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org